



**„...dass wir Verantwortung
übernehmen, liegt in der
Logik des Ortes“**

Antisemitismuskritische Zugänge für NS-Gedenkstätten

Inhalt

Grußwort

Dr. Josef Schuster 3

Vorwort

Benjamin Steinitz 6

Warum Gedenkstätten? – Zugänge zu NS-Gedenkstätten aus einer antisemitismuskritischen Perspektive

Tanja Kinzel 11

„Wir haben die Möglichkeit Veränderungen vorzunehmen.“

Bundesverband RIAS im Gespräch mit Deborah Hartmann 28

KZ-Gedenkstättenarbeit im Wandel – Rechte Angriffe und neue Dimensionen der Verantwortung

Lara Myller 43

Gedenkstättenbesuche als Anlässe – Antisemitische Vorfälle in Beziehung zum historischen Ort

Andreas Nowak 60

Die IHRA als Projektionsfläche – Geschichte, Wandel und Relevanz für Gedenkstätten

Ljiljana Radonić 77

Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus – Definitionen und Beispiele im Kontext von NS-Gedenkstätten

Vanessa Gelardo 92

Inhalt

Erfassung von antisemitischen Vorfällen durch den Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen

Vanessa Gelardo 101

Antisemitismus an NS-Gedenkstätten?! – Umgang mit der Gefahr von Reproduktionen in Vermittlungsformaten an NS-Gedenkstätten

Tanja Kinzel 111

Serviceteil – Fortbildungsangebote und praktische Hinweise vom Bundesverband RIAS für Mitarbeiter_innen an NS-Gedenkstätten

117

Grußwort

Dr. Josef Schuster

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind in den vergangenen Jahren zunehmend unter Druck geraten. Sie sehen sich vermehrt mit rechtsextremen Angriffen, Vandalismus und geschichtsrevisionistischen Positionen konfrontiert. Gedenkstättenleiterinnen und -leiter sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichten von Einschüchterungsversuchen und antisemitischen sowie israelfeindlichen Vorfällen. In öffentlichen Äußerungen werden die nationalsozialistischen Verbrechen als bloßer „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte verharmlost oder es wird eine grundsätzliche erinnerungspolitische Kehrtwende gefordert. Ihre Ziele sind erkennbar die Normalisierung demokratiefeindlicher Positionen im öffentlichen Raum und die Abkehr vom erinnerungspolitischen Konsens. Auf diese Weise wird das Leid der Opfer relativiert, die Überlebenden werden verhöhnt und die über Jahrzehnte, maßgeblich von Überlebenden der Schoa, mühsam erkämpfte Erinnerungskultur in Deutschland wird untergraben.

Aus Sicht des Zentralrats der Juden in Deutschland sind diese Entwicklungen alarmierend. Sie richten sich nicht nur gegen historische Orte, sondern auch gegen die Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft. Aus der besonderen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus erwächst für jeden Einzelnen die Pflicht, Erinnerungskultur aktiv zu schützen. Gerade deshalb müssen Gedenkstätten heute als unverzichtbare Pfeiler der politischen Bildung und der demokratischen Erinnerungskultur gesichert, unterstützt und gestärkt werden.

Mit dem fortschreitenden Verlust der letzten Überlebenden der Schoa wird die Bedeutung von Gedenkstätten weiterwachsen. Diese authentischen Orte werden künftig in noch stärkerem Maße zu den zentralen Trägern einer faktenbasierten Erinnerung. Im postfaktischen Zeitalter sind sie unverzichtbar für das demokratische Bewusstsein einer ehemaligen Tätergesellschaft.

Die vorliegende Publikation versammelt Beiträge, die eindrücklich zeigen, dass der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 eine Zäsur für die hiesige Erinnerungskultur darstellt. Gedenkstätten und Erinnerungsorte stehen heute nicht mehr nur als authentische Orte von Leid und Verfolgung im Fokus, sondern zunehmend auch als Schauplätze aktueller politischer und gesellschaftlicher Konflikte.

Der vorliegende Band macht deutlich, wie sehr antisemitische Einstellungen, Schuldabwehr und Relativierungsversuche weiterhin Teil der gesellschaftlichen Realität sind. Angriffe auf Gedenkstätten zielen dabei maßgeblich auf die Erinnerung an die ermordeten jüdischen Häftlinge, auf die Überlebenden sowie auf deren Nachkommen. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes zeigen, dass Gedenkstätten Projektionsflächen gesellschaftlicher Konflikte sind. Ihrer Aufgabe als Lernorte politischer Bildung und zugleich als jüdische Gedenkorte gerecht zu werden, wird zunehmend durch geschichtsrelativierende Debatten und konkrete Übergriffe erschwert.

Besonders eindrücklich ist der gemeinsame Befund, dass sich aktuelle Formen des Antisemitismus, ob als Post-Schoa-Antisemitismus, als Verschwörungsdenken oder als israelbezogen, immer wieder an Erinnerungsorten verdichten. In Gedenkstätten werden gesellschaftliche Abwehrreaktionen und Täter-Opfer-Umkehr sichtbar. Zugleich sind es diese Orte, an denen solche Phänomene benannt, analysiert und pädagogisch eingeordnet werden können.

Zur Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus gehört es, heutigen Antisemitismus nicht auszublenden oder zu relativieren, sondern Solidarität mit Betroffenen zu zeigen und jene Institutionen zu stärken, die sich tagtäglich dieser wichtigen Erinnerungs- und Bildungsarbeit widmen.

Dieser Band leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Er verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse, praktische Erfahrungen und eine klare Haltung. Es braucht genau diese klaren Positionierungen. Sie erinnern daran, dass Gedenkstätten nicht nur Orte des Rückblicks sind, sondern zentrale Orte demokratischer Bildung. Ihre Arbeit verdient Schutz, Unterstützung und politische Rückendeckung.

Dafür und für die Erinnerungskultur in Deutschland setzt sich der Zentralrat der Juden in Deutschland aktiv ein. Er steht Gedenkstätten und Bildungsträgern als Ansprechpartner zur Seite und verfügt über ein Referat für Erinnerung und Gedenkstätten, um den Austausch, die Unterstützung und die gemeinsame Weiterentwicklung der Erinnerungskultur zu fördern.

Vorwort

Benjamin Steinitz

Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS

Die Abwehr der Erinnerung an die Schoa, ihre Relativierung oder Leugnung prägen nach wie vor den Antisemitismus in Deutschland. Bis zum 7. Oktober 2023 war Post-Schoa-Antisemitismus die vom Bundesverband RIAS und seinen regionalen Meldestellen am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform. Nach den antisemitischen Massakern des 7. Oktober 2023 hat die Anzahl der Vorfälle drastisch zugenommen, seitdem dominiert der israelbezogene Antisemitismus das Vorgefallgeschehen. NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte für die Opfer der Schoa sind mit jedweder Form von Anfeindung konfrontiert, die nicht nur darauf abzielen, die präzedenzlosen Verbrechen in Frage zu stellen, sondern auch das Gedenken an die Ermordeten zu stören und den gesellschaftlichen Auftrag als Erinnerungsorte anzugreifen. Für Überlebende und deren Nachkommen sowie für jüdische Communitys wirken die antisemitischen Vorfälle auch als Angriffe auf jüdisches Leben und auf die Erinnerung an Verfolgung, Exil und Ermordung ihrer Vorfahren.

NS-Gedenkstätten fungieren als konstante Projektionsflächen für antisemitische Handlungen in Deutschland. Es ist daher nicht verwunderlich, dass mit der starken Zunahme antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 auch die Zahl der Vorfälle am Tatort „Gedenkorte“ angestiegen ist. Des Weiteren beobachten wir eine zunehmende Verknüpfung von Post-Schoa-Antisemitismus und israelbezogenem Antisemitismus. Entsprechende Parolen wie „Free Palestine from German Guilt“ sind seit dem 7. Oktober vielfach von RIAS-Meldestellen in Form von Schmierereien oder Parolen auf Versammlungen dokumentiert worden. Die Infragestellung der Erinnerung und der Singularität der Schoa werden zunehmend, das zeigt unsere Dokumentation, mit Angriffen auf die Gründung und das Fortbestehen des jüdischen Staates verknüpft.

Diese Entwicklung der Vorfallzahlen korrespondiert mit Ergebnissen jüngerer Einstellungsstudien: So stimmten laut der Memo-Studie 2025 38 % der befragten Deutschen der Forderung zu, einen „Schlusstrich“ unter die NS-Zeit zu ziehen. Laut der Leipziger Autoritarismus-Studie „Vereint im Ressentiment“ von 2024 stimmten 47 % der Deutschen der Aussage zu, dass der „deutsche Schuldkomplex den Freiheitskampf der Palästinenser behindere“. Darüber hinaus glaubte im

November 2023 laut dem Holocaust Awareness Index der Jewish Claims Conference nahezu jede fünfte Person in Deutschland (18 %), dass im Holocaust zwei Millionen oder weniger Jüdinnen_Juden ermordet worden seien.

In zahlreichen Gesprächen meiner Kolleg_innen mit Mitarbeitenden von Gedenkstätten zeigt sich, dass der Arbeitsalltag zunehmend von dieser Entwicklung geprägt ist und entsprechend große Fragen für die Praxis der Gedenkstätten damit verknüpft sind. Welche Vorkehrungen brauchen Gedenkstätten in Ihren Hausordnungen – auch hinsichtlich des physischen Schutzes ihrer Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter_innen – um sich gegen (mitunter medial inszenierte) Provokationen wie Hitlergrüße vor oder gar auf ihrem Gelände wirksam zu Wehr zu setzen? Wie können die Gedenkstätten ihrem pädagogischen Auftrag bestmöglich nachkommen, wenn sie für viele Besucher_innen vor allem als Projektionsfläche antisemitischer Haltungen genutzt werden?

Im November 2025 veröffentlichte die Bundesregierung eine neue „Konzeption des Bundes für die Gedenkstätten zur Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur“. Es ist ein gutes Dokument, benennt es doch deutlich die beschriebenen Herausforderungen und gibt wichtige Impulse für die gesellschaftlichen Aufgaben- und Wirkungsbereiche der Gedenkstätten. Besonders dringlich erscheint mir folgender Satz: „Gedenkstätten können auch darüber aufklären, wie eine Mehrheitsgesellschaft Verbrechen verdrängt und den Opfern Anerkennung verweigert hat. So legen sie offen, wo Kontinuitäten von Diskriminierung und Ausgrenzung bestehen und wo Aufarbeitung und Entschädigung ehemals Verfolgter immer noch nottun.“ In diesem Zusammenhang stellt die Konzeption auch fest, dass es Aufgabe der Gedenkstätten sei, den Perspektiven von Nachkommen der im Nationalsozialismus verfolgten Jüdinnen_Juden und Sinti_ze und Rom_nja einen Raum zu geben. Die Kontinuitäten struktureller Ausgrenzungsmechanismen sowie die transgenerationalen Auswirkungen der Schoa zu fokussieren, erscheint mir als besonders wichtiger Gegenstand von Gedenkstätten. Auch um das Erbe der letzten Überlebenden und ihrer Nachfahren zu würdigen und – vor dem Hintergrund einer wachsenden gesellschaftlichen Verweigerung – die Schoa als negativsten Bezugspunkt für die Ausrichtung des eigenen Handelns zu akzeptieren. Es bleibt

abzuwarten, ob und wie schnell die in der Konzeption beschriebenen Herausforderungen durch wirksame Maßnahmen adressiert werden. Gedenkstätten benötigen nicht nur gute Worte, sondern politisch entschlossenes Handeln.

Mit dieser Broschüre möchte der Bundesverband RIAS an die bisher geleisteten Bemühungen verschiedener Gedenkstätten und zivilgesellschaftlicher Akteure anknüpfen, Ansätze der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit in der Gedenkstättenarbeit zu verankern.

Ziel dieser Publikation ist es, einerseits aktuelle antisemitische Vorfälle an Gedenkstätten sichtbar zu machen, Mitarbeitende aus allen Arbeitsbereichen für die verschiedenen Erscheinungsformen des Antisemitismus zu sensibilisieren und andererseits antisemitismuskritische Ansätze zur Selbstreflexion und Selbstverortung – sowohl für Mitarbeitende als auch für die pädagogische Vermittlungsarbeit – anzuregen.

Ich erhoffe mir persönlich, dass sich aus der Lektüre und der Diskussion über die Broschüre auch eine stärkere Zusammenarbeit und ein Austausch zwischen den RIAS-Meldestellen und den lokalen NS-Gedenkstätten und anderen Gedenkinitiativen ergibt. Dieser ist nötig, um sowohl die Handlungskompetenz im Umgang mit aktuellem Antisemitismus bei den Gedenkstätten zu verbessern, als auch bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren und der allgemeinen Öffentlichkeit ein tiefgreifenderes Verständnis für die besonderen Begebenheiten und Herausforderungen, mit denen sich Gedenkorte zunehmend konfrontiert sehen, zu verankern.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, insbesondere bei Deborah Hartmann von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz für ihre wichtigen Impulse, die sie im Interview zur antisemitismuskritischen Bildung in Gedenkstätten gibt, Lara Myller vom Netzwerk Zeitgeschichte der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten für ihre Reflexionen zu vergangenen und aktuellen Herausforderungen in Gedenkstätten und Ljiljana Radonić für ihren wichtigen Beitrag zur Arbeit der

International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Vanessa Gelardo, Andreas Nowak und Tanja Kinzel danke ich dafür, dass Sie dieses Projekt konzipiert und vorangetrieben haben sowie für ihre Beiträge in dieser Broschüre.

Warum Gedenkstätten? – Zugänge zu NS-Gedenkstätten aus einer antisemitismus- kritischen Perspektive

Tanja Kinzel

Bundesverband RIAS

Gedenkstätten als Orte von Gewaltausübung und Massenverbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus stehen für Themen, die angesichts der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen schwer vermittelbar sind. Zugleich gehört es zu den gesellschaftlichen Anliegen, dass Gedenkstätten als „Lernorte“ fungieren, um, wie Thomas Lutz 2013 formulierte, „mehr [zu] erreichen als nur die Vermittlung des historischen Geschehens. Sie wollen zu einem eigenständigen, kritischen Umgang mit Geschichte befähigen und ihre Bedeutung für die Gegenwart zeigen.“¹ Historische Fakten an den Stätten von Gewalt und Verbrechen berühren zwar moralische Fragen, aber wie diese Fragen mit Blick auf die Gegenwart zu beantworten sind, ist umso schwieriger angesichts der beständigen Versuche, Geschichte für unterschiedliche politische Interessen zu instrumentalisieren.

Barbara Timm, Gottfried Köbler und Susanne Ulrich vermerkten bereits 2010 in der Einleitung zu ihrer Publikation „Verunsichernde Orte“, dass angesichts der Verunsicherung, die das Wissen um die historischen Massenverbrechen auslöst, für Besucher_innen und Mitarbeitende gleichermaßen eine pädagogische Orientierung an und in Gedenkstätten umso nötiger ist,² die – so möchten wir hier ergänzen – jedoch immer wieder neu ausgerichtet werden muss. Als „verunsichernde Orte“ können Gedenkstätten das Potential entfalten, zur Reflexion anzuregen, sich mit den Verbrechen und ihren Akteur_innen ebenso kritisch auseinanderzusetzen wie mit den Erfahrungen und Erinnerungen der ehemals Verfolgten. Hier kann und sollte aber auch – im Sinne eines Antisemitismuskritischen Ansatzes – zur Selbstreflexion motiviert werden in Bezug auf eigene (pädagogische) Zugänge, Perspektiven, Standpunkte und auf die eigenen Familiengeschichten.

1 Zit. nach Verena Haug, „Gedenkstättenpädagogik als Interaktion. Aushandlung von Erwartungen und Ansprüchen vor Ort,“ in *Gedenkstättenpädagogik, Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*, hrsg. von Elke Gryglewski u.a. (Metropol, 2015), 113–126, hier 113.

2 Barbara Timm, Gottfried Köbler, Susanne Ulrich (Hrsg.). *Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik* (Brandes & Apsel, 2010), 9.

Das gilt umso mehr, als für die Arbeit an und in Gedenkstätten immer wieder neue Impulse für eine Orientierung bzw. einen Standpunkt nötig sind, um sich zu positionieren. Das betrifft sowohl aktuelle Ereignisse und antisemitische Über- und Angriffe – nicht zuletzt durch rechtsextreme Akteur_innen und Vertreter_innen der Alternative für Deutschland (AfD) – als auch die Zunahme antisemitischer Vorfälle seit den Massakern der Hamas und anderer Terrororganisationen auf die israelische Zivilbevölkerung am 7. Oktober 2023. Gedenkstätten sind kein Ruhepol im gesellschaftlichen Wandel, sie sind Teil von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in denen um die Fragen, welche Geschichten wie erzählt werden und was wie erinnert wird, ebenso erbittert gestritten wird, wie um die Einordnung in größere politische, aber auch nationale Narrative und erinnerungspolitische Schwerpunktsetzungen.

Eine Auseinandersetzung mit der Frage und zugleich Sorge, was erinnert und was vergessen wird, begann bereits während des Nationalsozialismus: Dokumentationsprojekte in den Ghettos und Lagern (zu deren bekanntesten das Ringelblum-Archiv aus dem Warschauer Getto gehört) resultierten auch aus der Befürchtung, dass mit der Ermordung der jüdischen Menschen ebenso die Erinnerung an die jüdische Geschichte und das jüdische Leben getilgt oder umgeschrieben werden sollte.³ Die Debatten setzten sich nach 1945 fort und zeigten sich im Ringen darum, welche Themen in den ersten Ausstellungen über die nationalsozialistischen Massenverbrechen auf welche Weise adressiert werden sollten. Diese Fragestellungen sind seitdem kontinuierlicher Gegenstand von geschichts- und erinnerungspolitischen Kontroversen. In den ersten Ausstellungen nach 1945 standen kaum die individuellen Geschichten der (jüdischen) Verfolgten oder ihre Erinnerungen im Fokus.

3 Dirk Rupnow, *Vernichten und Erinnern. Spuren nationalsozialistischer Gedächtnispolitik* (Wallstein, 2005), 32. Der Philosoph Zvi Shner hob hervor, dass sich hier der hohe Grad an historischem Bewusstsein zeigte, der den Dokumentationsprojekten zugrunde lag. Gegen den Zusammenbruch der moralischen Konzepte der Welt agierten Sammler_innen und Dokumentarist_innen in dem Wunsch, eine Nachricht von dem Kampf und dem Leben und Sterben zu hinterlassen: „The documentation activities are an expression of victims’ wish to leave behind some record, not to disappear from the face of the earth without trace.“ Zvi Shner, „On Documentation Projects as an Expression of Jewish Steadfastness in the Holocaust,“ in *Jewish Resistance during the Holocaust. Proceedings of the Conference on Manifestations of Jewish Resistance, Jerusalem, April 7–11, 1968*, hrsg. von Meir Grubsztein (Yad Vashem, 1971), 191–200, hier 193.

Vielmehr ging es um die Thematisierung der bis dato schier unvorstellbaren Gewaltverbrechen und Massenmorde in den Lagern, um die Zerstörung und konkret um die Frage, wie die Ereignisse einer internationalen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten.⁴

Die Bemühungen um die Einrichtung der ersten NS-Gedenkstätten gingen in Westdeutschland seit Mitte der 1950er Jahre unmittelbar auf das Engagement von jüdischen Überlebenden und ihren Nachkommen zurück, zum Teil unterstützt von internationalen Organisationen und oftmals gegen den Widerstand und die Abwehr der Mehrheitsgesellschaft. Das Engagement führte Mitte der 1960er Jahre zur Errichtung der ersten Gedenkstätten mit Ausstellungen (Dachau, Bergen-Belsen) und von Mahnmalen. Erst in den folgenden Jahrzehnten entstanden weitere, größere Gedenkstätten. Wurden diese von der Zivilgesellschaft anfangs kaum oder negativ wahrgenommen, änderte sich das mit einem Generationenwechsel in Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Bildung und mit neuen Formen der medialen Thematisierung: Die Orte zum Gedenken an die NS-Verbrechen wurden zu Lernorten, ihre Institutionalisierung erfolgte seit den 1980er Jahren.

In Ostdeutschland entstanden bereits in den 1950er Jahren staatliche Mahnmale und Gedenkstätten (Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück), in denen entsprechend dem antifaschistischen Gründungsmythos der DDR der kommunistische Widerstand und damit die kommunistischen Verfolgten ins Zentrum gerückt und Veranstaltungsorte für ritualisierte, großangelegte staatliche Gedenkrituale etabliert wurden. Die gesellschaftliche Involviertheit in die NS-Verbrechen und eine daraus resultierende Verantwortung standen in beiden deutschen Staaten anfangs ebenso wenig im Fokus wie die Perspektiven aller ehemals Verfolgten – also

4 Agata Pietrasik, „Geschichte gestalten: Einführung zu einer Ausstellung über Ausstellungen,“ in *Gewalt ausstellen: Erste Ausstellungen zur NS-Besatzung in Europa 1945–1948*, hrsg. von Raphael Gross, Agata Pietrasik (Ch. Links, 2025), 8–17. Eine Ausnahme stellen hier die Ausstellungen in explizit jüdischen Kontexten dar: Dazu gehören eine Ausstellung im Jüdischen Historischen Institut in Warschau im April 1948 mit dem Titel „Märtyrertum und Kampf“, die von polnischen Jüdinnen/Juden organisiert war, welche die Schoa (größtenteils in der Sowjetunion) überlebt hatten, und eine Ausstellung im Displaced Persons Camp (DP-Camp) Bergen-Belsen, organisiert von jüdischen Flüchtlingen im Jahr 1947 mit dem Titel „Unser Weg in die Freiheit“.

auch der sogenannten vergessenen Opfer. Die Erinnerungen aller ehemaligen Häftlinge, zu denen auch Rom_nija und Sinti_zze, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, soziale Randgruppen wie Prostituierte, Wohnungslose, Kranke und Menschen mit Behinderungen gehörten, fanden seit den 1990er Jahren mit den Neukonzeptionen von Gedenkstätten und Erinnerungsorten auch an ehemaligen Außenlagern zunehmend Gehör. Ihre Geschichten rückten ins Zentrum des Interesses. Vor allem Geschichtswerkstätten, die seit Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in Westdeutschland an vielen – auch kleineren – Orten entstanden, haben wesentlich zum zivilgesellschaftlichen Engagement einer Erinnerung von unten beigetragen.

Gedenkstätten als Mittlerinnen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Schaut man auf die zentralen Tätigkeitsfelder in den Gedenkstätten, ergeben sich im Wesentlichen drei Schwerpunktsetzungen, die über die Jahre konstant geblieben sind:

- Gedenkstätten sind Orte der Erinnerung und des Gedenkens an die Ermordeten und Verfolgten sowie der Trauer und des Schmerzes für Überlebende und ihre Nachfahren. Dementsprechend stehen die Erfahrungen der ehemaligen Häftlinge und die Erinnerung an die Verbrechen im Zentrum – dafür sind die Kontakte mit Überlebenden und deren Nachfahren, ihre Besuche, Berichte und Erzählungen unentbehrlich.
- Sie sind Orte, an denen historische Zeugnisse bewahrt und gesammelt sowie wissenschaftlich erschlossen werden, Dokumente, die die Ereignis- und Gewaltgeschichte, aber auch die Erinnerungen betreffen – sowohl von ehemaligen Verfolgten als auch von ehemaligen Täter_innen. Es handelt sich also auch um Archive der Erinnerung und um Sammlungen von Beweisen.
- Sie sind Orte der Vermittlung für die Ereignisgeschichte (sowie die Nach- und Nutzungsgeschichte) des konkreten historischen Ortes. Dabei geht es um eine präzise Einordnung der historischen Orte in die NS-Geschichte und in die nationalsozialistische Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der betroffenen Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Darüber hinaus handelt es sich um Orte, die mit hohen Erwartungshaltungen von verschiedenen Seiten verbunden sind – sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft: Gedenkstätten stehen als Lernorte vor großen Anforderungen. Habbo Knoch spricht von einer „existenzielle[n] Konstellation“ an Gedenkstätten, die sich im „Verhältnis von Tätern und Opfern, Unterdrückung und Widerstand, Bürokratie und Willkür, Tod und Überleben, Zerstörung und Bewahrung, Recht und Unrecht

– mitsamt aller Zwischenformen und Grautöne“⁵ ausdrückt. Diese Rahmenbedingungen stellen sich als Herausforderung und Aufgabe für eine quellengestützte kritische Vermittlung dar, der es gelingen soll, Orientierung zu geben und zur Reflexion anzuregen in Bezug auf die Geschichte, aber auch auf die Gegenwart und die Zukunft. Weiter beschreibt Habbo Knoch Gedenkstätten als „überdeterminierte Erwartungsräume“, welche den gesellschaftlichen Erwartungen von Politiker_innen, Erziehungsberechtigten, Lehrer_innen, aber auch von Besucher_innen ausgesetzt sind: Diese erachten die historischen Orte als authentisch und erhoffen sich von einem Besuch (für Jugendliche oder sich selbst) „Wissensgewinn, Emotionalisierung und moralisches Lernen.“⁶ Die emotionale und sinnliche Wucht der Orte und der Quellen sind einerseits erwünscht, andererseits treffen sie auf je unterschiedliche individuelle Verfasstheiten: Eigene Unsicherheiten, widersprüchliche Haltungen, ungeklärte familiäre Geschichten, Vorstellungen, Erwartungen und Bilder können daher auch Distanz, Abwehr oder Rationalisierungen evozieren.⁷

Und schließlich sind Gedenkstätten als politische Orte mit der Erwartung und der Forderung des „Nie Wieder!“ konnotiert, die Verfolgte und Überlebende formuliert haben.⁸ Die Frage, was das konkret heißt und worauf es sich genau bezieht, wird viel zu selten gestellt und dezidiert beantwortet. Stattdessen wird sie je nach politischen Konjunkturen und Interessen in öffentlichen Diskussionen mit unterschiedlichen Schlagworten, wie „Nie wieder Faschismus“ oder „Nie wieder Krieg“ versehen und bleibt damit unkonkret und inhaltsleer, was sie für den Einsatz aus verschiedenen politischen Spektren so attraktiv macht. Angriffe und Infragestellungen der Gedenkstättenarbeit kommen jüngst aus verschiedenen politischen Richtungen und verfolgen unterschiedliche Zielsetzungen.⁹

5 Habbo Knoch. *Geschichte in Gedenkstätten. Theorie – Praxis – Berufsfelder* (utb, 2020), 22.

6 Ebd., 142.

7 Ebd., 143.

8 Ebd., 151–152.

9 Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Andreas Nowak, „Gedenkstättenbesuche als Anlässe – Antisemitische Vorfälle in Beziehung zum historischen Ort“.

In der aktuellen politisch-historischen Auseinandersetzung, die als Historiker_innenstreit 2.0 bekannt wurde, ging es um die Fragen, ob die Schoa als singuläres Ereignis steht oder ob Kontinuitätslinien zwischen Kolonialismus und der Schoa bestehen und wie diese zu bewerten sind.¹⁰ In diesem Streit über die Ausrichtung der deutschen Erinnerungskultur wurde eine Tendenz zur Universalisierung der Schoa deutlich, die auch Gefahr lief, in das „Rahmenkonzept Erinnerungskultur“ des Bundes unter der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), Claudia Roth, Eingang zu finden.¹¹ Sie legte im Februar 2024 einen Entwurf für eine Neukonzeption der Gedenkstättenarbeit für den Bund unter dem oben genannten Titel vor, der dem Anliegen folgte, den Fokus von NS-Verbrechen und DDR-Unrecht um die Auseinandersetzung mit Kolonialismus, Einwanderungsgesellschaft und Demokratiegeschichte zu erweitern. In einer Stellungnahme bewertete der Dachverband deutscher Gedenkstätten die geplante bundesstaatliche Förderung von Auseinandersetzungen mit den Verbrechen des Kolonialismus als sinnvoll. Zugleich warnten die Vertreter_innen vor einem geschichtspolitischen Paradigmenwechsel und äußerten die Befürchtung, dass das BKM-Konzept „zu einer fundamentalen Schwächung der Erinnerungskultur führen würde“ und sogar „als geschichtsrevisionistisch im Sinne der Verharmlosung der NS-Verbrechen verstanden werden“ könne.¹²

Die Schoa war nicht nur wegen der umfassenden Maschinerie für die massenhafte Ermordung von Menschen präzedenzlos, sondern auch wegen der besonderen Dimension des Antisemitismus, die dazu führte, die Vernichtung von Jüdinnen_Juden in der Dringlichkeit über alle Kriegsziele zu stellen. Saul Friedländer spricht im Kontext des Nationalsozialismus von „Erlösungsantisemitismus“, um kenntlich zu machen, dass dem Antisemitismus in dieser Ideologie eine quasi religiöse Dimension

10 Saul Friedländer, Norbert Frei, u.a. *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust* (C.H. Beck, 2022).

11 Da das Rahmenkonzept nur kurze Zeit online stand, fehlt hier ein Nachweis. Es liegt dem Bundesverband RIAS jedoch ausgedruckt vor.

12 Jörg Ganzenmüller, Oliver von Wrochem, „Leitlinien für die Überarbeitung einer Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Vorschlag der Gedenkstätten zur Erinnerung an das NS-Unrecht und die SED-Diktatur, 25.4.2024,“ zit. nach Martin Sabrow, „Wessen wollen wir gedenken?,“ in *Deutschland Archiv*, 01.06.2024, www.bpb.de/549049.

zukam, neben den rassenbiologischen Aspekten – über die Antisemitismus aufgrund der speziellen Geschichte der Entstehung des Christentums aus dem Judentum, der Verfolgung von Jüdinnen_Juden im Mittelalter und der Funktion von modernem Antisemitismus als Weltanschauung im deutschen Kaiserreich immer schon hinausging.¹³

Abgesehen von den Auswirkungen der hier angeführten erinnerungspolitischen Debatten und ihren Auswirkungen auf die Arbeit in den Gedenkstätten ist auf der konkreten Ebene die Anzahl antisemitischer Vorfälle gestiegen. Die Angriffe gehen kontinuierlich und seit Jahren von rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur_innen aus. Diese haben mit den Wahlerfolgen der AfD deutlich zugenommen und äußern sich in Form von Schmierereien und Beschädigungen an und in Gedenkstätten und -zeichen und in Form von verhöhnenden Inszenierungen. So bemüht sich Björn Höcke, Vorsitzender der thüringischen AfD, seit seinem gescheiterten Versuch, im Jahr 2017 am Gedenken des thüringischen Landtags zum Holocaustgedenktag auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald teilzunehmen, immer wieder, in diesem Kontext zu provozieren und sich zu inszenieren.¹⁴ Auch im Rahmen von Führungen für Gruppen aus Wahlkreisen mit AfD-Abgeordneten, finanziert vom Bundespresseamt, taten sich Teilnehmende mit Relativierungen der Schoah, Störungen und Provokationen hervor.¹⁵ Mit dem Erstarken der AfD

13 Saul Friedländer, „Erlösungsantisemitismus. Zur Ideologie der ‚Endlösung‘“, in ders., *Den Holocaust beschreiben. Auf dem Weg zu einer integrierten Geschichte* (Wallstein, 2007), 28–53.

14 Björn Höcke sprach bezogen auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin von einem „Denkmal der Schande“ und auf einer Veranstaltung der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative in Dresden von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“, weshalb er eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte. Obwohl ihm die Gedenkstättenleitung mitgeteilt hatte, dass er aufgrund seiner geschichtsrevisionistischen Reden dort nicht erwünscht sei, versuchte er, auf das Gelände zu gelangen, ihm wurde jedoch Hausverbot erteilt. Siehe dazu „KZ-Gedenkstätte weist AfD-Politiker Höcke ab“, *Spiegel Online*, 27.01.2017, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kz-gedenkstaette-buchenwald-erteilt-afd-politiker-bjoern-hoecke-hausverbot-a-1132065.html>.

15 Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation: „Wir haben die Möglichkeit Veränderungen vorzunehmen“ – Interview mit Deborah Hartmann

im Bundestag, in Landtagen und -kreisen und Kommunen wird das Problem noch virulenter – angesichts ihrer wachsenden Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme und von Finanzierungsmöglichkeiten.

Antisemitismus wurde und wird an Gedenkstätten, wenn es um die Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen_Juden geht, meist in seiner historischen Form, d.h. als antisemitische Verfolgung im Nationalsozialismus thematisiert. Aktuelle Formen von Antisemitismus spiel(t)en in diesem Kontext meist ebenso wenig eine Rolle wie Zugänge der antisemitismuskritischen Vermittlungs- und Reflexionsarbeit. Antisemitismus war jedoch nicht nur Kernelement des Nationalsozialismus, sondern wird bis heute kontinuierlich und anpassungsfähig an gesellschaftliche Gegebenheiten geäußert. Antisemitische Stereotype sind strukturell in der gesamten Gesellschaft präsent und besitzen einen alltagsprägenden Charakter für Jüdinnen_Juden in Deutschland. So ist auch das Ausmaß, in dem Antisemitismus jüdisches Leben aktuell tagtäglich beeinträchtigt, weitgehend unbekannt.¹⁶

16 Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Vanessa Gelardo „Erfassung von antisemitischen Vorfällen durch den Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen“.

Zunahme antisemitischer Vorfälle an NS-Gedenkstätten

Bis zum 7. Oktober 2023 erfasste der Bundesverband RIAS Post-Schoa-Antisemitismus als die meist verbreitete Form von Antisemitismus und somit als eine Art Grundrauschen in Deutschland.¹⁷ Die anhaltend hohe Zahl von Vorfällen des Post-Schoa-Antisemitismus ging zwischen 2020 und 2023 auch auf die Verbreitung und Resonanz von verschwörungsideologischen Protesten und anderen Äußerungsformen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie zurück, in deren Kontext es immer wieder zu entsprechenden Zwischenfällen kam. Viele Vorfälle kamen aber auch aus dem rechtsextremen Spektrum.

Mit den Massakern der Hamas und anderer Terrorgruppen am 7. Oktober 2023 änderte sich dies grundlegend: Die von RIAS bundesweit dokumentierte Anzahl der antisemitischen Post-Schoa-Vorfälle stieg 2023 zwar weiter an, auf 1677, allerdings wurden mehr Vorkommnisse des israelbezogenen Antisemitismus registriert, insgesamt 2518 Vorfälle; wobei davon 640 Vorfälle beiden Erscheinungsformen zugeordnet werden können.¹⁸ Diese Tendenz verschärfte sich 2024 weiter. In diesem Jahr verzeichneten die RIAS-Meldestellen einen deutlichen Anstieg um 77 % gemeldeter Vorfälle auf insgesamt 8627. Davon wurden 5857 Vorfälle dem israelbezogenen und 2717 dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet, mit insgesamt 1458 Überschneidungen, bei denen wiederum beide antisemitischen Erscheinungsformen zugeordnet wurden.¹⁹

17 „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022,“ Bundesverband RIAS, https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2022.pdf, 23.

18 „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024,“ Bundesverband RIAS, https://report-antisemitismus.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf, 43.

19 Ebd., 10, 43.

Auch an Gedenkorten, zu denen Gedenkstätten, Gedenkzeichen, Stolpersteine u.ä. gehören, zeigte sich diese Steigerung von antisemitischen Vorfällen: Während RIAS im Jahr 2022 noch 166 antisemitische Vorfälle an Gedenkorten dokumentierte,²⁰ verzeichneten die Meldestellen eine Zunahme um 63,9 % auf 272 im Jahr 2023 hin zu 436 im Jahr 2024, was einer weiteren Steigerung von 69,5 % entspricht.²¹ Das ergibt einen Gesamtanstieg von 177,7 % im Verlauf von drei Jahren. Während israelbezogener Antisemitismus an Gedenkorten 2022 mit zehn Vorfällen noch eine deutlich untergeordnete Rolle spielte, potenzierte sich diese Erscheinungsform 2023 auf 42 Vorfälle, von denen sich 32 nach dem 7. Oktober ereigneten, auf 145 Vorfälle des israelbezogenen Antisemitismus im Jahr 2024.²² Post-Schoa-Antisemitismus ist an diesen Orten aber weiterhin die verbreitetste Erscheinungsform.

Die Tendenz einer deutlichen Zunahme von antisemitischen Vorfällen im Allgemeinen und von israelbezogenem Antisemitismus im Besonderen ist auch an NS-Gedenkstätten zu beobachten. Diese Tatsache erfüllt Mitarbeitende aufgrund der damit zum Ausdruck kommenden Erinnerungsabwehr der nationalsozialistischen Geschichte mit wachsender Sorge, wie Teilnehmende eines Fachgesprächs zu „Antisemitismus in und an Gedenkstätten“ berichteten.²³ Das zeigt sich auch in den bei RIAS-Meldestellen gemeldeten Vorfällen: Während 2022 46 Vorfälle an NS-Gedenkstätten erfasst wurden, stiegen diese 2023 auf 112 und erreichten im Jahr 2024 den Höchststand mit 211 gemeldeten Vorfällen. Um israelbezogenen Antisemitismus handelte es sich dabei 2022 bei 6, 2023 bei 23 (davon 17 nach dem 7. Oktober) und 2024 bei 94 Vorfällen.

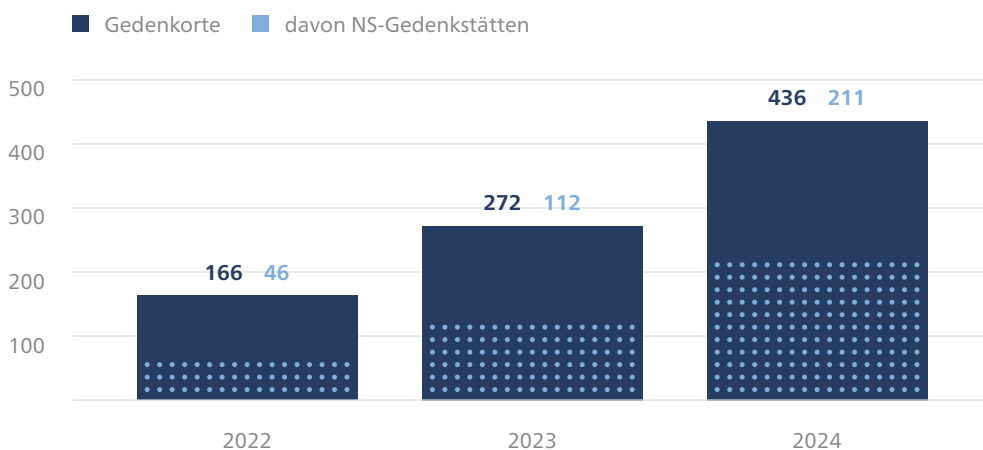
20 „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023,“ Bundesverband RIAS, https://report-antisemitismus.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf, 21.

21 „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024,“ Bundesverband RIAS, https://report-antisemitismus.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf, 56.

22 Diese und die im Folgenden erhobenen Auswertungen umfassen auch Nachmeldungen (Stand: 03.06.2025), die in den Jahresberichten Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022-2024 noch nicht berücksichtigt werden konnten.

23 Am 15. Mai 2025 fand, organisiert vom Kooperationsverbund gegen Antisemitismus (KOVA), ein digitales Fachgespräch zum Thema „Antisemitismus an und in NS-Gedenkstätten“ statt. Hierauf wird im Folgenden wiederholt Bezug genommen.

Anzahl antisemitischer Vorfälle an Gedenkorten (2022–2024)



Diese Zahlen spiegeln die Erfahrungen von Gedenkstätten-Mitarbeitenden, die von einer deutlichen Zunahme von Erinnerungsabwehr berichteten, die sich auf die politische und militärische Situation in Israel, Gaza und dem Westjordanland bezieht. Ein Teilnehmender des Fachgesprächs fasste es in etwa so zusammen: Die gegenwärtige Erinnerungskultur in Gedenkstätten wird von Besucher_innen zunehmend als störend empfunden, weil sie das Gefühl haben, dadurch daran gehindert zu werden, über Israel das zu sagen, was sie gerne sagen würden. Dieses Gefühl verweist auf ein tiefsitzendes Bedürfnis – nicht etwa dezidiert die Politik der israelischen Regierung, das Kabinett Netanjahu VI oder einzelne Parteien zu kritisieren, sondern Israel pauschal oder wahlweise auch die Israelis oder „die Juden“ zu verurteilen. Dabei handelt es sich um israelbezogenen und zugleich Post-Schoa-Antisemitismus, etwa wenn geäußert wird, die „Israelis machen das Gleiche wie früher die Nazis.“²⁴

24 Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Vanessa Gelardo, „Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus – Definitionen und Beispiele im Kontext von NS-Gedenkstätten“.

Ansätze für eine antisemitismuskritische Vermittlungsarbeit

Die Zunahme antisemitischer Vorfälle an Gedenkstätten verdeutlicht die Notwendigkeit, eine antisemitismuskritische Perspektive zu fundieren und zu schärfen. Diese resultiert nicht automatisch bzw. allein aus der Mitarbeit in einer Gedenkstätte und aus der Auseinandersetzung mit der Erinnerung an die Verfolgten und mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Häufig ist eine antisemitismuskritische Perspektive nicht das Kernthema der jeweiligen Teams im Bereich der historisch-politischen Bildung, sondern deren Schwerpunkt liegt meist auf dem historischen Lernen. Aber auch in anderen Bereichen von Gedenkstätten (wie Archiv, Depot usw.) jenseits der Vermittlung spielen antisemitismuskritische Perspektiven meist kaum eine Rolle. Es gibt nicht unbedingt einen Austausch oder Fortbildungen zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus, ebenso wenig eine antisemitismuskritische Reflexion der eigenen Praxis und Haltung oder der Vermittlungs- und Lernräume. Hinzu kommt, dass es häufig kaum Monitoring und keine Diskussion zu aktuellen Vorfällen gibt, wie Teilnehmende des Fachgesprächs berichteten. Diese Defizite führen dazu, dass nicht nur jüdische Teammitglieder, sondern auch jüdische Teilnehmende bei Führungen, Workshops oder Fortbildungen mit der Problematik alleine gelassen werden.²⁵

In Bezug auf das Anliegen, eine antisemitismuskritische Perspektive im Rahmen von Gedenkstätten zu implementieren, haben die Teilnehmenden des Fachgesprächs einige Herausforderungen identifiziert: Dazu gehört die bereits angesprochene Problematik des Ortes. Hier wird eine doppelte Herausforderung sichtbar: Einerseits wirken die Orte, wie bereits ausgeführt, häufig verunsichernd und einschüchternd – sie sind einerseits emotional aufgeladen, andererseits ist Antisemitismus tabuisiert und das gleich doppelt am Ort der historischen Gewalt, Verbrechen und Morde. Hinzu kommt die Problematik der gesellschaftlichen, institutionellen und historischen Erwartungshaltungen, welche Gefahr laufen, diese Orte zu überfrachten.

25 Marina Chernivsky, Friederike Lorenz-Sinai, „Keine schwerwiegenden Vorfälle‘ – Deutungen von Antisemitismus durch pädagogische Teams an Gedenkstätten zu ehemaligen Konzentrationslagern,“ *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, Nr. 1 (2022).

Für die Vermittlung bestehen zusätzliche Anforderungen an die angebotenen Formate: Die zeitliche Begrenzung von Führungen (meist 1,5–2 Stunden) ermöglicht es kaum, die jeweiligen Gruppen in den Blick zu nehmen und/oder auf aktuelle Fragestellungen einzugehen.

Das führt zu der Frage, wo Raum sein könnte, um aktuelle Ereignisse anzusprechen? Es gibt zwar Möglichkeiten, zur Reflexion anzuregen und auf Bedarfe aus der Gruppe einzugehen, aber es besteht auch immer die Gefahr, komplexe Themen aufzumachen, die dann nicht mehr eingefangen werden können. Die pädagogischen Kurzzeitformate sind nicht geeignet, um Bilder in den Köpfen oder Familiengeschichten der unterschiedlichen Teilnehmenden zu adressieren, Verschwörungserzählungen oder israelbezogenen Antisemitismus zu thematisieren. Antisemitismus in dieser Form ist daher im offiziellen Programmformat einer Führung nicht vermittelbar – es ist also kaum möglich, da einzuhaken. Den Guides bleibt meist unklar und intransparent, was die Teilnehmenden denken und wie viele Besucher_innen von Führungen nachher in Gästebüchern antisemitische Kommentare oder Zeichnungen hinterlassen. Wenn Positionen nicht geäußert werden, haben Mitarbeitende der Gedenkstätten kaum Möglichkeiten, diese zu thematisieren und zum Gegenstand der Vermittlung zu machen.

Reflexionen zu einer Implementierung einer antisemitismuskritischen Perspektive

Im Rahmen des Fachgesprächs „Antisemitismus an und in Gedenkstätten“ wurde deutlich, dass eine Verschiebung des Fokus in der Vermittlung bereits ein großer Schritt wäre: Die Teilnehmenden identifizierten eine Tendenz im pädagogischen Setting, Antisemitismus über „die Juden zu erklären“. Das bedeutet es wird dargestellt, wie, wann und wo Jüdinnen_Juden verfolgt wurden, was ihnen angelastet wurde und wofür sie als „Sündenböcke“ dienten. Das führt bei Besucher_innen teils zu der Auffassung, irgendwas müsse mit „den Juden“ ja sein, wenn sie schon immer verfolgt wurden. Es sollten jedoch diejenigen im Fokus stehen, die sich antisemitisch verhalten oder äußern – ihre antisemitischen Einstellungen und Denkmuster sind häufig nicht Teil der Vermittlung. Es muss darum gehen, klarzumachen, dass es in diesem antisemitischen Konglomerat nicht um Jüdinnen_Juden oder ihr Verhalten geht, sondern um die Gesamtgesellschaft und ihre antisemitischen Positionierungen, Äußerungen und Taten. Dabei ist es besonders relevant, darauf einzugehen, welche Funktionen die Zuschreibungen für diejenigen erfüllen, die sie vertreten und umsetzen. Zentral ist zudem, dass pädagogische Mitarbeitende zumindest präsent haben müssen, worauf sie verweisen können, wenn große Fragen aufkommen, die bspw. die ideologischen Dimensionen des Antisemitismus und Nationalsozialismus betreffen oder die Geschichte des Nahostkonflikts, und was sie den Teilnehmenden an die Hand geben können. Zudem wurde ein großer Bedarf an Fortbildungen und Schulungen deutlich, um über den nur historischen Antisemitismus hinaus antisemitische Erscheinungsformen zu erkennen, die nicht Teil einer Ausbildung, bspw. im Rahmen von Geschichtswissenschaften, sind, und um über eigene Zugänge und Ansätze zu reflektieren.

Für einen antisemitismuskritischen Zugang ist darüber hinaus eine Revision und kritische Reflexion des (historischen) Materials in Ausstellungen und Workshops sowie der eigenen Sprache, Zugänge und Haltungen in Bezug auf die Reproduktion antisemitischer Bilder und Stereotype unerlässlich. Es ist empfehlenswert, jüdische Perspektiven auch bezogen auf aktuellen Antisemitismus verstärkt in Materialien, Ausstellungen und Führungen aufzunehmen. Die entsprechenden

Vermittlungsformate gilt es, auf die Fragen hin zu überprüfen: Wer ist im Raum? Welche Themen adressiere ich wie? Und wie verhalte ich mich im Falle von antisemitischen Vorfällen? Daran schließt die Frage an, wie Abläufe und Prozesse so gestaltet werden können, dass die Gefahr, antisemitisch verletzt zu werden, für Betroffene minimiert werden kann, auch mit Blick auf die Nachkommen von Überlebenden. Dafür ist es auch hilfreich, wenn Mitarbeitende von Gedenkstätten für sich klären, als welche Form von Akteur_in sie sich selbst sehen.

Um die Frage zu beantworten, wie Gedenkstätten als Lernorte zugleich die Spezifika der Schoa mit den historischen Ausprägungen des Antisemitismus sowie die aktuellen Formen des Antisemitismus und die notwendigen hier beschriebenen Reflexionsebenen für einen antisemitismuskritischen Ansatz in den Blick nehmen können, bedarf es dringender Auseinandersetzung – auch angesichts der hier beschriebenen erinnerungspolitischen Konjunkturen. Dazu möchte die vorliegende Broschüre anregen.

„Wir haben die Möglichkeit Veränderungen vorzunehmen.“

Bundesverband RIAS im Gespräch mit Deborah Hartmann*

Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Seit 2020 ist Deborah Hartmann Direktorin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Zuvor leitete sie fünf Jahre lang die deutschsprachige Abteilung der International School for Holocaust Studies in Yad Vashem, Jerusalem. In ihrer Funktion als Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte organisierte sie unter anderem das 68. bundesweite Gedenkstättenseminar unter dem Titel „Nie wieder! Nie wieder was? – Antisemitismus und rassismuskritische Ansätze in der Gedenkstättenpädagogik“.

Auf einer Tagung zu antisemitismuskritischer Bildung haben Sie anekdotenhaft erzählt, dass, als Sie die Stelle im Haus der Wannsee-Konferenz angetreten haben, Leute davor gewarnt hätten, es würde eine „Yad-Vas-hemisierung“ der Einrichtung stattfinden. Was war damit gemeint?

Es war nicht so, dass jemand konkret davor gewarnt hätte. Aber es kam schon die Frage auf, ob der Ansatz und die Perspektive von Yad Vashem nun auf das Haus der Wannsee-Konferenz übertragen werden solle – was natürlich ziemlich absurd ist. Ich meine, das ist in mehrfacher Hinsicht eine schräge Vorstellung. Ehrlich gesagt, habe ich das auch nicht weiter hinterfragt, weil ich mich gar nicht so intensiv mit den Projektionen oder Ängsten auseinandersetzen wollte, die da offensichtlich bei manchen mitschwingen. Auf der einen Seite gab es ja auch diese Reaktion: „Wow, wie toll – eine Jüdin, eine Israelin kommt nach Berlin und übernimmt die Leitung des Hauses.“ Das ist natürlich auch mit problematischen Zuschreibungen verbunden. Und auf der anderen Seite stand dann die Sorge im Raum: Wird das Haus der Wannsee-Konferenz sich jetzt nicht mehr primär mit Täterschaft beschäftigen, sondern rücken stattdessen die jüdischen Perspektiven oder die Perspektiven der Betroffenen in den Vordergrund? Verliert der Ort dadurch seinen Charakter als Täterort? Ich glaube, das war eine Befürchtung, die mitschwang. Und da spielt sicher auch ein bestimmtes Bild von Yad Vashem eine Rolle – als eine Einrichtung, die einen bestimmten Anspruch vertritt, wie die Geschichte der Shoah zu vermitteln sei.

Welchen Stellenwert hat für Sie die Positionierung gegen Antisemitismus – gerade an einem historischen Ort wie dem Haus der Wannsee-Konferenz? Und warum ist das auch politisch relevant?

Zunächst einmal ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus grundsätzlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – unabhängig davon, ob es sich um ein Museum, eine Universität oder eine andere Institution handelt. Für das Haus der Wannsee-Konferenz gilt das jedoch in besonderem Maße. Es wäre daher geradezu widersprüchlich, wenn sich diese Einrichtung nicht mit Antisemitismus – historisch wie aktuell – auseinandersetzen würde. Diese Auseinandersetzung ist nicht nur

eine pädagogische Notwendigkeit, sondern auch eine politische Haltung. Sie ist Ausdruck historischer Verantwortung und gesellschaftlicher Relevanz. Das betrifft übrigens nicht nur das Haus der Wannsee-Konferenz – auch andere Täterorte sollten sich mit aktuellen Formen von Antisemitismus befassen. In meiner früheren Arbeit in Yad Vashem war das anfangs ebenfalls umstritten. Es gab die Auffassung, aktuelle Formen von Antisemitismus seien zu politisch und hätten in der Gedenkstätte nichts verloren. Doch Besucher_innen bringen ihre Haltungen, Fragen und manchmal auch antisemitische Einstellungen mit. Heute ist auch dort die Haltung klar: Eine Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus ist notwendig. Ebenso ist es wichtig, Kontinuitäten sichtbar zu machen – Antisemitismus endet nicht 1945. Viele Menschen, auch jüdische Besucher_innen in zweiter oder dritter Generation erwarten zu Recht, dass Gedenkstätten sich nicht nur auf die Vergangenheit beschränken.

Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für Gedenkstätten?

Eine zentrale Aufgabe liegt in der Kompetenzerweiterung des Personals. Nicht alle Mitarbeitenden – ob festangestellt oder frei – bringen ausreichendes Wissen über gegenwärtige Erscheinungsformen von Antisemitismus oder antisemitismuskritische Ansätze mit. Denn in der Vergangenheit lag der Fokus oft ausschließlich auf der NS-Zeit und dem Holocaust. Erst langsam verändert sich das. Es braucht hier eine stärkere Professionalisierung. Wer in Gedenkstätten arbeitet, sollte aktuelle Diskurse kennen, Antisemitismus erkennen und einordnen können – auch in seinen subtileren Formen, etwa im Zusammenhang mit Israel. Eine selbstkritische Haltung gegenüber den eigenen Institutionen gehört ebenfalls dazu: Wo gibt es Auslassungen? Wo muss sich die Einrichtung weiterentwickeln? Ein weiteres Thema ist der Umgang mit NS-Quellen, die selbst antisemitisch aufgeladen sind, etwa das Protokoll der Wannsee-Konferenz. Es steht im Zentrum unserer Arbeit, aber wir müssen auch kritisch hinterfragen, wie wir es präsentieren und welche Wirkungen es entfaltet. Besonders herausfordernd ist aktuell der Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. Fragen wie „Warum äußert ihr euch zum 7. Oktober, aber nicht zum Krieg in Gaza?“ stellen viele Gedenkstätten vor schwierige Abwägungen. Hier braucht es eine klare Haltung, Differenzierungsvermögen und die Bereitschaft, sich auch in komplexen Debatten zu positionieren.

Sie haben von Professionalisierung gesprochen – hat sich die Herangehensweise in der Ausbildung, Auswahl und Einstellung von Mitarbeitenden im Haus verändert?

Ja, auf jeden Fall. Im Rahmen eines umfassenderen Organisationsentwicklungsprozesses haben wir begonnen, uns systematisch mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Für alle Mitarbeitenden, von der Verwaltung bis zum Bildungsbereich, gab es Fortbildungen. Zudem haben wir interne Prozesse wie ein Monitoring- und Vorfallmanagement eingeführt. Auch bei der Ausschreibung für freie Mitarbeitende achten wir inzwischen verstärkt darauf, dass Bewerber_innen Kenntnisse zu aktuellen Formen von Antisemitismus mitbringen. Parallel dazu entwickeln wir eigene antisemitismuskritische Bildungsmaterialien und überprüfen unsere Ausstellung sowie alle neuen Vermittlungsformate kritisch – etwa im Hinblick auf Sprache und implizite Botschaften. Ein weiterer Schritt war die Besetzung einer Stelle im Rahmen des Förderprogramms *Strukturen schaffen gegen Antisemitismus*. Ziel ist dabei, auf Grundlage interner Interviews ein Maßnahmenpaket zu entwickeln, etwa regelmäßige Weiterbildungen, Handlungsrichtlinien für den Umgang mit Vorfällen – intern wie extern – sowie die Professionalisierung des Beschwerde- und Reaktionsmanagements. Außerdem möchten wir mit anderen Gedenkstätten ein Netzwerk aufbauen, um unsere Erkenntnisse zu teilen. Denn es zeigt sich, dass es oft unterschiedliche Wissensstände und Bedarfe in den Abteilungen gibt, die bisher nicht systematisch abgedeckt wurden. Ein Beispiel ist der Umgang mit problematischen Gästebucheinträgen – bislang fehlen klare Richtlinien. Ziel ist es, einheitliche, nachvollziehbare Verfahren zu etablieren, die nicht bei jedem Vorfall neu ausgehandelt werden müssen.

Das ist also Teil einer antisemitismuskritischen Organisationsentwicklung?

Genau. Die Stelle ist zunächst auf ein Jahr angelegt, aber unser Ziel war es von Anfang an, das Erarbeitete langfristig zu verankern – etwa in Form eines internen Leitfadens. Wir wollen damit nicht nur auf bisherige Erfahrungen reagieren, sondern auch präventiv Strukturen schaffen, die dauerhaft greifen.

Wie wurde denn die antisemitismuskritische Organisationsentwicklung intern aufgenommen?

Insgesamt sehr positiv. Viele Kolleg_innen haben selbst ein Interesse bekundet, sich intensiver mit Antisemitismus auseinanderzusetzen. Es wurde klar, dass gerade das Haus der Wannsee-Konferenz angesichts seiner historischen Bedeutung prädestiniert ist, dieses Thema systematisch zu bearbeiten. Nicht wegen meiner Person, sondern aufgrund des Ortes selbst. Gleichzeitig hatten wir auch in der Vergangenheit immer wieder Anfragen von Lehrkräften, die mit konkreten Vorfällen in ihrer Klasse an ihre Grenzen gestoßen waren und daraufhin zu uns kamen. Dabei zeigte sich: Es fehlte an abgestimmten Angeboten. Einzelne Kolleg_innen hatten zwar bereits dazu gearbeitet, aber es gab kein gemeinsames didaktisches Konzept. Das Bedürfnis nach mehr Klarheit und Struktur kam also auch aus dem Team selbst.

Es ist quasi ein laufender Lernprozess?

Genau. Es geht weniger um einzelne Fehler, sondern darum, eine Haltung zu entwickeln, die sensibel bleibt – auch gegenüber eingefahrenen Begriffen oder Formulierungen, die lange Zeit unhinterfragt geblieben sind. Leider gibt es in der Gedenkstättenlandschaft immer noch eine gewisse Reflexionsarmut. Ich werde bis heute regelmäßig als „die Zuständige für Antisemitismus“ bezeichnet, so als wäre das ein spezielles Thema, das nur von bestimmten Personen behandelt werden sollte.

Wie kam die antisemitismuskritische Organisationsentwicklung denn überhaupt ins Rollen – ging das von Ihnen aus?

Wahrscheinlich, ja. Ich tue mich schwer, das so direkt zu sagen, aber ich denke, dass mein Blick von außen eine Rolle gespielt hat. Ich kam mit der Erfahrung aus Yad Vashem, wo diese Diskussionen – etwa über die Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus – schon länger geführt werden. Dass diese Debatten hier, auch in der Gedenkstättenlandschaft, weitgehend ausgeblendet wurden, hat mich irritiert. Wenn man von Lernen aus der Geschichte oder gesellschaftlicher Relevanz spricht,

dann kann man die Gegenwart nicht ausklammern. Gerade eine Einrichtung wie das Haus der Wannsee-Konferenz, die sich historisch mit der Organisation der Schoa beschäftigt, sollte sich auch mit Kontinuitäten und aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus auseinandersetzen. Das heißt nicht, dass wir alles leisten können oder sollen. Aber dass wir Verantwortung übernehmen, liegt in der Logik des Ortes. Ich glaube, ich fand das einfach seltsam und habe auch gemerkt: Da gibt es viele Leerstellen. Und ich muss auch zugeben, dass ich von der neuen Dauerausstellung am Wannsee teilweise überrascht war, insbesondere, wie das Thema Antisemitismus dort bearbeitet wurde. Und dabei reden wir noch gar nicht über aktuellen Antisemitismus, sondern über die historische Erscheinungsform im Nationalsozialismus. Mich hat wirklich gewundert, welche Fragen da gestellt werden, wie sie beantwortet werden, welche Bilder oder Karikaturen verwendet wurden. Wenn man den aktuellen Kenntnisstand der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit berücksichtigt – der ist ja nicht neu –, dann war ich überrascht, dass diese Kriterien kaum in die Ausstellung eingeflossen sind. Auch die Einbeziehung jüdischer Perspektiven: Das ist natürlich ein weites Feld, aber selbst Kolleg_innen am Wannsee haben sich gefragt, ob das wirklich gelungen ist. Gerade wenn man aus einer Einrichtung kommt, die die Betroffenenperspektive stark in den Mittelpunkt stellt, fällt so etwas auf. Ich hatte das Gefühl: Da fehlt etwas. Und man darf nicht vergessen – mein erster Arbeitstag war der 1. Dezember 2020. Das war genau der Tag, an dem die Initiative Weltoffenheit ihre Erklärung veröffentlicht hat.¹ Zwei,

1 Im Mai 2019 beurteilte der Deutsche Bundestag in einem Beschluss die Methoden und Argumentationsmuster der Kampagne Boykott, Divestment and Sanctions (BDS) als antisemitisch. In Reaktion darauf gründeten mehrere Kulturinstitutionen die Initiative GG 5.3 Weltoffenheit, die sich öffentlich gegen den Bundestagsbeschluss wandte. Dabei wurde, so die Amadeu Antonio Stiftung, der „Versuch, die Delegitimierung, Dämonisierung und Isolation Israels einzuschränken und zumindest nicht mit Bundesmitteln zu fördern, (...) als eine Bedrohung der Kunst- und Meinungsfreiheit gedeutet“. Lorenz Blumenthaler, „Weltoffenheit mit Geschmäcke?“, *Amadeu Antonio Stiftung*, 15.12.2020, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/weltoffenheit-mit-geschmaecke-zur-erklaerung-der-initiative-gg-5-3-weltoffenheit-64557/>.

drei Monate später kam die Jerusalem Declaration.² Mein Einstieg fiel also genau in eine Zeit sehr intensiver Debatten. Vielleicht hätte ich andere Schwerpunkte gesetzt, wenn das alles nicht gewesen wäre. Aber so hatte ich den Eindruck: Diese Debatten passieren nicht außerhalb von Gedenkstätten. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Auch wenn wir dabei zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen – es einfach an sich vorbeiziehen zu lassen, funktioniert heute nicht mehr.

Vielleicht nochmal zur Ausstellung: Welche Rolle spielt Ihr antisemitismuskritischer Blick bei neuen Formaten? Zum Beispiel bei der laufenden Ausstellung „On the Roof of Himmler’s Guesthouse“ – oder auch perspektivisch bei der nächsten Dauerausstellung?³

Eine neue Dauerausstellung – das ist vermutlich noch in weiter Ferne. Aber was die jetzige Ausstellung betrifft: Wir haben eine Evaluation durchgeführt und überlegen gerade, wie wir mindestens ein bis zwei Räume überarbeiten können, damit sie unseren Kriterien besser gerecht werden. Ich kann noch nichts Konkretes sagen, weil wir uns noch in der Phase der Ideenfindung befinden. Aber natürlich gibt es kleinere und größere Vorschläge. Ich bin eher für die größere Lösung, für den radikaleren Umbau. Andere Kolleg_innen sehen das pragmatischer, was auch verständlich ist. Im Zentrum steht die Frage nach der Quellenauswahl: Welche Quellen zeigen wir? Was thematisieren wir damit? Welche Aussagen treffen wir implizit durch Bilder, Fotografien, Dokumente? Gerade beim Protokoll – das wird im Original gezeigt, einzelne Passagen sind hervorgehoben, aber es fehlt jede inhaltliche Einordnung im Hinblick auf Antisemitismus. Weder im Raum davor noch im Raum danach gibt es eine Kontextualisierung. Auch der Umgang mit Sprache ist zentral: Formuliere

2 Im Jahr 2021 wurde von einer Gruppe internationaler Wissenschaftler_innen die Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) vorgestellt. Ziel der Verfasser_innen war es, eine Alternative zur Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu formulieren. Für eine kritische Analyse der JDA vgl. Tanja Kinzel und Daniel Poensgen, „Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA): Eine kritische Analyse“, *RIAS Working Paper* 01/24, https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf.

3 Vom 19.6.2025 bis zum 30.6.2026 wird im Garten der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz die Wechselausstellung „On the Roof of Himmler’s Guesthouse - Die U.S. Army 1945 am Wannsee“ gezeigt.

ich etwa „der Hamburger Jude“ oder „der Jude aus Hamburg“ – das wirkt wie eine Kleinigkeit, aber Sprache hat enorme Wirkung. Und auch in der aktuellen Sonderausstellung zur US-Army und zum Ort Wannsee haben wir versucht, diesen Fokus mitzudenken. Es gibt zum Beispiel eine Station zur Familie eines sogenannten Richie Boy⁴, dessen Schwester mit einem Nichtjuden verheiratet war, zwei Kinder hatte und überlebte, weil sich ihr Mann weigerte, sich scheiden zu lassen. Sie leisteten Zwangsarbeit in Hamburg und sie hat jahrzehntelang um Entschädigung gekämpft. Wir haben im Staatsarchiv Hamburg auch Entschädigungsakten gesichtet. Da steht zum Teil erschütternder Antisemitismus schwarz auf weiß, etwa in Formulierungen von Behörden oder Ärzten. Ein ärztliches Gutachten reproduziert NS-Sprache fast eins zu eins. So etwas nehmen wir bewusst in die Ausstellung auf, um diese Kontinuitäten sichtbar zu machen.

Noch eine Frage zu der Ausstellung im Garten, wo Sie und Ihr Team sich entschieden haben, keine Fotos, sondern Comics zu verwenden und auch Antisemitismus nach 1945 zu thematisieren. Da würden uns die Prozesse und Entscheidungen interessieren, die dahinterstanden.

Also zum einen: Es gab ja immer schon eine Ausstellung an diesem Rondell im Garten. Vor meiner Zeit – ich habe es selbst nicht mehr gesehen – war das so eine Art Wannsee-Konferenz-Mini-Ausstellung. Da wurde also noch einmal ein historischer Abriss gezeigt, mit dem bekannten Organigramm der 15 Männer und so weiter. Ich glaube, die Idee war damals, dass man bei großem Andrang im Haus mit Gruppen nach draußen ausweichen konnte, um trotzdem inhaltlich arbeiten zu können. Aus irgendeinem Grund musste diese alte Ausstellung aber abgebaut werden. Das war noch vor meiner Zeit, ich weiß nicht genau warum. Aber das hat uns die Möglichkeit eröffnet, dort etwas völlig Neues zu machen. Und dann gab es zunächst die Diskussion: Brauchen wir nicht wieder das Protokoll? Oder dieses Organigramm? Also klassische Fragen. Aber durch die Begehung der neuen Dauerausstellung und auch durch die Erkenntnis, dass da durchaus Leerstellen existieren, haben wir gesagt:

4 Als Richie Boys werden – meist jüdische – US-Soldaten bezeichnet, die über muttersprachliche Deutschkenntnisse verfügten und aufgrund dessen für Verhöre von Kriegsgefangenen und Kriegsverbrechern ausgebildet wurden.

Das Rondell wäre doch eigentlich der perfekte Ort, um genau auf diese Leerstellen aufmerksam zu machen und thematisch andere Schwerpunkte zu setzen. Also zum Beispiel eine Führung entweder anders zu beginnen oder auch anders zu beenden, um zusätzliche Perspektiven aufzumachen. Relativ schnell war klar: Jüdische Perspektiven nach 1945 sollen hier mehr Raum bekommen – aus verschiedenen Generationen, aus unterschiedlichen Ländern. Und es sollte eben auch ein klarer inhaltlicher Fokus auf Antisemitismus nach 1945 gesetzt werden. Und da fanden wir es spannend, mit grafischen Mitteln zu arbeiten, also nicht nur mit Texttafeln. Es gibt ja tolle Karikaturist_innen, die genau dafür ein Gespür haben, wie man solche Themen zugänglich, aber dennoch komplex und ernsthaft darstellen kann. Das war für uns auch der Versuch, einen anderen Zugang zu finden. Natürlich ist das nicht abgeschlossen, wir überlegen auch schon, wie wir das weiterentwickeln können. So ähnlich wie bei der Dauerausstellung selbst: Wir haben die Möglichkeit, Veränderungen vorzunehmen. Und für das nächste Jahr ist auch schon angedacht, dass wir uns anschauen: Was funktioniert eigentlich gut? Was funktioniert vielleicht weniger gut? Und was wollen wir inhaltlich und thematisch noch erweitern? Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir dann auch das Thema Antisemitismus nochmal stärker und aktueller reflektieren und gezielt ergänzen. Also das ist alles noch offen, aber so war die Genese dieser Ausstellung: Ein Versuch, auf Leerstellen zu reagieren, die im Inneren bestehen, und die Perspektiven draußen zu erweitern. Und ich glaube, das hängt natürlich auch mit der Frage zusammen, was wir möglicherweise in der Dauerausstellung selbst verändern. Dabei wird es vermutlich auch Wechselwirkungen geben – was wir drinnen verändern, beeinflusst sicher auch, was wir draußen anpassen wollen. Und wenn wir uns dann wirklich für eine große Lösung entscheiden sollten – also einen ganzen Ausstellungsraum innen neu zu konzipieren – dann müssten wir natürlich auch schauen, ob die Finanzierung dafür machbar ist.

Wie sieht es am Haus der Wannsee-Konferenz mit antisemitischen Vorfällen nach dem 7. Oktober 2023 aus? Und was hat sich im Vergleich zu vorher verändert?

Also, ich glaube, wir haben nicht so viele Vorfälle wie andere Einrichtungen. Es ist nicht so wie in Sachsenhausen, wo man das Gästebuch wegnehmen muss, weil es nicht mehr kontrollierbar ist. Wir sind auch in einem ganz anderen Setting: Unser Gästebuch liegt im Eingangsbereich, wo die Leute mehr oder weniger beobachtet werden, wenn sie sich dort einschreiben. Ich habe letztens nochmal in der Bildungsabteilung nachgefragt. Auseinandersetzungen mit Besucher_innen kommen jetzt nicht häufiger vor als vor dem 7. Oktober. Wir dokumentieren das zwar, aber das ist schwer zu vergleichen, weil bis vor zwei, drei Jahren gar nichts dokumentiert wurde. Deshalb habe ich keinen richtigen Vergleich, außer das, was mir Leute erzählen, die länger dabei sind. Das Gästebuch funktioniert dabei ein bisschen wie ein Stimmungsbarometer. Unser Presse- und Öffentlichkeitsreferent hat das für einen bestimmten Zeitraum ausgewertet. Dabei haben wir eine Zunahme von Kommentaren im Zusammenhang mit dem 7. Oktober und dem Krieg in Gaza festgestellt, die oft auch israelbezogenen Antisemitismus transportieren. Das nehmen wir definitiv vermehrt wahr, vor allem im Gästebuch. Für eine Veranstaltung habe ich nochmal Einträge herausgesucht, die teilweise so offen antisemitisch waren, dass wir sie kaum lesen konnten. Einer war beispielsweise auf Spanisch, mit klarer Täter-Opfer-Umkehr: Im Holocaust sollte man immer auf der Seite der Opfer, also der Juden, stehen. Jetzt sei es aber wichtiger, auf der Seite der Palästinenser zu stehen, weil die Juden angeblich die neuen Täter seien. Solche Einträge finden wir leider oft, auch Kommentare wie „Stop the ongoing genocide“ und Ähnliches. Das nehmen wir vermehrt wahr.

Auch bei der Ausstellung „Vicious Circle“, die eigentlich an der FU gezeigt werden sollte, dies letztlich aber nicht durfte.⁵ Sie war dann bei uns zu sehen. Da habe ich mich schon gefragt, ob jemand das Seminarhaus mit roten Dreiecken beschmieren wird oder ob mehr Konfrontationen zu erwarten sind. Die Ausstellung wurde von vier Guides täglich betreut, immer in Zweierteams. Wir haben für sie einen Beobachtungsbogen vorbereitet, den sie täglich online ausgefüllt haben, um zu dokumentieren, was passiert. Es gab zwar vereinzelt Besucher_innen, die diskutieren wollten, aber nie Situationen, die eskaliert oder schlimm gewesen wären. Witzig fand ich den Kommentar eines Besuchers, der meinte, er sei nur gekommen, um zu sehen, was die Studierenden an der FU nicht sehen dürfen. Das fand ich treffend formuliert. Man wundert sich, aber selbst da gab es keine größeren Probleme. Ich kann mir vorstellen, dass das auch am Ort liegt, und wir deshalb mit weniger Konfrontation rechnen müssen. Das heißt aber nicht, dass die Besucher_innen weniger antisemitisch sind. Vielleicht schafft so ein Täterort mehr Distanz oder Hemmungen, so dass die Leute ihren Antisemitismus nicht so offen zeigen. Bei einer KZ-Gedenkstätte, wo die Betroffenen im Vordergrund stehen und das Leid der Opfer sichtbar ist, ist das vielleicht anders. An einem Ort wie dem Haus der Wannsee-Konferenz sind die Menschen vielleicht direkter mit ihrer eigenen belasteten Familiengeschichte konfrontiert, auch wenn sie das nicht bewusst wahrhaben wollen. Man spürt das aber. Ich hätte eigentlich gedacht, dass Menschen gerade an solchen Orten hemmungsloser werden, um sich abzugrenzen und ihre Haltung abzureagieren. Aber tatsächlich beobachten wir eher das Gegenteil. Bei Orten wie Sachsenhausen, die viel stärker besucht werden – wir haben am Haus der Wannsee-Konferenz etwa 100.000 Besucher_innen jährlich, das ist im Vergleich zu Sachsenhausen oder Bergen-Belsen deutlich weniger – gibt es auch mehr verbale Aggressionen. Das haben wir in dieser Form nicht. Wir spüren es eher über soziale Medien und das Gästebuch. Das ist interessant, weil wir zu den Gedenkstätten gehören, die sich sehr klar zum Thema Antisemitismus positionieren und das auch offen kommunizieren.

5 Die Ausstellung „The Vicious Circle“ des National Holocaust Centre and Museum (UK) thematisiert Pogrome gegen jüdische Gemeinden in Berlin (Deutschland, 1938), Bagdad (Irak, 1941), Kielce (Polen, 1946), Aden (Jemen, 1947) sowie in Israel (2023). Die ursprünglich an der Freien Universität Berlin geplante Präsentation wurde abgesagt, da laut Universitätsangaben „emotionale Reaktionen“ zu befürchten seien. Vgl. Chris Schinke, „Unter Druck“, *Jüdische Allgemeine*, 10.12.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/unter-druck-5/>.

Wenn es zu Vorfällen kommt, geben Sie den Guides dann Hilfestellung? Was bekommen sie an die Hand, falls es zu Konflikten kommt?

Das arbeiten wir gerade aus, auch mit einer neuen Kollegin, die dafür zuständig ist. Ein richtiges Handbuch gibt es noch nicht, dazu sind wir bisher noch nicht gekommen. Wir versuchen das informell zu regeln. In der Bildungsabteilung gibt es wöchentliche Sitzungen und mehrfach im Jahr treffen wir uns mit den freien Mitarbeitenden. Dort tauschen wir uns kontinuierlich aus: Was sind die Erfahrungen, wie gehen wir damit um? Aber was wir konkret noch ausarbeiten müssen, ist: Welche Möglichkeiten hat die einzelne Person in einer bestimmten Situation? Also im Sinne von: Wann kann ich von der Hausordnung Gebrauch machen? Wo sind die Grenzen? Und welche Unterstützung brauche ich? Besonders bei freien Mitarbeitenden, denn die Situation ist für sie oft noch einmal heikler und spezieller. Ich glaube, Festangestellte trauen sich da vielleicht auch ein Stück weit mehr. Bei der Ausstellung „Vicious Circle“ zum Beispiel weiß ich noch: Eine Kollegin vom Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung hat im Vorfeld die Ausstellungstafeln genau analysiert und für die Mitarbeitenden, die in der Ausstellung gearbeitet haben, eine Weiterbildung vorbereitet. Die Ausstellung war inhaltlich an manchen Stellen auch nicht ganz unproblematisch – nicht alles war so, dass man denkt: „Genau so würde ich eine Ausstellung zu Antisemitismus machen.“ Es gab also durchaus problematische Aspekte. Alle, die in der Ausstellung gearbeitet haben, mussten an dieser Weiterbildung teilnehmen. Zum einen, um zu verstehen: „Ok, was ist an der Ausstellung schwierig, worauf sollten wir bei Führungen oder Gesprächen besonders achten?“ Und zum anderen: „Welche Situationen können auftreten und welche Handlungsmöglichkeiten habe ich dann?“ Eine klare Konsequenz daraus war, dass wir keinen Guide allein in dieser Ausstellung lassen – es muss immer zu zweit gearbeitet werden. So hat man eine zweite Person als Backup und kann im Fall einer Eskalation schnell Unterstützung holen. Das haben wir für diese Ausstellung konkret umgesetzt. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie wir das verallgemeinern können, zum Beispiel bei Gruppen, die vom Bundespresseamt angemeldet werden – auch solche von AfD-Abgeordneten. Hier haben wir für uns geregelt, dass niemand gezwungen wird, diese Gruppen zu betreuen. Wichtig ist uns auch hier: Die Betreuung erfolgt immer zu zweit.

Bei der aktuellen Ausstellung gab es Angriffe von der AfD. Mögen Sie etwas dazu sagen?

Das bezog sich auf eine frühere Ausstellung im Garten. Die Hauptfrage war: „Was bedeutet Wannsee für ...?“ Also welche Assoziationen haben Leute, zu dem Gebäude, zur Geschichte, zur Nachkriegszeit und so weiter? Dabei gab es die Haupttafel mit einem Intro-Text, der kurz Bezug nahm auf das Treffen in Potsdam, welches von Correctiv aufgedeckt wurde und erklärte, warum manche Leute sehr schnell die Assoziation zur Wannseekonferenz 1942 hergestellt haben. In den sozialen Medien kursierte dann schnell der Begriff „Wannsee 2.0“. Und die AfD hat das aufgegriffen: Ein Abgeordneter namens Roland Gläser (früher Berliner Abgeordnetenhaus, jetzt Bundestag) hat vor diesen Tafeln ein Video gedreht, das er in sozialen Medien verbreitete. Darin unterstellt er uns, wir würden den Holocaust verharmlosen und relativieren, indem wir die Besprechung in Potsdam mit der Wannsee-Konferenz gleichsetzen. Er warf uns auch Desinformation vor – also genau das, was die AfD sonst macht. Die Berliner Zeitung hat das bereitwillig aufgegriffen – unglaublich. Es gab einen Shitstorm in den sozialen Medien, „dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden“ und dann gab es Forderungen auch von AfD-Abgeordneten, uns die Finanzierung zu streichen. Im April gab es auch eine Anfrage der AfD sowohl an die Kulturstatsministerin der Bundesregierung (damals Claudia Roth) als auch an die Kultursenatsverwaltung zur Finanzierung unserer Gedenkstätte und zu Kenntnissen der Bundesregierung in Bezug auf die Inhalte der Ausstellung. Diese Fragen zielten klar darauf ab, uns einzuschüchtern. Irgendwann verbreitete die Berliner Zeitung dann das Gerücht, wir hätten die Ausstellungstafel früher abgenommen – das stimmt aber nicht, wir haben sie erst zur neuen Ausstellung entfernt, nicht früher als geplant. Diese Geschichte mit der AfD kostet uns leider sehr viel Zeit, weil wir auf parlamentarische Anfragen reagieren mussten. Es war nicht angenehm, aber man muss damit umgehen.

Wir würden gerne noch einmal auf die inhaltliche Arbeit ihres Hauses zurückkommen: Sie haben eine Methode entwickelt, das Protokoll der Wannsee-Konferenz antisemitismuskritisch zu lesen. Wie war der Prozess und wie funktioniert die Methode?

Das ist noch nicht fertig, wir sind noch in einer Testphase – es ist ein dynamischer Prozess, der auch immer wieder verändert werden kann. Wir haben festgestellt, dass das Protokoll die zentrale Quelle für unsere Einrichtung ist und im Konferenzraum sehr präsent ist. Dabei fällt auf, dass auch wir bei Führungen oft unreflektiert sagen, „die Teilnehmer besprechen die Endlösung der Judenfrage“ – ohne uns zu überlegen, was wir da eigentlich sagen und wie das wirkt. Wir wollten daher gezielt mit diesem Kerndokument arbeiten und ein Workshop-Modul entwickeln. Bisher ist es für Erwachsenengruppen gedacht, wir wissen noch nicht, ob es für alle Zielgruppen passt. Besonders, weil wir viel mit Berufsgruppen arbeiten (Bundeswehr, Polizei), müssen wir testen, ob der Ansatz funktioniert. Wir haben das Protokoll in einzelne Ausschnitte geteilt und uns auf fünf Gruppen geeinigt, die unterschiedliche antisemitische Elemente deutlich machen: rassistischen Antisemitismus, verschwörungstheoretische Elemente, Verharmlosung usw. Die Teilnehmer bekommen also diese Ausschnitte (nicht das ganze Protokoll), eine Einführung darüber, was das Protokoll überhaupt ist, und sollen in kleinen Gruppen Überschriften für die Ausschnitte finden – wie würden sie die antisemitischen Strategien benennen. Dann geben wir Theorieausschnitte dazu – von Adorno bis hin zu anderen kurzen Texten –, die helfen sollen, die antisemitischen Elemente besser zu analysieren. Danach lesen sie Texte aus Betroffenenperspektive und sollen eine Quelle auswählen, die ihnen am besten dabei hilft, die antisemitischen Elemente aus den Zitaten des Protokolls zu identifizieren. Wir hoffen, dass sie so reflektieren, dass auch manche Erfahrungsberichte von Betroffenen problematisch sein können, weil sie wiederum Antisemitismus reproduzieren und daher nicht uneingeschränkt geeignet sind, antisemitische Strukturen zu dekonstruieren. Ein letzter Schritt wäre noch die Übertragung in die Gegenwart: Die Teilnehmenden sollen überlegen, wo sie ähnliche antisemitische Erscheinungsformen heute sehen und diese den Gruppen zuordnen. Aber wir sind noch nicht so weit, denn der Workshop ist sehr intensiv und zeitaufwendig. Wir haben den Ansatz schon mehrfach getestet, das Feedback war, dass das

Modul anspruchsvoll ist. Deshalb wandeln wir es gerade in eine App-Anwendung um und werden es weiter optimieren. Ich denke, die Leute verstehen, dass es am Ende darum geht, sich bewusst zu machen, mit welchen Quellen sie arbeiten und was sie dabei bedenken müssen.

Das klingt vielversprechend, wir sind gespannt. Danke für das Gespräch!

KZ-Gedenkstättenarbeit im Wandel – Rechte Angriffe und neue Dimensionen der Verantwortung

Lara Myller

Netzwerk Zeitgeschichte / Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Die Institutionalisierung der Erinnerung – Die KZ-Gedenkstätten nach 1990

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die gesellschaftliche und staatliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen wurden schon früh zur Zielscheibe rechtsextremer Angriffe. In der jüngeren Vergangenheit verzeichnen NS-Gedenkstätten eine Zunahme von rechten Angriffen. Die Abwehr gegenüber der Erinnerung und der Geschichtsaufarbeitung wird in Form von Vandalismus wie Hakenkreuz-Schmierereien, Beschädigungen von Gedenktafeln oder Leugnung der NS-Verbrechen auf dem Gedenkstättenengelände und in den sozialen Medien zum Ausdruck gebracht.¹ Aber auch geschichtspolitische Angriffe auf parteipolitischer Ebene oder Auseinandersetzungen mit Anwohner_innen konfrontieren Mitarbeitende an Gedenkstätten mit neuen Herausforderungen.

Nach dem 7. Oktober 2023 nahmen antisemitische und antiisraelische Vorfälle merkbar zu. Waren etwa in der Gedenkstätte Sachsenhausen bis 2022 noch zwölf Vorfälle² zu verzeichnen, so stieg die Anzahl im Jahr 2023 auf 31 und 2024 auf 52 an. Klar ist: Diese Angriffe stellen eine konkrete Behinderung der Arbeit in den Gedenkstätten dar und bringen Menschen, die sich für eine Erinnerungskultur in der Gegenwart einsetzen, in potenziell gefährliche Situationen.

Im Folgenden wird das Spannungsfeld der Gedenkstättenarbeit zwischen den Prozessen staatlicher Institutionalisierung und den militanten rechtsextremen Angriffen in den Nachwendejahren aufgezeigt. Abschließend werden Überlegungen zu den veränderten Bedingungen von Bildungsarbeit an Gedenkstätten in der Gegenwart skizziert.

1 „Mehr rechtsextreme Übergriffe in KZ-Gedenkstätten,“ *ARD-Tagesschau*, 30. November 2024, <https://www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-bedrohung-kz-gedenkstaetten-102.html>.

2 Die Gedenkstätte Sachsenhausen erfasst antisemitische Vorfälle und übermittelt sie an den Bundesverband RIAS. Aufgrund der Erfassung nach den Kriterien des Bundesverband RIAS können sich hier Abweichungen bezogen auf die Anzahl der Vorfälle ergeben.

Die Institutionalisierung der Erinnerung und die Gedenkstättenkonzeption des Bundes

Das Ziel, beide deutsche Staaten zu vereinen, stellte in den Jahren 1989/90 viele gesellschaftliche Bereiche vor große Herausforderungen. Die heutigen KZ-Gedenkstätten als bund- und länderfinanzierte Stiftungen sind Ergebnis eines längeren Prozesses, für den der Zusammenschluss beider deutscher Nachkriegsstaaten entscheidend ist. Bezogen auf die Erinnerung an die NS-Verbrechen äußerten kritische Stimmen Sorge: Eike Geisel kritisierte die deutsche Wiedervereinigung, weil er die Gefahr sah, dass mit dem Verschwinden der innerdeutschen Grenze auch die sichtbaren politischen Konsequenzen aus den nationalsozialistischen Verbrechen verschwinden könnten. Er warnte, dass die Wiedervereinigung einen neuen deutschen Nationalismus ermöglichen und eine Art „Normalisierung“ im Umgang mit der eigenen Vergangenheit fördern könnte, bei der die Verantwortung für die Shoah verdrängt wird. Geisel befürchtete, dass mit der deutschen Einheit eine „Schlussstrich-Mentalität“ gefördert werde: die Bereitschaft, das Kapitel Nationalsozialismus als abgeschlossen zu betrachten und sich auf eine neue „Normalität“ zu berufen. In dieser Normalität sei es der deutschen Mehrheitsgesellschaft möglich, sich als Opfer historischer Umstände darzustellen, anstatt die Opfer des Nationalsozialismus in den Mittelpunkt zu rücken. Dies wäre Nährboden für einen neuen deutschen Nationalismus, eine wiedererstarke nationale Identität, die zu Ressentiments, Antisemitismus und Fremdenhass führte, wie es in den 1990er Jahren bei den rassistischen Pogromen real wurde.³

Die Diskussionen um die Zukunft der Gedenkstätten und die Gestaltung einer ‚gemeinsamen Erinnerung‘ in Ost- und Westdeutschland wurden in den 1990er Jahren innerhalb der beiden Enquête Kommissionen „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (1992–1994) und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995–1998) geführt.⁴

3 Siehe u.a. Eike Geisel. *Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays und Polemiken* (Edition Tiamat, 2015).

4 Siehe „Enquete-Online,“ Enquete Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, zugegriffen am 10. September 2025, <https://enquete-online.de>.

Mit dem Ende der DDR wurde in der politischen Diskussion die Rede von der Erfahrung der „doppelten Diktatur“ geprägt.⁵ Besondere Aufmerksamkeit fiel auf die ehemals nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen. Auf diesen Arealen waren unter sowjetischer Besatzung Speziallager eingerichtet worden. Jens-Christian Wagner, Direktor der Gedenkstättenstiftung Mittelbau-Dora und Buchenwald, weist darauf hin, dass diese Lager bereits in der westdeutschen Öffentlichkeit (bis in die SPD hinein) als „rote KZ“ bezeichnet wurden. Mit der Gleichsetzung von Konzentrations- und Speziallager wurde und wird bewusst verdrängt, dass viele Insassen der späteren Lager Nationalsozialist_innen waren, unter ihnen vielfach niederrangige Funktionsträger_innen, teils aber auch schwerstbelastete.⁶

Christian Mentel verweist auf die Absicht, mit der Überzeichnung des sowjetischen Speziallagers das Konzentrationslager zu verharmlosen und die Verantwortlichen zu entkriminalisieren: „Auf der gedenkpolitischen Ebene findet dies seine Entsprechung, wenn die Erinnerung an das Speziallager gegen die Erinnerung an das Konzentrationslager instrumentalisiert wird.“⁷

Mit der im Jahr 1999 verabschiedeten Gedenkstättenkonzeption des Bundes bekannte sich die Bundesregierung schließlich zur Präzedenzlosigkeit des Holocaust. Gleichzeitig bezog sie sich auf die sogenannte „Faulenbach-Formel“, nach der „weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen, noch

5 Deutscher Bundestag, „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Schlussbericht der Enquete Kommission, Drucksache 13/11000, 13. Wahlperiode, 10.06.1998, <https://dserver.bundestag.de/btd/13/110/1311000.pdf>, 490.

6 Jens-Christian Wagner, „Zwischen Schuldabwehr, Schuldumkehr und Instrumentalisierung“, in *Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland. Formen, Felder, Ideologie*, hrsg. von ders. und Sybille Steinbacher, Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Band 22 (Wallstein, 2025), 20.

7 Christian Mentel, „„Nichts weiter als sowjetische Propaganda.' Das Konzentrationslager Sachsenhausen und die Revisionisten,“ in *Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen*, hrsg. von Christoph Kopke, Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Band 11 (Metropol, 2014), 74.

das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden darf.“⁸ Auch die Erklärung des Deutschen Bundestages, den 27. Januar, den Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee, zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ zu erklären, sowie der Beschluss zur Errichtung eines zentralen Mahnmales für die ermordeten Juden Europas in Berlin sind Ergebnis des Institutionalisierungsprozesses einer Erinnerungskultur im Nachwende-Deutschland.

Seither ist die Arbeit der Gedenkstätten „als staatlich zu förderndem Bestandteil der Geschichtskultur und der politischen Bildung“⁹ auf Bundes- und Landesebene verankert.¹⁰ Mit einer kontinuierlichen, öffentlichen Finanzierung konnte die Gedenkstättenarbeit professionalisiert und die pädagogische Begleitung vor Ort gestärkt werden. Die Methoden und Ziele der historisch-politischen Bildungsarbeit an Gedenkstätten orientieren sich an den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses von 1976.¹¹ Ziel ist es unter anderem, Jugendlichen historische Sachverhalte verständlich zu machen und ihnen Werkzeuge an die Hand zu geben, dieses Wissen kritisch auf aktuelle Situationen anzuwenden, ohne dabei auf vereinfachende Gleichsetzungen zurückzugreifen.

8 Detlef Garbe, „Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes: Förderinstrument im geschichtspolitischen Spannungsfeld (10.12.2015),“ in *Newsletter Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein*, Nr. 9, April 2016, 3.

9 Sybille Steinbacher, „Warum Weinen allein nicht bildet. Von den Ansprüchen an die KZ-Gedenkstätten,“ in *Nationalsozialistische Konzentrationslager. Geschichte und Erinnerung*, Band 36, hrsg. von Axel Decroll, Kolja Buchmeier, Michael Wildt (Metropol, 2024), 29.

10 Zur Diskussion um die Neufassungen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes seit ihrer Unterzeichnung siehe Detlef Garbe, „Die Gedenkstättenkonzeption,“ in *Newsletter Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein*, 6. Der Text aus dem Jahr 2015 berücksichtigt nicht die jüngste Diskussion um die Erweiterung der Bundesgedenkstättenkonzeption, mit der ein Zusatz um die Aufarbeitung und Erinnerung der kolonialen Vergangenheit formuliert werden sollte.

11 Karl-Hermann Rechberg, „Diskussion zentraler Ergebnisse: Facetten des Lernens an historischen Orten zum Nationalsozialismus mit dem Fokus auf der Auseinandersetzung mit Täterschaft und Propaganda,“ in ders., *Täterschaft in der Gedenkstättenpädagogik* (Springer Fachmedien, 2020), 185–242.

Gedenkstätten und Umgebungsgesellschaft

Als gesellschaftlich verankerte Orte sind Gedenkstätten auch Teil ihrer Umgebungsgesellschaft – dieses Verhältnis ist nicht immer spannungsfrei. Die Spannungen reichen von alltäglichen Nachbarschaftskonflikten – etwa über Parkplatzregelungen oder das Besucheraufkommen – bis hin zu deutlicher Ablehnung gegenüber der Bildungsarbeit oder der dauerhaften Sichtbarkeit des historischen Ortes. Ein Beispiel ist ein heftiger Streit um die Benennung einer Straße in den Jahren 2020 bis 2022. In einem Neubaugebiet in Oranienburg sollte eine Straße nach der im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen inhaftierten Gisela Gneist, die als Vorsitzende (1995–2007) des Opferverbandes Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e. V. (AGLS) umstritten war, benannt werden. Inwiefern die Kontroverse um die Benennung „Ausdruck des Ringens einer Stadt in Ostdeutschland ist, die ihre KZ-Geschichte mit anderen historischen Anknüpfungspunkten verbinden will, oder eher der Hinweis darauf, dass ihre NS-Geschichte zurückgedrängt und gegen andere Perioden aufgewogen werden soll,“¹² kann hier nicht geklärt werden. Allerdings gilt festzuhalten, dass Gneist sich mit einer Distanzierung von ihrem NS-Elternhaus und der NS-Gesellschaft schwertat. Herausgearbeitet hat das etwa Petra Haustein in ihrer Konfliktgeschichte der Gedenkstätte Sachsenhausen nach 1990, wo Gneist nostalgisch über ihre Jugend spricht, und die Hitlerjugend verklärt. Es habe unter ihren Freunden „ein unheimlicher Zusammenhalt“ geherrscht: „Das war richtig ‘ne tolle Zeit.“¹³

Der Konflikt um die Straßenbenennung zeigt exemplarisch, dass trotz des wachsenden zeitlichen Abstandes die Nachwirkungen der NS-Verbrechen und die Aushandlung um ihre Deutung Teil unserer Gegenwart sind. Diese Gegenwärtigkeit wird häufig durch den paradoxen Sammelbegriff der „Erinnerungskultur“ verstellt.

12 Enrico Heitzer, „Rechts abbiegen am Gisela-Gneist-Platz? Bitte nicht! Die Diskussion um eine Straßenbenennung nach Gisela Gneist in Oranienburg,“ in *Transformation des Gedenkens. Lokales Erinnern an sowjetische Verhaftungen der Nachkriegszeit*, hrsg. von Jörg Ganzenmüller, Julia Landau, Franz Waurig (Böhlau Verlag, 2024), 162–177.

13 Petra Haustein. *Geschichte im Dissens. Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Sachsenhausen nach dem Ende der DDR* (Leipziger Universitätsverlag, 2006), 333–337.

Bei dieser handelt es sich vielmehr um vielfältige Praktiken wie Gedenkveranstaltungen, die Errichtung von Denkmälern, Bildungsarbeit, aber auch konflikthafte Aushandlungen. Als gesellschaftliche Praxis verstanden ist sie durch Aushandlungsprozesse charakterisiert, in denen Individuen und soziale Gruppen um Anerkennung, Teilhabe und bestenfalls ein gemeinsames historisches Bewusstsein ringen.

Gerade für pädagogische Fachkräfte bedeuten solche Konflikte, dass es einer besonderen Sensibilität für das Umfeld bedarf, um eine klare Kommunikation mit Gruppen und einen professionellen Umgang mit Anlieger_innen zu führen. Die tägliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus kann auch für die Menschen in der unmittelbaren Umgebung belastend sein. Allerdings verweist die Präsenz eines historischen Tatortes auch auf die Verantwortung und mögliche Verstrickungen der eigenen Gemeinde.

Schändung von KZ-Gedenkstätten: Extreme Gewalt, Angriffe und Sachbeschädigungen in den 1990er Jahren

Aggressive, diffamierende und schuldabwehrende Reaktionen und Angriffe auf Gedenkstätten begleiteten die Bemühungen um Aufarbeitung in der deutschen Post-Schoa-Gesellschaft von Beginn an.¹⁴ Den Nährboden für rechtsmotivierte Angriffe und schwere Gewalttaten bilden unter anderem die rassistisch aufgeladenen Debatten um Migration und Asyl – das gilt für das Nachwendejahrzehnt wie für heute.¹⁵ Die als „Baseballschlägerjahre“¹⁶ bezeichneten 1990er Jahre waren geprägt von neonazistischer Straßengewalt. Die Bilder des brennenden Sonnenblumenhauses in Rostock-Lichtenhagen waren bereits im August 1992 zu

- 14 Über rechte Angriffe auf Gedenkstätten und die Rolle von Überlebenden-Verbänden am Beispiel der Gedenkstätte Dachau siehe Nina Rabuza, Katharina Ruhland, Michael Sturm, „Rechte Angriffe auf Gedenkstätten und die Rolle der Überlebenden-Verbände von den 1960er Jahren bis heute – das Beispiel Dachau,“ in *Positionierte Orte, Impulse zur Auseinandersetzung mit Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus in NS-Gedenkstätten*, hrsg. von Sabine Reimann, Michael Sturm, Hans-Peter Killguss, im Auftrag des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln und des Erinnerungsortes Schlachthof, (NS-Dok, 2025), 6–31.
- 15 Zu den rassistischen Mobilisierungen und rechter Gewalt in den 1990er Jahren siehe die Artikel von Heike Kleffner, Judith Porath, Marcus Reinert, in *Angriffe auf die Erinnerung*.
- 16 Unter dem #Baseballschlägerjahre (Christian Bangel) wurden ab 2019 auf Social Media Erfahrungsberichte von Betroffenen und Zeitzeug_innen der alltäglichen neonazistischen Straßengewalt der frühen 1990er Jahre geteilt. Das APuZ-Sonderheft zur rechten Gewalt in diesen Jahren analysiert, wie das Trauma in der gesellschaftlichen Nachwendegeneration noch immer nachwirkt. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), „Baseballschlägerjahre,“ in *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ), 17–19/2022, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515769/baseballschlaegerjahre/>.

einem medialen Ereignis geworden, sie stehen exemplarisch für etliche rassistische Pogrome und (versuchte) Morde in dieser nationalistisch und neonazistisch gezeichneten Zeit.¹⁷

Bereits im August 1991 griff eine Gruppe Neonazis im Zuge einer Propagandaaktion ein Berliner Ehepaar in der Gedenkstätte Ravensbrück körperlich an.¹⁸ Die Tatbeteiligten hatten versucht, Flugblätter einer rechtsextremen Gruppe in der Ausstellung der Gedenkstätte zu verteilen. Am 26. September 1992 wurde die Baracke 38 – die sogenannte jüdische Baracke – der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen von Neonazis in Brand gesetzt.¹⁹ Der Anschlag galt als der massivste antisemitisch motivierte Vorfall in der brandenburgischen Nachkriegsgeschichte, zwei bekennende Neonazis wurden verurteilt.²⁰ Über den Verbleib von mutmaßlich 15-20 Tatbeteiligten fehlen bis heute nachprüfbare Beweise.²¹ Im Folgejahr, am 21. Oktober 1992, versuchte eine Gruppe Jugendlicher das Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers mit einem Molotow-Cocktail in Brand zu setzen.²²

17 Die Mobilisierungen trafen auf eine allgemein rassistische Grundstimmung in der Gesellschaft und fanden ihre gewaltvollen Höhepunkte in den Pogromen von Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992) sowie den nächtlichen Brandanschlägen in Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993). Vgl. u.a. Till Kössler und Janosch Steuwer (Hrsgg.). *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10899 (Schriftenreihe bpb, 2023), 230–250.

18 Der Angriff neonazistischer Aktivisten der Nationalistischen Front (NF) auf die Gedenkstätte Ravensbrück erfolgte im Zuge der Aktion ‚Sühneklappspaten‘, siehe Rosa Zylka, „‚Deutscher, willst du ewig zahlen?‘ Gewalt gegen die Gedenkstätte Ravensbrück in den frühen 1990er-Jahren,“ in Christoph Kopke, Judith Froese, Martin Behrens (Hrsgg.). *Rechte Gewalt. Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg*, Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung, Band 3 (Metropol, 2023), 251–269.

19 Gideon Botsch, „‚Schluss mit dem Holocaust.‘ Der Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Kontext rechtsextremer Geschichtspolitik,“ in *Angriffe auf die Erinnerung*, 38.

20 Günter Morsch, „Die Brandanschläge auf die ‚Jüdischen Baracken‘ im September 1992 und das ‚Museum des Todesmarsches‘ 2002. Taten, Täter, Folgen,“ in *Angriffe auf die Erinnerung*, 32.

21 Ebd.

22 Zylka, „Deutscher, willst du ewig zahlen?“, 250f.

Für viele in Sachsenhausen inhaftierte Juden war dieses Lager lediglich eine Zwischenstation und eine der vielen Erniedrigungen während der Verfolgung durch das NS-Regime. Mit dem Anschlag auf den Ort des Leidens jüdischer Menschen zielten die Attentäter auch darauf, die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden zu stören oder zu tilgen und die Verbrechen des NS-Regimes zu leugnen.²³

23 Günter Morsch, „Die Brandanschläge auf die ‚Jüdischen Baracken‘ im September 1992,“ in *Angriffe auf die Erinnerung*, 8.

Rechte Geschichtspolitik als Angriff auf die Arbeit von KZ-Gedenkstätten

Für rechtsextreme und rechtsradikale Akteur_innen sind die Erinnerung an die NS-Verbrechen und die Präsenz von Gedenkstätten ein Problem – sie widersprechen dem Bestreben, die deutsche Nation als positiv aufgeladene Identifikationsfläche zu etablieren. Strategien wie die Verharmlosung, Leugnung, Relativierung oder Glorifizierung der NS-Verbrechen dienen dazu, die Erinnerung an diese Verbrechen zu schwächen. In den letzten Jahren lässt sich ein stetiges Anwachsen des Geschichtsrevisionismus feststellen. Die offene Holocaust-Leugnung ist hier ein Element einer ganzen Palette von geschichtsverzerrenden Mythen und NS-verharmlosenden Erzählungen.²⁴

Auf parteipolitischer Ebene sind es gegenwärtig vor allem die geschichtspolitischen Bestrebungen der AfD auf Landes- und Bundesebene, die die Arbeit der Gedenkstätten in Frage stellen und mit ihren Anfragen die finanzielle Grundlage entziehen wollen. Die AfD ist in diesem Kontext sowohl Ventilator als auch Symptom einer rechtsextremen Szene, sie trägt maßgeblich zur stetigen Popularisierung und Verbreitung von geschichtsverzerrenden Erzählungen bei. Mit der AfD existiert seit 2013/14 ein rechtsradikales Sammelbecken, das explizit rechtsextreme Gewalttäter_innen sowie ultralibertäre und nationalkonservative Strömungen und Personen unter der formalen Struktur einer demokratisch legitimierten Partei vereint. Die Partei verfolgt eine rechtsradikale politische Agenda und arbeitet systematisch darauf hin, demokratische Institutionen und Prinzipien zu untergraben. Hinter Begriffen wie „Bürokratieabbau“ verbergen sich häufig Forderungen, die auf eine Schwächung parteiunabhängiger staatlicher Kontrollinstanzen zielen. Festzuhalten ist: In ihrer Konsequenz zielen rechte Ideologie und Politik immer auf exkludierende und häufig gewaltförmige Politik – gegen jene Gruppen, die nicht als Teil einer vermeintlich homogenen „deutschen Gesellschaft“ gelten.

24 Jens-Christian Wagner, „Zwischen Schuldabwehr, Schuldumkehr und Instrumentalisierung,“ 15f.

Inhalte dieser rechten Umdeutungsversuche sind beispielsweise Versuche, ein heldenkultisches Gedenken an gefallene Wehrmachtsoffiziere zu etablieren. Schuldumkehrende und verharmlosende Geschichtsinterpretationen werden von Rechten genutzt, um aus den Verbrechen der Deutschen während des zweiten Weltkrieges eine positive Heldengeschichte zu konstruieren. Die Fraktion der AfD im brandenburgischen Landtag forderte anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung dazu auf, „in öffentlichen Verlautbarungen die Bezeichnung ‚Tag der Befreiung‘ zu unterlassen“, es sei „unangemessen und geschichtsvergessen“, vom 8. Mai 1945 als „Befreiung“ zu sprechen. Der Landtag wurde angehalten, das Leid der Deutschen und „die Vertreibung und die Zwangsumsiedlung von 15 Millionen Deutschen“²⁵ infolge der sowjetischen Besatzung zu berücksichtigen.

Der Antrag nutzt klassische Motive und Themen des rechten Revisionismus.²⁶ Rechte Revisionisten wollen durch Imitation wissenschaftlicher Publikationen den Anschein von Seriosität erwecken, etwa durch eine vermeintlich wissenschaftliche Sprache, einen meist langen Anmerkungsapparat, die Nutzung von Quellen. Bei näherem Hinsehen und mit Recherche fällt allerdings auf, dass die Angaben im Anmerkungsapparat Werke der ‚Szene‘ betreffen, veraltet sind oder dass aus dem Kontext gerissene falsche Zitate verwendet werden.²⁷

25 Landtag Brandenburg, „Entschließungsantrag der AfD-Fraktion zu: Antrag auf Aktuelle Stunde der BSW-Fraktion – ‚80 Jahre Befreiung vom Faschismus und Ende des Zweiten Weltkrieges – Mahnung für Frieden in unserer Zeit!‘“ (Drucksache 8/684 vom 18.03.2025), Drucksache 8/727, 8. Wahlperiode, Potsdam, Landtag Brandenburg 2025, 1.

26 Mit „Revisionismus“ (von lat. *revisere*, erneut hinsehen) ist generell die empirische Überprüfung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf Basis eines neuen Forschungsstandes gemeint. Die Zeitgeschichte und Geschichtswissenschaft befassen sich unter anderem mit der Neubewertung historischer Ereignisse auf Basis neuer Erkenntnisse. Das können beispielsweise neu erschlossene Dokumente und Archivbestände sein. Vgl., Jens-Christian Wagner, „Zwischen Schuldabwehr, Schuldumkehr und Instrumentalisierung,“ 18.

27 Ebd.

Auffällig ist das Feilschen um Zahlen und das Herstellen einer Konkurrenzbeziehung zwischen den Opfern, je nach Thema werden die Zahlen der von den Nazis im Holocaust Ermordeten zu gering und die Anzahl der deutschen Opfer überhöht.²⁸ In den Fußnoten werden seriöse Quellen, aber auch populäre und veraltete Abhandlungen geführt. Fest steht: Millionen Menschen wurden aus ihrer Heimat in den ehemaligen Ostgebieten vertrieben und vor allem sowjetische Soldaten begingen etwa mit der Vergewaltigung deutscher Frauen Kriegsverbrechen. Diese Themen werden auch ohne Übertreibungen und Fälschungen für eine moralisierende Argumentation verwendet, um Leid gegen Leid aufzurechnen, doch eine Auseinandersetzung mit deutschen Kriegsverbrechen und dem Holocaust wird verdrängt oder relativiert.²⁹

Rechter Revisionismus folgt einer kontrafaktischen, aber linearen Erzählung. Die kommunikative Strategie rechtsextremer Akteur_innen ist in der Gegenwart komplexer und findet vor allem im digitalen Raum statt. Es werden Tatsachen verdreht, eine Stilblüte ist die Aussage „Hitler war ein Linker“.³⁰ Der Beweggrund für eine Täter-Opfer-Umkehr geht dabei direkt auf die NS-Diktatur zurück. Beim Geschichtsrevisionismus der AfD handelt es sich um Revisionsversuche, die sowohl das NS-Regime inklusive Holocaust als auch die DDR betreffen. In Ostdeutschland wird von der AfD eine Verbindung von DDR-Geschichtspolitik und rechtspopulistischen Strategien und Ideologien der Gegenwart verbreitet. Thematisch entsteht eine widersprüchliche Symbiose, in der rechtsextreme Gruppen ostdeutsche antifaschistische Traditionen ablehnen, aber deren antiwestliche Interpretation nutzen, um demokratische und pluralistische Erinnerungskulturen zu delegitimieren.

28 „Die genaue Zahl der Todesopfer ist nicht bekannt, seriöse Schätzungen gehen von 8.000 bis maximal 40.000 toten deutschen Gefangenen aus. In geschichtsrevisionistischen Kreisen zirkulieren – wie bei den britischen Luftangriffen auf Dresden – deutlich höhere Todeszahlen,“ ebd.

29 Ebd., 20.

30 Nils Metzger, Jan Schneider, „Faktencheck. Experten verurteilen Weidels Hitler-Aussagen“. ZDFHeute, 10.01.2025, <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/afd-weidel-hitler-links-musk-interview-100.html>.

Gegenwärtig konzentrieren sich rechte Geschichtsrevisionist_innen in Brandenburg auf die Bombardierung Nazi-Deutschlands durch die West-Alliierten. Die rechts-extreme Szene nutzt die Jahrestage der Luftangriffe durch die West-Alliierten seit Jahren für Umdeutungen der Erinnerung und rechtsextreme Propaganda. Abgeordnete der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg setzten auf Social Media Posts ab, um ihre Betroffenheit zu bekunden: "15. Februar 1945 – Cottbus in Flammen: Ein Tag des Gedenkens".³¹

Mit ihrer Geschichtspolitik zielt die AfD auf die Errichtung einer identitär-nationalistischen Ideologiecottage aus fiktiven Versatzstücken und NS-Verharmlosung, welche sich weit entfernt von einem kritischen, faktenbasierten Geschichtsbild bewegt, der Holocaust wird aktiv verdrängt und umgedeutet. Markus Linden konstatiert, dass die AfD in Bezug auf die geschichtspolitische Agenda ein weites gesellschaftliches Spektrum versammelt und repräsentiert: von den Wiedergängern des Nationalsozialismus bis hin zu jenen, die im vereinten Deutschland eine „neue DDR“ sehen.“³² Die Vergangenheit wird instrumentalisiert und als Vergleichsmaßstab für einen angeblich antidiktatorischen Kampf herangezogen. Die AfD verkauft sich so als antitotalitäre Partei.³³

Die parteipolitische Neutralität von Gedenkstätten endet dort, wo politische Akteur_innen Positionen vertreten, die dem Auftrag der Einrichtungen widersprechen und die Würde der Opfer gefährden. In diesem Kontext ergibt sich eine klare Aufgabe: Gedenkstätten müssen sich – wie Schulen oder Hochschulen – sachlich fundiert in aktuelle gesellschaftliche Auseinandersetzungen einbringen. Das bedeutet, Differenzen und Kontinuitäten zwischen historischem Nationalsozialismus und den gegenwärtig virulenten rechten Ideologien zu benennen – jenseits vereinfachender Analogien oder entleerter Menschenrechtsrhetorik.

31 Die AfD Cottbus via Facebook, zugegriffen am 1. Dezember 2025, https://www.facebook.com/story.php?story_fbid=1010460564462490&id=100064956661493.

32 Markus Linden, „Der Geschichtsrevisionismus der AfD. Akteure, Organe, Inhalte,“ in *Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland*, 93.

33 Ebd., 94.

Perspektiven auf die Praxis: Gedenkstättenarbeit unter veränderten Bedingungen

Heute werden ‚Die Gedenkstätten‘ als geschichtspolitische Akteure wahrgenommen und adressiert. Allein durch ihre öffentliche Finanzierung und die Einbindung in regionale, nationale und internationale Bildungsnetzwerke wirken sie unmittelbar in politische Diskurse hinein. Sie sind nicht nur Ziel geschichtsrevisionistischer Angriffe, sondern auch Projektionsfläche gesellschaftlicher und politischer Erwartungen – etwa im Kontext verpflichtender Gedenkstättenbesuche, symbolischer Politikinszenierungen oder der kritischen Auseinandersetzungen mit einer staatlich finanzierten Erinnerungskultur.

Rund eine halbe Million Besucher_innen kamen 2023 zur KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Die meisten besichtigten Gelände und Museum individuell, ohne Begleitung von Mitarbeitenden der pädagogischen Dienste.³⁴ Dr. Axel Drecoll, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, berichtete in einer Stellungnahme, dass gegenwärtig besonders häufig verbale Angriffe oder entsprechende schriftliche Äußerungen gegen Minderheiten, vor allem antisemitische, aber auch antiziganistische, homophobe oder rassistische und fremdenfeindliche Injurien vorkommen. Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für queere Opfer des NS-Regimes im Jahr 2024 musste auf den Social-Media-Kanälen der Gedenkstätte Sachsenhausen die Kommentarfunktion wegen zahlreicher, offen formulierter Beleidigungen und Schmähungen geschlossen werden. Beunruhigend sei auch, dass zunehmend Jugendliche mit einem geschlossen rechtsextremen Geschichtsbild, die den Holocaust intentional infrage stellen, auftreten. Gegenwärtig häufen sich Berichte über problematische Situationen bei der Durchführung pädagogischer

34 Im Jahr 2023 hat die pädagogische Abteilung der Gedenkstätte Sachsenhausen 2188 Gruppen aus Deutschland oder dem westeuropäischen Ausland betreut, vgl. Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten: Jahresbericht 2023. Oranienburg: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 2024, zugegriffen am 4. Juni 2025, https://www.sachsenhausen-sbg.de/fileadmin/user_upload/Gedenkstaetten/Stiftung/Jahresberichte/Jahresbericht_2023_web_highres_min.pdf, 50.

Programme an KZ-Gedenkstätten.³⁵ Pädagogische Mitarbeitende sind zunehmend mit geschichtsrevisionistischen Argumentationsweisen von Jugendlichen konfrontiert. In der jüngeren Vergangenheit sahen sich Lehrkräfte gezwungen, den Besuch an der Gedenkstätte abzusagen, da sie befürchteten, dass die Jugendlichen sich vor Ort nicht angemessen verhalten oder das geplante Programm boykottieren würden. Andere Unterrichtende erzählen, dass sie mitunter Angst vor den Elterngesprächen oder Reaktionen aus der Elternschaft haben, da ihre Schüler_innen aus rechtsextremen Elternhäusern stammen. Auch bezeichneten einige Lehrkräfte die Exkursion zur Gedenkstätte als eine letzte Möglichkeit zur Intervention, mit der sie rechtsextreme Schüler_innen „bekehren“ wollen. In Ravensbrück und Sachsenhausen berichten Guides vereinzelt von schwierigen Führungen, in denen Verbrechenskontexte grundsätzlich angezweifelt und die Sinnhaftigkeit der Aufarbeitung an sich mit dem Verweis auf das negative Andenken an die eigenen Vorfahren infrage gestellt werden.³⁶ Gedenkstättenbesuche dürfen nicht als Allheilmittel verstanden werden, wenngleich gedenkstättenpädagogische Settings einen Dialog- und Möglichkeitsraum eröffnen sollten, auch für kritische Fragen. Holocaustverharmlosende oder provokante Äußerungen von Jugendlichen enden nicht notwendigerweise in gewalttätigen rechtsextremen Netzwerken. Allerdings muss die Gefahr eines positiven Bezuges auf eine Ideologie der Ungleichheit, der die Gewalt immer immanent ist, ernstgenommen werden. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Meldestellen ist unerlässlich, um deutlich zu machen: Menschenfeindliche Äußerungen haben auf dem Gelände der Gedenkstätten keinen Platz. Bei strafrechtlich relevanten Vorfällen wird zusätzlich juristisch reagiert.

Gleichzeitig stellen sich Mitarbeitende die Frage, wie mit Vorfällen umzugehen ist, die zwar nicht strafbar sind, aber dennoch Grenzen überschreiten. Die Dokumentation und das Monitoring der Vorfälle sowie die Kommunikation mit Polizei, Justiz und zivilgesellschaftlichen Meldestellen binden personelle Ressourcen, sie sind

35 Axel Drecoll, „Aktuelle Herausforderungen der inhaltlichen Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund extremistischer Angriffe,“ Stellungnahme. Ausschussdrucksache 20(22)186. Berlin: Deutscher Bundestag, 23. Januar 2025, zugegriffen am 1. Dezember 2025, <https://www.bundestag.de/resource/blob/1039730/Stellungnahme-Drecoll.pdf>.

36 Ebd., 2.

allerdings unabdingbar. Wenn die Sicherheit für Teilnehmende und Mitarbeitende weiterhin gewährleistet sein soll, stehen Gedenkstätten in der Verantwortung, potenziellen Störungen durch präventive Sicherheitsmaßnahmen entgegenzuwirken. Es entsteht ein erhöhter Fort- und Weiterbildungsbedarf, der Zeit und Mittel beansprucht, die eigentlich für die inhaltliche Bildungs- und Vermittlungsarbeit vorgesehen sind. Diese zusätzlichen Belastungen bleiben nicht folgenlos – der psychische Druck auf freie Guides und pädagogische Mitarbeitende nimmt zu.

Seit mindestens zwei Jahrzehnten wird in der Gedenkstättenlandschaft diskutiert, wie zeithistorische Vermittlung fortgeführt werden kann, wenn die Generation der Überlebenden nicht mehr ist. Dieser Punkt ist inzwischen nahezu erreicht: Die Mehrheit der Schüler_innen, die heute eine KZ-Gedenkstätte besucht, wird dort keine Überlebenden der NS-Verbrechen mehr persönlich treffen. Vor diesem Hintergrund hält Cornelia Siebeck fest: „NS-Gedenkstätten können nicht als gallisches Dorf überleben. Wenn sie Orte eines widerspenstigen Gedächtnisses bleiben wollen, das auch gegenwärtige Verhältnisse immer wieder gegen den Strich bürstet und fragend bricht, stehen sie vor der Herausforderung, ein solches Gedächtnis unter veränderten Bedingungen neu zu formulieren.“³⁷ Zugleich bedarf es einer klaren, ethisch wie wissenschaftlich fundierten Haltung. Gedenkstätten an Orten nationalsozialistischer Tatorte dürfen diese Orte und ihre Opfer nicht – auch nicht im wohlmeinenden Sinne – für gegenwärtige politische Ziele vereinnahmen. Allerdings ist die Integration des Holocaust und der Massenverbrechen des NS-Regimes eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung und der kritische Blick auf die deutsche Vergangenheit eine mehrheitsgesellschaftliche Aufgabe, für die die NS-Gedenkstätten in besonderer Weise verantwortlich sind.

37 Cornelia Siebeck, „Unterwegs verloren? NS-Gedenkstätten und ‚kritisches Geschichtsbewusstsein‘“, in Tagung #erinnern_kontrovers, 14.4.2015, <https://erinnern.hypotheses.org/194>.

Gedenkstättenbesuche als Anlässe – Antisemitische Vorfälle in Beziehung zum historischen Ort

Andreas Nowak

Bundesverband RIAS

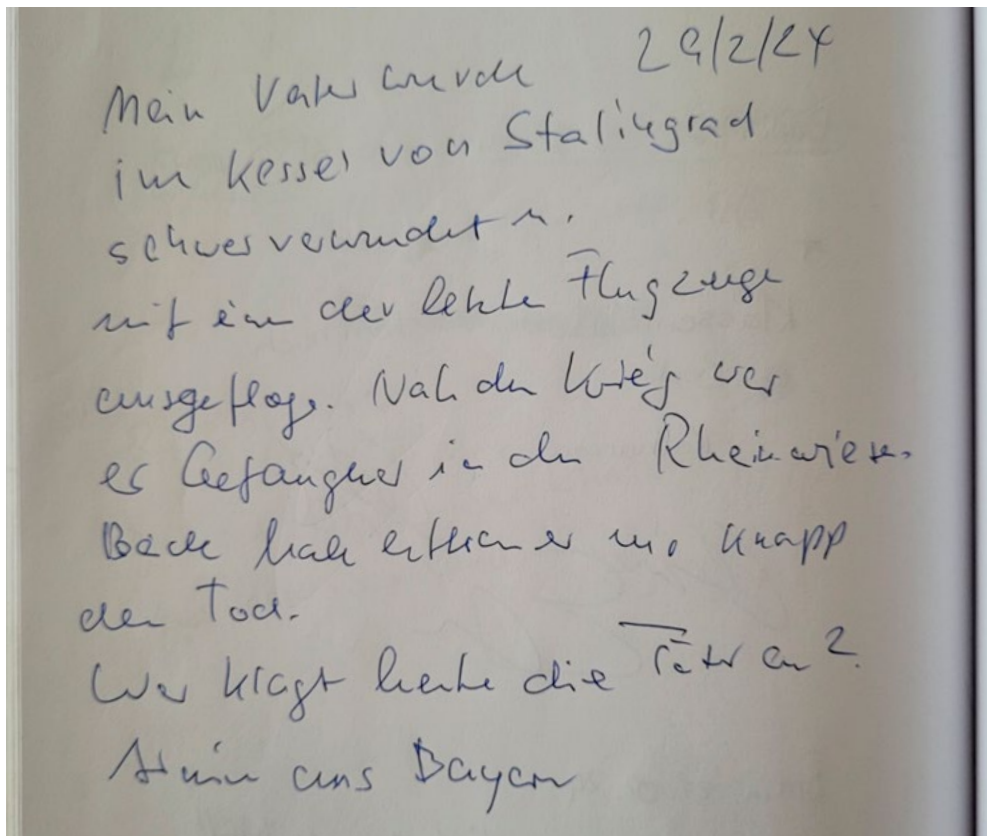
Antisemitismus wird oft hinter vorgehaltener Hand artikuliert, wird spekulativ und, bedingt durch mögliche gesellschaftliche Sanktionen, häufig in codierten/chiffrierten Ausdrucksweisen formuliert, die nicht explizit Jüdinnen/Juden adressieren, diese aber meinen, und kann sich in verschiedenen Erscheinungsformen äußern.¹ In Gedenkstätten unterliegen antisemitische Äußerungen einem doppelten Tabu. Zum einen ist Besucher_innen bewusst, dass an einem historischen Ort nationalsozialistischer Massenverbrechen besondere soziale Regeln gelten. Sie, so die Annahme, sollen sich achtsam und nicht respektlos gegenüber den Verfolgten und ermordeten Opfern nationalsozialistischer Gewalt verhalten. Zum anderen wirkt hier der gesellschaftlich-normative Umgang mit Antisemitismus selbst, der antisemitische Äußerungen als inakzeptabel aufzeigt und mit sozialen Sanktionen belegt, wodurch Antisemitismus zugleich tabuisiert wird. Antisemitische Taten und Äußerungen gelten an Erinnerungsorten durch diese sozialen Vorgaben als besonders unerwünscht und trotzdem sind sie in den unterschiedlichen (pädagogischen) Settings omnipräsent. Antisemitisches Verhalten zeigt sich in den Gedenkstätten und Dokumentationszentren sowohl in aller Öffentlichkeit als auch verdeckt, in Form von Handlungen, die im Schutz der Anonymität stattfinden, jedoch mitunter wieder in die Öffentlichkeit hineinwirken. Diese Formen des meist nur anonymisiert geäußerten Antisemitismus unter Absehung von sozialen Normen brechen sich in unterschiedlichen Situationen bei denjenigen, die antisemitisch denken, auch öffentlich Bahn. Im Folgenden sollen derartige Ereignisse anhand von Beispielen durch eine qualitative Analyse in Beziehung zum historischen Ort gesetzt werden. Dabei lässt sich nicht immer eine eindeutige Intention der sich antisemitisch Äußernden oder Handelnden ableiten. Durch die systematische Einordnung der Verlautbarungen in Bezug auf den jeweiligen historischen Ort wird jedoch sichtbar, wie Antisemitismus an und in Gedenkstätten zum Ausdruck kommt.

1 Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation Vanessa Gelardo, „Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus – Definitionen und Beispiele im Kontext von NS-Gedenkstätten“.

In der Anonymität geäußerte antisemitische Vorfälle

Gedenkstätten dienen als Projektionsfläche für antisemitische Ausdrucksformen und Gedenkstättenbesuche werden als scheinbar legitimer Anlass genutzt, sich antisemitisch zu äußern. Dies zeigt sich insbesondere in den Gästebüchern der unterschiedlichen Orte: In Gedenkstätten kommt es im Rahmen der partizipativen Kommunikationsmöglichkeiten wie Feedbackbriefkästen oder Gästebüchern, die sich durch bewusste Anonymität auszeichnen, vermehrt zu antisemitischen Vorfällen. Diese Formate, die eigentlich dazu anregen sollen, Kritik oder Wertschätzung zu formulieren, begünstigen gerade durch ihre Anonymität den Raum für antisemitische Bekundungen. Die Übertretung des doppelten Tabus ist durch die spezifischen sozialen Ortsregeln und den Antisemitismus gekennzeichnet. Ziel dieser Übertretung ist der historische Ort. Beispielweise wurde am 29. Februar 2024 folgender Beitrag ins Gästebuch der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz geschrieben: „Mein Vater wurde im Kessel von Stalingrad schwer verwundet u. mit einem der letzten Flugzeuge ausgeflogen. Nach dem Krieg war er Gefangener in den Rheinwiesen. Beide Male entkam er nur knapp dem Tod. Wer klagt heute die Täter an?“ Dieser Kommentar zeichnet sich durch eine Täter-Opfer-Umkehr und Schoa-Relativierung aus. In den von den Alliierten errichteten Rheinwiesenlagern waren nach Kriegsende 1945 deutsche Kriegsgefangene interniert. Einige von ihnen kamen aufgrund der schlechten Versorgungslage ums Leben. Bezeichnend ist, dass der Kommentar an dem ehemaligen Täterort, an dem die Ermordung der europäischen Jüdinnen_Juden auf Behördenebene koordiniert wurde, formuliert wurde. An dem Ort, der die historische Täterschaft verkörpert, der Tatgeschehen dokumentiert und vor diesen mahnt, wird die Täter-Opfer-Umkehr deutlich greifbar. Gerade dieses Beispiel verdeutlicht, dass Gedenkstätten selbst zu zentralen Projektionsflächen antisemitischer Deutungsmuster werden. Sie sind nicht nur Orte der Erinnerung und Aufarbeitung, sondern stehen zugleich symbolisch für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit nationalsozialistischer Schuld und Verantwortung. Aufgrund dieser symbolischen Aufladung eignen sie sich besonders als antisemitische Projektionsfläche: Hier können Täter-Opfer-Umkehr, Schuldabwehr und geschichtsrevisionistische Narrative in scheinbar legitimer Form

artikuliert werden. Die Häufigkeit dieser Art von antisemitischen Vorfällen macht deutlich, dass Gedenkstätten-Besuche als Anlass genutzt werden, antisemitische Haltungen zu artikulieren. Anonym geäußerte Vorfälle in Gästebüchern stellen eine der häufigsten Ausdrucksformen von Antisemitismus an Gedenkstätten dar. Im Jahr 2024 zeigten sich in der Gedenkstätte Sachsenhausen 26 von insgesamt 44 bekannten antisemitischen Vorfällen in dieser Form. Seit dem 7. Oktober 2023 habe sich die Anzahl massiv erhöht, erklärte Axel Drecol, Leiter der brandenburgischen Gedenkstätten, *Spiegel Online*. In der Folge mussten Gästebücher teilweise ausgetauscht oder ganz entfernt werden.²



Handschriftlicher antisemitischer Gästebucheintrag mit Täter-Opfer-Umkehr und Schoa-Relativierung in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz vom 29. Februar 2024. Bild: Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz

2 „Gästebücher voll mit Hassbotschaften, Antisemitismus bei KZ-Gedenkstätten-Besuchern“, *Spiegel Online*, 27.4.2024, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/kz-gedenkstaette-sachsenhausen-gaestebuecher-voll-mit-hassbotschaften-a-3c645586-3b96-4517-abfb-0241db04d337>.

Abwehrreaktionen finden sich auch, wenn Gedenkstätten und Erinnerungsorte in sozialen Netzwerken aktiv auftreten. Für die sich antisemitisch äuffernde Person erscheint das Internet als Ort mit einer besonderen Anonymität und mit Sanktionsfreiheit. Antisemitische Topoi werden hier durch Echokammern und Filterblasen verstärkt.³ Und es bietet sich die Möglichkeit, sich der empfundenen Last der historischen Orte der nationalsozialistischen Massenverbrechen zu entledigen. Zugleich handelt es sich um einen Bruch mit der Erwartung von sozialer Erwünschtheit in Bezug auf diese Orte. In einem Beitrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora auf der Plattform X heißt es am 4. September 2024: „Die AfD, in Thüringen angeführt von Björn Höcke, bekämpft die bisherige Erinnerungspolitik Deutschlands und bedroht damit auch die Mühen heute noch lebender ehemaliger KZ-Häftlinge.“ Im Beitrag verlinkt ist ein Statement des Internationalen Komitees Buchenwald Dora und Kommandos zu den Landtagswahlergebnissen in Thüringen. Darunter schreibt eine Person: „Ganz interessant wie gerade ihr die AfD bekämpft. Ist doch die Finanzierung der Nazis gerade von gewissen Hohen Priestern [sic!] getätigt worden. Oder wie ist das mit dem Herrn Soros so in seiner Geschichte passiert, wo war er im 2 WK? Wie werdet ihr finanziert?“⁴ Der Post wurde mit einer antisemitischen Karikatur kommentiert, die den amerikanisch-jüdischen Unternehmer und Schoa-Überlebenden George Soros als Krake darstellt. Um die Darstellung herum sind zahlreiche Begriffe zu lesen, die auf weit verbreitete antisemitische Verschwörungsmythen rekurrieren. Der „weltumspannende Krake“ ist seit dem 19. Jahrhundert Symbol einer imaginierten „jüdischen Weltverschwörung“ und ein Symbol für modernen Antisemitismus, bei dem jüdischen Personen eine besondere ökonomische Macht zugeschrieben wird. Die antisemitische Rede von den „Hohen Priestern“ verdichtet die Vorstellung einer jüdischen Deutungshoheit über Erinnerungskultur. Sie unterstellt, dass Jüdinnen_Juden die Erinnerung an die Schoa

3 Lisa Johanne Jacobs, „Antisemitismus im Internet,“ in *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft*, Bd. 8, hrsg. vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, 192–201, https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/WsD8_Beitrag_Lisa_Johanne_Jacobs.pdf.

4 RIAS Thüringen (@rias.thueringen), „Antisemitische Karikatur als Reaktion auf Posting der Gedenkstätte Buchenwald, 4. September 2025,“ https://www.instagram.com/p/DAX29GmlyvS/?img_index=1.

zur eigenen Machtsicherung nutzen und damit politische oder gesellschaftliche Einflussnahme betreiben. Die Frage nach der Finanzierung am Ende des Postings suggeriert, dass Gedenkstättenarbeit vermeintlich jüdischen Interessen diene.



Screenshot einer antisemitischen Karikatur vom 4. September 2024 in einem Kommentar auf der Plattform X, die George Soros als „weltumspannende Krake“ darstellt und gängige Verschwörungsmysmen aufgreift. Der Kommentar ist eine Antwort auf einen Post der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora. Bild: RIAS Thüringen.

Erwartungen und Projektionen von Gedenkstätten-Besucher_innen

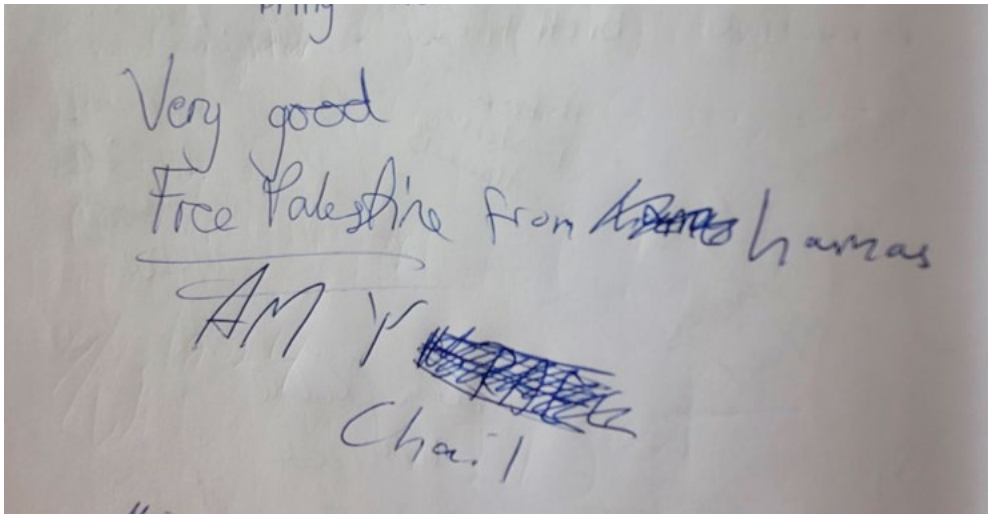
Besucher_innen von Gedenkstätten erwarten, dass Antisemitismus als zentrale Ideologie des Nationalsozialismus dort verhandelt wird. Unabhängig davon, welche Gruppe von Verfolgten im jeweiligen (pädagogischen) Setting im Fokus stehen, werden Gedenkstätten häufig als jüdische Orte wahrgenommen.⁵

In Gesprächen mit Mitarbeiter_innen verschiedener Gedenkstätten wurde der Verdacht geäußert, dass sowohl die deutsche Erinnerungskultur als auch der Besuch solcher Orte von manchen Besucher_innen als störend oder lästig empfunden werde, insbesondere, weil die Stätten selbst als Hemmnis wahrgenommen werden, sich antiisraelisch äußern zu können. Auch diese Hemmung spiegelt sich in den Vorfällen in Gästebüchern wider. In der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz ist israelbezogener Antisemitismus 2024 die am häufigsten dokumentierte Form antisemitischer Äußerungen, von insgesamt 24 dokumentierten Vorfällen beziehen sich 22 direkt auf Israel. Bei dieser Ausprägung des Antisemitismus sind häufig sogenannte Umwegstrategien zu erkennen: Klassische antisemitische Stereotype werden auf den Staat Israel übertragen oder Israel wird delegitimiert, dämonisiert oder mit doppelten Standards bewertet.⁶ Am 11. April 2024 wurde im Gästebuch der Gedenkstätte der Spruch „Free Palestine“ hinterlassen, unter dem zuvor geschriebenen Satz ‚AM ISRAEL Chai‘ (übersetzt: Das Volk Israel lebt), das Wort ISRAEL ist durchgestrichen. Daneben finden sich weitere Solidaritätsbekundungen, die auf die Freilassung der israelischen Geiseln hinweisen, aber auch die Forderung „Free Palestine“ unterstützen. Der Spruch „Free Palestine“ ist dabei nicht per se antisemitisch. Antisemitisch wird der Eintrag erst durch den Kontext des Ortes und die Verbindung zu dem zuvor von einem anderen Gast hinterlassenen Text. Der

5 Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai, „Keine schwerwiegenden Vorfälle‘ – Deutungen von Antisemitismus durch pädagogische Teams an Gedenkstätten zu ehemaligen Konzentrationslagern,“ *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, Nr. 1 (2022), 28.

6 Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Vanessa Gelardo, „Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus – Definitionen und Beispiele im Kontext von NS-Gedenkstätten“.

Eintrag verweist nicht auf eine Kritik an der israelischen Politik, sondern – durch das durchgestrichene Wort Israel – auf eine Ablehnung der Existenz des jüdischen Staates selbst. Auch wenn RIAS das Durchstreichen des Wortes Israel nicht als antisemitisch erfasst, wird es durch den Bezug zum Ort antisemitisch.⁷ Durch diesen Zusammenhang handelt es sich um Post-Schoa-Antisemitismus, verschränkt mit israelbezogenem Antisemitismus. Durch die Ausstreichung des Wortes Israel im Satz AM YISRAEL Chai wird der Staat Israel delegitimiert. Thomas Haury analysierte, dass ein „entscheidendes Kriterium für israelbezogenen Antisemitismus [...] nicht die Radikalität der Ablehnung oder die Richtigkeit der Argumente [ist], sondern ob diese Antisemitismus reproduzieren.“⁸



Die Parole „Free Palestine“ über einer israelsolidarischen Parole im Gästebuch einer NS-Gedenkstätte. Bild: Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee.

Anhand der drei Beispiele wird deutlich, dass sich Antisemitismus in Gedenkstätten in vielgestaltigen Formen äußert, von geschichtsrevisionistischen Deutungen über modernen Antisemitismus bis hin zur Delegitimierung des Staates Israels. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den historischen Ort selbst zum Bezugspunkt machen und so

7 Siehe dazu den folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Vanessa Gelardo, „Erfassung von antisemitischen Vorfällen durch den Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen“.

8 Haury, Thomas. „Israelbezogener Antisemitismus,“ in *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definition von Judenfeindschaft*, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung (Wallstein Verlag, 2024), 42f.

den erinnerungskulturellen Rahmen unterlaufen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Anonymität der Äußerungen, die es ermöglicht, vermeintliche gesellschaftliche und soziale Sanktionen und eine doppelte Tabuisierung zu umgehen, die sich durch die sozialen Regeln des Ortes und des Antisemitismus selbst bedingen. Die Anonymität schafft damit Räume, in denen antisemitische Haltungen ungehindert artikuliert werden können, sei es im Gästebuch oder im digitalen Raum.

Eine Hemmschwelle scheint bei den zahlreichen kleineren und größeren Schmierereien innerhalb der Gedenkortzone zunehmend überschritten worden zu sein. Dennoch ereignen sich viele Vorfälle weiterhin im vermeintlich Verborgenen und unter dem Schutz der Anonymität. Dies beginnt bei scheinbar wahllos angebrachten Stickern oder kleinen Schmierereien, die häufig an nicht einsehbaren Orten zu finden sind.

Doch die Spannbreite reicht bis hin zu massiven Angriffen, die eine politisch-weltanschauliche Positionierung erkennen lassen. Beispielsweise wurde im Juni 2024 eine Mauer am ehemaligen Heizhaus der Gedenkstätte Sachsenhausen mit dem Schriftzug „I LOVE AFD“ beschmiert. Zum einen sind solche Vorfälle eine Zerstörung der historischen Substanz und somit ein direkter Angriff auf den Ort selbst. Zum anderen zeigt sich hier eine gezielte Bezugnahme zum rechtsextremen politischen Milieu, deren immanenter Kern die Erinnerungsabwehr ist. Die Schmiererei „I LOVE AFD“ markiert dabei nicht nur eine politische Zugehörigkeit zu einer rechtsextremen Partei⁹, sondern beansprucht den historischen Ort darüber hinaus für eine geschichts- und erinnerungspolitische Position. Die Art der Markierung setzt die Bedeutung des Ortes herab, überführt sie in ein Feld von politischer Auseinandersetzung und stellt den historischen Ort direkt in Frage.

9 Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) führt die AfD seit 2021 als rechtsextremen Verdachtsfall. Diese Einstufung wurde durch das Verwaltungsgericht Köln (Urteil vom 8. März 2022, Beschluss vom 10. März 2022) sowie durch das Oberverwaltungsgericht NRW im Berufungsverfahren am 13. Mai 2024 bestätigt. Am 2. Mai 2025 legte das BfV eine Neubewertung vor und stufte die Partei als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ ein. Gegen diese Einstufung stellte die AfD einen Eilantrag. Bis zu einer gerichtlichen Entscheidung erklärt sich das BfV dazu bereit die Einstufung als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ öffentlich nicht zu wiederholen – dies ist Teil einer sogenannten Stillhaltezusage. (Verwaltungsgericht Köln, Pressemitteilung vom 8. Mai 2025, https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/05_08052025/index.php).



Schmiererei „I LOVE AFD“ auf dem ehemaligen SS-Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen aus dem Juni 2024. Bild: Gedenkstätte- und Museum Sachsenhausen.

Antisemitische Vorfälle in der Öffentlichkeit – von der Inszenierung bis zur Gewalt

Den in der Anonymität geäußerten antisemitischen Vorfällen steht eine Vielzahl von offen artikulierten antisemitischen Äußerungen und Handlungen gegenüber. NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte fungieren dabei nicht nur als symbolische Projektionsflächen, sondern die Gedenkstättenbesuche dienen auch als konkrete Anlässe, um sich antisemitisch zu äußern oder erinnerungskulturelle Inhalte aktiv abzuwehren, ob aus Unsicherheit, Überforderung mit der Darstellung nationalsozialistischer Gewalt und Mord selbst oder aufgrund eines gefestigten antisemitischen Weltbildes. Die gesellschaftliche Normalisierung der Forderung nach einem „Schlussstrich“ begünstigen dabei antisemitische Vorfälle.¹⁰ Aber auch der Angriff der radikal-islamistischen Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel und der darauffolgende Krieg scheinen hier einen Vorschub zu leisten und die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Eine Vielzahl solcher antisemitischer Vorfälle findet in pädagogischen Kontexten statt. Da ein pädagogischer Anspruch besteht, diese Räume als geschützt zu behandeln, werden sie RIAS-Meldestellen häufig nicht bekannt. Daneben kommt es auch immer wieder zu Vorfällen mit strafrechtlicher Relevanz, wie Hitlergrüßen oder Schmierereien von Hakenkreuzen. Oft zeigen sich innerhalb pädagogischer Settings offene Artikulationen mit Bezügen zum Rechtsextremismus.

Demgegenüber stehen Vorfälle, die sich nicht durch die vom Bundesverband RIAS und von den jeweiligen regionalen Meldestellen angewandte Erfassungslogik registrieren lassen, zugleich aber eine konkrete Bedrohungslage erzeugen und Formen von Erinnerungsabwehr sichtbar machen. So kommt es immer wieder vor, dass sich Personen in einschlägiger rechter Szenekleidung auf dem weitläufigen Gelände von Gedenkstätten zeigen. Eine solche Präsentation wirkt weniger durch Worte und Taten als durch gezielte visuelle Präsenz und Provokation, die einschüchternd wirken kann.

10 Verein für demokratische Kultur und mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, „Schnee von Gestern,“ https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/200113_MBR_Broschuere_Gedenkstaetten_online1.pdf.

Neben dieser bewussten Raumnahme und dem Affront kommt es auch zu gezielter Inszenierung durch rechtsextreme Akteure, um den erinnerungspolitischen Diskurs zu verdrehen. Ein öffentlich bekannt gewordenes Beispiel ist der Besuch einer Gruppe aus dem Wahlkreis von Alice Weidel, bei dem die Existenz von Gaskammern angezweifelt wurde. Der beteiligte Mann wurde dafür schließlich strafrechtlich belangt.¹¹ Noch weiter reichen jedoch Vorfälle, bei denen sich rechtsextreme Akteure gezielt über (soziale) Medien darstellen. So dokumentierte RIAS Bayern am 4. Februar 2019 einen Vorfall: Der rechtsextreme Videoblogger Nikolai Nerling, der sich selbst als „Volkslehrer“ bezeichnet, versuchte in der KZ-Gedenkstätte Dachau, ein Video gegen den vermeintlichen „Schuldkult“ zu drehen. Eine Bildungsreferentin der Gedenkstätte und anwesende Schüler_innen griffen ein. Während der Auseinandersetzung positionierte sich die Referentin als Nachfahrin eines Überlebenden des Konzentrationslagers, woraufhin sie von Nerling beschimpft und verhöhnt wurde. Nachdem Nerling die Referentin wegen angeblicher Beleidigung angezeigt hatte, wurde zunächst sie statt Nerling von der Polizei vernommen. Im Anschluss veröffentlichte er ein hetzerisches Video des Vorfalls auf YouTube. Letztlich sagten sowohl die Bildungsreferentin als auch die Schüler_innen vor Gericht aus und Nerling wurde wegen Volksverhetzung verurteilt.

Dass sich Personen trotz des doppelten Tabus offen antisemitisch äußern, verweist auf eine bewusste Strategie der Provokation und Selbstinszenierung. Diese Akteur_innen überschreiten die geltenden sozialen und moralischen Grenzen gezielt, um Aufmerksamkeit zu erzeugen, erinnerungskulturelle Positionen herauszufordern, diese ins Gegenteil zu verkehren und die Schoa zu relativieren und zu leugnen.

Dieser Vorfall zeigt, dass von solchen gezielten rechtsextremen Vorfällen eine massive Einschüchterung ausgeht. Neben vermeintlichen politischen Gegner_innen sind dabei auch die Nachkommen von Überlebenden von Konzentrationslagern gefährdet. Indem sie einen persönlichen Bezug herstellen und ihre eigene (Familien-)Geschichte offenlegen, werden sie zur Angriffsfläche für Antisemit_innen,

Islamist_innen und Akteur_innen aus dem rechtsextremen Spektrum.¹² Juristische Auseinandersetzungen können die Folge von Konfrontationen sein. Sie wirken daher nicht nur deshalb einschüchternd, weil die Betroffenen verunsichert wären, sondern weil sie den öffentlichen und rechtlichen Druck erhöhen, der von den Täter_innen bewusst erzeugt wird, um Menschen, die sich gegen Antisemitismus und Erinnerungsabwehr positionieren, zu belasten, zu zermürben oder zu delegitimieren.

Antisemitische Vorfälle an NS-Gedenkortern reichen bis zu Vorfällen extremer Gewalt. Zu diesem Tatkomplex zählt RIAS antisemitische Gewalttaten, bei denen Personen schwer verletzt oder getötet werden bzw. es zu einem versuchten Tötungsdelikt kommt. Am 22. Februar 2025 fand eine Messerattacke am Holocaust-Mahnmal in Berlin statt, bei der ein Mann schwer verletzt wurde. Der Täter soll später ausgesagt haben, sein Ziel sei es gewesen, „Juden zu töten.“¹³ Der Generalbundesanwalt spricht in seiner Anklage davon, dass der Täter die Ideologie des Islamischen Staats (IS) teile.¹⁴ Am 5. September 2024, dem Jahrestag des Olympia-Attentats von 1972, kam es zu einem Anschlag auf das NS-Dokumentationszentrum in München sowie das Generalkonsulat des Staates Israel. Bei den Angriffen eröffnete ein Mann mit einer Langwaffe das Feuer auf beide Einrichtungen und auf zwei weitere benachbarte Gebäude. Die Ermittlungen lassen einen Rückschluss auf einen islamistischen Hintergrund zu.¹⁵ Diese Beispiele verdeutlichen, dass antisemitische Vorfälle an Gedenkortern in ihrer Bandbreite von anonymen Schmierereien bis hin zu gezielten rechtsextremen, islamistischen Inszenierungen und Gewalttaten

12 Hier wird bereits auf die besondere Rolle von Nachkommen von Überlebenden, insbesondere von jüdischen Überlebenden, verwiesen, siehe Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai, „Keine schwerwiegenden Vorfälle,“ 9.

13 „Generalbundesanwalt ermittelt zum Angriff an Holocaust-Mahnmal,“ *tagesschau.de*, 24.02.2025, <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/generalbundesanwalt-angriff-berlin-100.html>.

14 „Anklage wegen versuchten Mordes am Holocaust-Denkmal in Berlin erhoben,“ Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, 29.07.2025, <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-29-07-2025.html>.

15 „Anschlag auf das Israelische Generalkonsulat am 5. September 2024“, *Die Bayerische Polizei*, 14.03.2025, <https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/081776/index.html>.

reichen. Sie zeigen sich hier in konkreten Handlungen mit räumlichen Bezügen. Der historische Ort spielt dabei eine zentrale Rolle, da sich in ihm gesellschaftliche Aushandlungen über Schuld, Verantwortung und Erinnerung verdichten und zum Spiegel für Leugnung der Schoa und Geschichtsrevisionismus werden.

Ländlicher Raum vs. urbaner Raum

Die Art und Weise, wie sich Antisemitismus äußert, hängt auch von der jeweiligen Ortslage ab. Gedenkstätten in Großstädten sind stärker im Fokus und gesellschaftlich sichtbarer, antisemitische Handlungen zielen hier häufig auf Öffentlichkeit und Provokation. In ländlichen Regionen dagegen vollziehen sich ähnliche Prozesse leiser, aber nicht weniger wirkmächtig. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich antisemitische Vorfälle im ländlichen Raum anders als im urbanen Raum zeigen.

Deutschland verfügt über ein weites Netz von unterschiedlichen NS-Gedenkstätten und -orten. Viele dieser Einrichtungen liegen in kleineren Städten oder Dörfern. Sie sind oft personell und finanziell schlecht ausgestattet und werden in nicht wenigen Fällen sogar ehrenamtlich betrieben. Gerade diese Orte sind jedoch für die Erforschung der regionalen Geschichte von zentraler Bedeutung. In vielen Fällen stellen sie den einzigen sichtbaren regionalen Bezugspunkt zu den nationalsozialistischen Verbrechen dar. Der Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen beobachten an diesen Gedenkortern ein sehr diffuses Vorfallaufkommen, häufig gibt es keine eindeutige Verbindung zu politischen und gesellschaftlichen Ereignissen. Aufgrund der wenigen Meldungen bieten sich auch hier ein qualitativer Zugang und Gespräche mit den Mitarbeiter_innen und Freiwilligen vor Ort an. An den Gedenkortern im ländlichen Raum zeigt sich, so die Annahme, vermehrt eine Tendenz zur Erinnerungsabwehr. So wurde im April 2023 an die KZ-Gedenkstätte in Hailfingen/Taifingen der Satz „Ihr könnt nix außer Lügen“ an die Wand geschrieben. Diese Aussage nimmt Bezug auf die sogenannte Auschwitz-Lüge, eine Form der Holocaustleugnung. Weiter wurde auf die Stele am Eingang der Gedenkstätte das Wort „Satire“ gesprüht. Diese Schmiererei lässt sich als Ausdruck einer vermeintlichen Selbstermächtigung gegenüber der als dominant wahrgenommenen Erinnerungskultur deuten. Die sprühende Person inszeniert sich hier selbst als Opfer eines sogenannten „Schuldkults“. Der Geschichtsdidaktiker Niklas Fischer deutet diesen im rechten Diskurs genutzten Kampfbegriff so, dass

er „Herrschaftsinstrument des von den Siegermächten eingepflanzten Antifaschismus“ sei.¹⁶ Das Vorfalleschehen an Gedenkstätten im ländlichen Raum ist auch deshalb schwer einzuordnen, weil es häufig keinen spezifischen Bezug oder zeitlichen Kontext aufweist. So wurde etwa im Juni und Juli 2025 die Alte Synagoge in Hechingen – ein zentraler Erinnerungsort an das von den Nationalsozialisten verfolgte Landjudentum in Baden-Württemberg – Ziel antisemitischer Angriffe: Zunächst wurde eine Fensterscheibe mit einem Stein eingeworfen, kurz darauf fand man in der näheren Umgebung ein Graffiti, das einen Galgen mit der Aufschrift „Jew“ zeigt. Der Umgang mit solchen bedrohlichen Vorfällen stellt viele Gedenkorte in ländlichen Regionen vor große Herausforderungen, weil der fehlende Kontext eine Einordnung und mögliche Reaktion schwieriger macht. Zugleich zeigen sich dort nicht nur Bezüge zum rechtsextremen Spektrum, sondern auch zu anderen politisch-weltanschaulichen Milieus. Im Mai 2025 wurde das ehemalige Trafohäuschen am Steinbruch der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg beschmiert. Die Parolen, darunter „Rote Jugend“ und „1312“, deuten auf einen links-antiimperialistischen Hintergrund hin.¹⁷ Laut Angaben der Gedenkstätte handelte es sich bereits um den zweiten Vorfall in diesem Jahr und um den schwerwiegendsten Angriff auf die bauliche Substanz der Gedenkstätte seit den 1970er und 1980er Jahren.¹⁸

Im Gegensatz dazu häufen sich im urbanen Raum seit dem 7. Oktober 2023 Vorfälle des israel-bezogenen Antisemitismus. Beispielsweise wurde am 28. August 2024 in Berlin das Denkmal für den Frauenprotest 1943 „Block der Frauen“, das an

16 Niklas Fischer, „Mythos Auschwitz. Erinnerungskulturelle Deutungskämpfe von Rechtsaußen,“ in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 74, Nr. 25–26, (2024), 44–50, hier: 45, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549363/mythos-auschwitz/>.

17 Als links-antiimperialistisch klassifiziert RIAS antisemitische Vorfälle, die mit linken Positionen verbunden sind oder bei denen ein Bezug auf linke Traditionen wie den (befreiungs-nationalistischen) Antiimperialismus feststellbar ist. Die Sprüherei „Rote Jugend“ zeigt diese Bezugnahme zum linken Antiimperialismus, der Zahlencode „1312“ steht dabei für die Anfangsbuchstaben ACAB und somit für „All Cops are Bastards“.

18 KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, „Presseinformation. Sachbeschädigung auf dem Gelände des ehemaligen Steinbruchs des Konzentrationslagers Flossenbürg,“ 14.05.2025, <https://www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/files/images/Presse/PDF-Pressemitteilungen/20250514-Presseinformation-Sachbeschädigung-auf-dem-Gelaende-des-frueheren-KZ-Steinbruchs.pdf>

die Protestaktionen von Frauen und Kinder in der Rosenstraße gegen die Deportation ihrer jüdischen Ehemänner und Väter erinnert, mit den Parolen „Jews are committing genocide“ und „Free Palestine“ beschmiert. Jüdinnen_Juden werden hier kollektiv für das Handeln des Staates Israels verantwortlich gemacht. Zudem wird dadurch die Schoa relativiert, indem das Verhalten des Staates Israels mit der systematischen Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen_Juden während der Schoa gleichgesetzt wird. Der Genozidvorwurf im Kontext des Mahnmals knüpft daran an, indem er die historischen Opfer nationalsozialistischer Gewalt zu angeblichen Täter_innen erklärt und so die Erinnerung an die Schoa verzerrt.



Antisemitische Schmiererei des Denkmals für den Frauenprotest 1943 mit den Parolen „Jews are committing genocide“ und „Free Palestine“. 28. August 2024. Bild: Tilman Tarach.

Antisemitismus an NS-Gedenkstätten zeigt sich in unterschiedlichen Formen – von anonymen und verdeckten Einträgen bis hin zu offen artikulierten oder gezielt inszenierten Handlungen. Die Anonymität vieler Äußerungen ermöglicht es, soziale Sanktionen zu umgehen und antisemitische Haltungen indirekt, aber wirksam zu äußern. Basierend auf der qualitativen Auswertung von Vorfällen im urbanen und im ländlichen Raum vermittelt sich der Eindruck, dass in ländlichen Regionen eher allgemeine, teils rechtsextreme Formen der Erinnerungsabwehr aufzutreten scheinen, während in urbanen Kontexten verstärkt israelbezogene Vorfälle beobachtet werden können. Gedenkstätten werden so zu Orten, an denen sich unterschiedliche Ausprägungen von Antisemitismus verdichten und sichtbar werden.

Die IHRA als Projektionsfläche – Geschichte, Wandel und Relevanz für Gedenkstätten

Ljiljana Radonić

Institut für Kulturwissenschaften der Österreichischen
Akademie der Wissenschaften

Heute ist die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) vor allem durch ihre 2016 verabschiedete, nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus bekannt. Als ich diese Definition zum ersten Mal las, fand ich sie nicht sehr hilfreich, da die aktuell dominante Form, der israelbezogene Antisemitismus, in der Kerndefinition selbst gar nicht erwähnt ist, sondern ‚nur‘ in den darauffolgenden Beispielen – auch wenn (zurecht) immer wieder betont wird, dass die beiden Teile zusammengehören. Seitdem entbrannte aber eine heftige Diskussion über diese Definition. Theodor W. Adorno beschrieb Antisemitismus einmal als das „Gerücht über die Juden“.¹ In Anlehnung daran ließe sich die oft vorgebrachte Behauptung, dass die IHRA-Definition von Antisemitismus jegliche Kritik an Israel zensieren würde, als das Gerücht über die IHRA-Definition bezeichnen. Diese stellt aber völlig außer Zweifel, dass „Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden“² könne. Am Ende dieses Textes greife ich die Frage wieder auf, warum trotzdem viele die IHRA-Definition als Angriff auf die freie Meinungsäußerung oder gar als Unterstützung von Apartheid werten. Doch zunächst soll geklärt werden, was die IHRA, eine zwischenstaatliche Institution mit ständigem Sekretariat in Berlin, der heute 35 Länder und acht als Beobachterstaaten angehören, überhaupt ist. Wie ist sie entstanden, wie hat sie sich entwickelt und welche Rolle spielt sie für Gedenkstätten sowie für die Bekämpfung von Holocaust-Verzerrung und Verharmlosung und von Antisemitismus?

1 Theodor W. Adorno. *Minima Moralia*, Gesammelte Schriften Bd. 4 (Suhrkamp, 1997), 123.

2 „Arbeitsdefinition von Antisemitismus,“ IHRA, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

Die Entstehungsgeschichte

1998 initiierte der damalige schwedische Premierminister Göran Persson die International Task Force on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF), wie die IHRA bis 2013 hieß. Eine wohlwollende Betrachtung der Gründungsgeschichte weist darauf hin, dass Persson von einer Umfrage schockiert war, welche die Ignoranz vieler schwedischer Jugendlicher gegenüber dem Holocaust aufzeigte. Er habe daraufhin die israelische Botschaft um Hilfe dabei gebeten, einen Berater für die Frage zu finden, wie man mit diesem Bericht umgehen, also was man in Reaktion tun sollte. Das führte dazu, dass Yehuda Bauer, der zu dem Zeitpunkt gerade in Schweden weilte, dieser Berater wurde. Der 1938 aus der Tschechoslowakei emigrierte Bauer wurde später Professor für Holocaust-Studien in Israel. Von Beginn der Initiative an bis kurz vor seinem Tod 2024 war Bauer eine tragende Säule der IHRA. Er sei es gewesen, der darauf bestanden habe, dass neben Schweden nicht nur die USA und Großbritannien zu den Gründungsstaaten gehören sollten, sondern auch Israel, Deutschland (1998) sowie Polen und Frankreich (1999).³

Kritischere Stimmen heben in Bezug auf die Gründungsgeschichte hingegen hervor, dass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Umgang mit dem Holocaust der Schwerpunkt noch auf ‚harten‘ Fragen wie der Entschädigung und der Restitution von Raubkunst, Raubgold usw. gelegen habe. Im Dezember 1995 verabschiedete etwa das Europäische Parlament die Entschließung zur Rückgabe geraubten Eigentums an jüdische Gemeinden und forderte darin insbesondere „all countries of Central and Eastern Europe which have not already done so to adopt appropriate legislation regarding the return of plundered property so that the property of Jewish communities may be returned to Jewish institutions, in accordance with the principles of justice and morality.“⁴ Weitere Meilensteine in diesem Prozess waren die Londoner Konferenz über Nazi-Gold 1997 und die „Washington Conference on Holocaust Era Assets“, geleitet vom Sonderbeauftragten der US-Regierung für

3 Dina Porat und Mark Weitzman, „Yehuda Bauer and the International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA),“ *The Journal of Holocaust Research* 36, Nr. 1 (2022), 26.

4 „Entschließung zur Rückgabe geraubten Eigentums an jüdische Gemeinden,“ Europäisches Parlament, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:51995IP1493>.

Vermögensrückgabe in Zentral- und Osteuropa, Stuart Eizenstat, einen Monat vor der Ankündigung der schwedischen Informationskampagne zum Thema Holocaust.⁵ Die Motive für die Gründung der ITF in Schweden seien hauptsächlich in der Abwendung eines Imageschadens zu suchen, vergleichbar jenem der Schweiz nach dem Raubgoldbericht 1998.⁶ Zeitgleich mit dem Skandal um das Schweizer Raubgold sei dann 1998 in Schweden die ITF gegründet worden. Dabei sei mutmaßlich die negative Erwähnung Schwedens im Zusammenhang mit geraubten Vermögenswerten im Bericht der Schweiz von Bedeutung gewesen. Als Hinweis darauf nennt der Politikwissenschaftler Jens Kroh die Tatsache, dass sich Schweden bei der Gründung der ITF zunächst nur an Großbritannien und die USA – die beiden Länder, in denen die oben erwähnten Konferenzen stattgefunden hatten – mit der Aufforderung um Zusammenarbeit wandte, während Israel und Deutschland erst einige Monate später, und zwar (symbolisch aufgeladen) beide gleichzeitig, in die ITF aufgenommen wurden.⁷ Welche Motive auch immer bei der schwedischen Initiative, die den Fokus von der Debatte um Entschädigung auf symbolische Politik verschob, eine Rolle spielten, die Gründung der ITF und ihre enorme Aufwertung bei der Holocaust-Konferenz in Stockholm im Jahr 2000 läuteten jedenfalls eine Verlagerung von Fragen der Enteignung und geraubten Vermögens hin zu Holocaust-Education und symbolischen Erinnerungsakten ein.⁸

5 Jens Kroh, „Erinnerungskultureller Akteur und geschichtspolitisches Netzwerk. Die Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research,“ in *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*, Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 24 (Wallstein, 2008), 160.

6 Ebd.

7 Ebd.

8 Ljiljana Radonić, *Der Zweite Weltkrieg in postsozialistischen Gedenkmuseen: Geschichtspolitik zwischen der ‚Anrufung Europas‘ und dem Fokus auf ‚unser‘ Leid*, Medien und kulturelle Erinnerung, Bd. 6 (De Gruyter, 2021), 21.

Das in Stockholm im Jahr 2000 abgehaltene „International Forum on the Holocaust“ war ein Schlüsselereignis für die ‚Universalisierung des Holocaust‘.⁹ Erstmals nahmen hochrangige Politiker_innen, Präsident_innen und Regierungschef_innen, renommierte Wissenschaftler_innen, Gedenkstättenmitarbeiter_innen und Zeitzeug_innen aus 46 Ländern an einer Konferenz zum Thema Holocaust teil.¹⁰ Als Ergebnis wurde eine Deklaration verabschiedet, in der zwar auch andere Opfer des Nationalsozialismus als solche anerkannt wurden, der Begriff ‚Holocaust‘ jedoch der Vernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden vorbehalten blieb. Darüber hinaus verdeutlicht bereits das Datum der Veranstaltung den hohen Wert symbolischer Erinnerungspolitik: Die Konferenz fand nicht nur in den ersten Tagen des neuen Jahrtausends, sondern auch rund um den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau statt. Die in Stockholm verabschiedete Deklaration resultierte in der Empfehlung, alle Staaten sollten diesen Tag, den 27. Januar, oder ein anderes national bedeutsames Datum als Holocaust-Gedenktag einführen. ‚Europäisierung des Holocaust‘ meint ferner die Vorstellung, auf den Krematorien von Auschwitz sei ein besseres Europa erbaut worden,¹¹ was jedoch auch als normativ aufgeladene Sinnstiftung kritisiert wurde.

Die frühen 2000er Jahre wurden zur Hochphase einer positiv bewerteten „Kosmopolitisierung des Holocaust“, wie Daniel Levy und Natan Sznaider 2001 in dem vielzitierten Werk „Erinnerungen im globalen Zeitalter: Der Holocaust“ die Periode charakterisieren. Für die postsozialistischen Länder Europas wurde der Beitritt zur ITF oder ein sonstiger „Beweis“ kritischer Aufarbeitung informell zu einem Eintrittsticket in die NATO und die Europäische Union.¹² So traten etwa die Tschechische Republik, Ungarn und Litauen 2002 der ITF bei, Lettland und Rumänien 2004. Nach der großen EU-Osterweiterung 2004 fand dann aber etwas statt, das ich als

9 Jan Eckel und Claudia Moisel, Hrsg., *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*, Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 24 (Wallstein, 2008).

10 Larissa Allwork. *Holocaust Remembrance between the National and the Transnational: the Stockholm International Forum and the First Decade of the International Task Force* (Bloomsbury Academic, 2015), 2.

11 Tony Judt, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, (Hanser, 2006), 966.

12 Radonić, *Der Zweite Weltkrieg*, 26.

‚Osterweiterung der Europäisierung der Erinnerung‘ bezeichne. Die postsozialistischen Staaten forderten von ‚Europa‘ die Anerkennung ihres Status als Opfer von Hitler und Stalin, was jedoch oft mit der Leugnung und Externalisierung der eigenen Verantwortung für die Kollaboration mit beiden Regimen einherging.

Bis vor dem Regierungswechsel in Polen im Dezember 2023 war in diesem Sinne unter der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) für das in Gründung begriffene Museum des Warschauer Ghettos geplant, im letzten Raum auch die Verbrechen der Sowjetunion zu thematisieren. Für die stalinistischen Repressionen sollte dort der wissenschaftlich dafür nicht haltbare Begriff Genozid verwendet werden. An diesem spannenden und wichtigen Museumsprojekt an einem der wenigen erhaltenen Abschnitte der Ghettoauer in Warschau wurde die geplante Verwendung des Genozidbegriffs von den IHRA-Museums- und Gedenkstättenexpert_innen kritisiert. Es steht zu hoffen, dass die neue Regierung einen anderen Kurs verfolgt. Bulgarien geriet ferner deshalb in die Kritik, weil es Judenretter_innen überbetonte und die Mitverantwortung für den Holocaust in den von Bulgarien im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten verschleierte. Kroatien tat sich mit der Anerkennung des Holocaust und des Genozids an den Roma leichter als mit der Benennung des von den Ustaša ebenfalls begangenen Genozids an den Serb_innen, da die Aufarbeitung dieser Vergangenheit nach den Jugoslawienkriegen und der Aktualisierung des Feinbilds ‚Serbe‘ besonders schwerfiel.¹³ In den postsozialistischen Ländern stellen einige zeithistorische Museen und Gedenkstätten die ‚eigenen‘ nicht-jüdischen Opfer mit viel Empathie, privaten Photographien und Gegenständen dar, ‚die Juden‘ hingegen als anonyme Masse, Leichenberge oder nüchterne Opferzahlen, die Sinti und Roma hingegen oft stereotyp.¹⁴

13 Selbstredend wurden und werden in der IHRA aber nicht nur Entwicklungen in postsozialistischen Ländern kritisch diskutiert, sondern lange Jahre etwa auch die unkritische, kontextlose Darstellung des Nationalsozialismus im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien. Als diese mit der Schließung dieses Teils der Ausstellung durch den neuen Direktor am 8. Mai 2024 und einem zeitgemäßen Konzept für eine neue Ausstellung in 2026 ein Ende fand, wurde das in der IHRA sehr begrüßt.

14 Radonić, *Der Zweite Weltkrieg*, 132.

Diese Opferkonkurrenz, bei der der Holocaust als Bedrohung für andere Opfererfahrungen gesehen wurde, spitzte sich mit dem Einzug postkolonialer Theorien noch zu. Diese stellen eine direkte Verbindung zwischen kolonialen Verbrechen und dem Holocaust her.¹⁵ Die Präzedenzlosigkeit des Holocaust lässt sich dabei nur bestreiten, wenn in diesen Ansätzen sowohl die Spezifik des Holocaust, der ja auch die industrielle Massenvernichtung in Gaskammern einschloss, als auch die des Antisemitismus verkannt wird.¹⁶ Unter den verschiedenen Formen der sogenannten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit¹⁷ dient einzig der moderne Antisemitismus als (falsche) Welterklärung und zur Abgrenzung sowohl nach ‚unten‘ (Vorstellung vom ‚dreckigen Shtetl-Juden‘) als auch nach ‚oben‘ (Juden in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mit abstrakten Herrschaftsverhältnissen als negative Autoritäten imaginiert und gehasst). Jedes dieser Phänomene – Rassismus wie Antiziganismus und Antisemitismus, die Leugnung oder verzerrte Darstellung von Kolonialverbrechen, des Holocaust und des Genozids an den Sinti und Roma – hat seine jeweiligen Spezifika. Das Beharren auf den Alleinstellungsmerkmalen von Antisemitismus ist kein Herunterspielen der Gefahren der anderen Phänomene. Auch wenn sie gesamtgesellschaftlich gesehen zusammenhängen und gemeinsam bekämpft werden müssen, rechtfertigt die Spezifik jedes Phänomens auch seine eigenständige Behandlung in Institutionen wie etwa der IHRA.

15 Jürgen Zimmerer, *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust* (LIT Verlag, 2011).

16 Siehe kritisch dazu: Ingo Elbe, *Antisemitismus und postkoloniale Theorie: der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung* (Edition Tiamat, 2024); Steffen Klävers, *Decolonizing Auschwitz? Komparativ-postkoloniale Ansätze in der Holocaustforschung* (De Gruyter, 2019).

17 Das Konzept zielt darauf ab, feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen in einer Gesellschaft mittels eines Begriffes von großer Spannweite zu erfassen und zu systematisieren.

IHRA im Wandel

Da jedoch die Erinnerung an den Genozid an den Sinti und Roma, auch Porajmos oder Samudaripen genannt, länger noch als die Erinnerung an den Holocaust marginalisiert blieb, widmete sich die ITF im Laufe der Jahre immer stärker auch diesem Thema – allerdings ohne dafür den Begriff Roma-Holocaust zu verwenden, der die verwandten, aber doch spezifischen Verfolgungsgründe und -verläufe verschleiert.¹⁸ 2009 richtete die ITF ein Komitee ein, das speziell dem Genozid an den Roma gewidmet ist.

Generell ist die IHRA heute in drei dauerhaft eingerichtete Arbeitsgruppen gegliedert, eine zu Museen und Gedenkstätten, eine zu Bildung und eine zu Wissenschaft. Außerdem existieren verschiedene Komitees, neben dem oben erwähnten zum Roma-Genozid etwa noch das Komitee zu Antisemitismus und Holocaust-Leugnung sowie jenes zu Holocaust, Genozid und Verbrechen gegen die Menschheit.¹⁹ Darüber hinaus können sich temporär befristet Unterarbeitsgruppen zu bestimmten aktuellen Themen bilden. Jedes Jahr übernimmt ein anderes Mitgliedsland den Vorsitz und zwei Mal im Jahr finden in diesem Land mehrtägige Treffen statt. Am ersten Tag kommen die drei großen Arbeitsgruppen zusammen, am zweiten die Komitees und am dritten verschiedene kleinere Projektgruppen, wie etwa lange Jahre die „Safeguarding Sites“-Projektgruppe, die 2023 in die Charta zur Bewahrung historischer Stätten²⁰ mündete. Diese Tage werden von Präsentationen der Expert_innen und Diskussionen bestimmt, auf die im besten Fall konkrete Maßnahmen folgen, wie die Entwicklung einer bestimmten Erklärung oder Charta oder

18 So haben sich etwa im Ustaša-Kroatien muslimische religiöse Autoritäten erfolgreich dafür eingesetzt, muslimische Roma von der Deportation und Vernichtung auszunehmen. Die antiziganistische Vorstellung einer „Bettlermafia“ geht zwar von einer Verschwörung aus, doch bleibt diese Projektion im Alltagskontext und bietet im Gegensatz zum antisemitischen Wahn von der jüdischen Weltverschwörung keine (falsche) Welterklärung.

19 Ich nehme seit 2023 für die österreichische Delegation an diesen Sitzungen teil, schreibe hier aber selbstredend nur aus meiner persönlichen Perspektive als Wissenschaftlerin und keinesfalls im Namen der Delegation oder gar der IHRA selbst.

20 „IHRA Charter for Safeguarding Sites“, IHRA, <https://holocaustremembrance.com/resources/ihra-charter-for-safeguarding-sites-german>.

der Zusammenschluss von Gedenkstätten, die mit demselben Thema beschäftigt sind, z. B. zu der Frage, ob und wie man zeitgenössische Kunst in Gedenkstätten einsetzen kann.

Bevor am letzten Tag die Delegationsleiter_innen, darunter viele Diplomat_innen, zusammenkommen, nehmen vor allem ‚Expert_innen‘ an den Sitzungen teil, die jedoch von Land zu Land sehr unterschiedliche Zugänge zu den Diskussionen im Plenum haben. Unter staatlichen Vertreter_innen gibt es sowohl solche, die ihr Land in einem möglichst positiven Licht erscheinen lassen wollen, als auch solche, die schonungslos den Antisemitismus und autoritäre Tendenzen in ihrem jeweiligen Kontext thematisieren. In der Arbeitsgruppe zu Museen und Gedenkstätten, der ich angehöre, herrscht dadurch eine bunte Mischung aus Politiker_innen, Leiter_innen und Mitarbeiter_innen von Museen und Gedenkstätten sowie Wissenschaftler_innen und die große Bandbreite an Zugängen wird deutlich.

Als mir die Herausgeber_innen dieser Broschüre die Frage stellten, welche Bedeutung Holocaust-Überlebende und jüdische Organisationen in der IHRA und bei ihrer Entstehung haben und hatten, fanden sowohl ich als auch alle langgedienten IHRA-Delegationsmitglieder, die ich danach fragte, dass das zwar eine spannende Frage sei, wir aber dazu wenig sagen können. Wie schon erwähnt fungierte der 1926 geborene Yehuda Bauer, dessen Familie die nach der Annexion des Sudetenlandes übergebliebene ‚Resttschechei‘ 1938 verließ und über viele Umwege nach Israel gelangte, über zwei Jahrzehnte lang als Berater der IHRA. Darüber hinaus waren Überlebende aber nur dann vertreten, wenn sie in den Länderdelegationen ihre jeweiligen Organisationen oder Institutionen repräsentierten. Der letzte Holocaust-Überlebende in der IHRA war dem Nachruf der britischen Delegation zufolge der Buchenwald- und Theresienstadt-Überlebende, Gewichtheber und Holocaust-Vermittler Ben Helfgott.²¹ Er engagierte sich über 40 Jahre lang in der ‚45 Aid Society, einer Wohltätigkeitsorganisation, die von überlebenden Kindern, die nach 1945 nach Großbritannien gekommen waren, gegründet worden war. Jüdische Organisationen wie die Association of Jewish Refugees oder jüdische

21 „Obituary: Ben Helfgott,” IHRA, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://holocaustremembrance.com/news/obituary-ben-helfgott>.

Museen gehören ebenfalls den Delegationen an. Die Conference on Jewish Material Claims against Germany (Claims Conference) hat den Status eines permanenten internationalen Partners.

Zu Beginn, als die IHRA noch ITF hieß, erlangte sie vor allem über die Stockholmer Holocaust-Konferenz 2000 sowie die drei großen Nachfolgekonferenzen (Combatting Intolerance 2001; Truth, Justice and Reconciliation 2002; Preventing Genocide 2004) Bekanntheit. Danach wurde sie zu einer Expert_innenorganisation, die primär durch ihre Deklarationen und Chartas Aufmerksamkeit erregte. Für den Gedenkstättenbereich, an den sich diese Publikation richtet, war zunächst die 2013 verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung/Verharmlosung des Holocaust²² von Interesse, die neben der ‚klassischen‘ Leugnung auch neuere Bemühungen in den Fokus rückte, den Holocaust zu entschuldigen, zu verharmlosen oder positiv zu bewerten, Opferzahlen zu verfälschen oder ‚den Juden‘ die Schuld an dem an ihnen verübten Völkermord zuzuschreiben. Auch ein IHRA-Toolkit zur Bekämpfung dieser Phänomene wurde entwickelt.²³

Neben der oben schon erwähnten Charta zur Bewahrung historischer Stätten aus dem Jahr 2023 können aber auch andere Veröffentlichungen nützlich sein, vor allem die Empfehlungen zum Lernen und Lehren über den Holocaust²⁴ einerseits und die Verfolgung und den Genozid an den Sinti und Roma²⁵ andererseits. 2024 wurden dann auch Überlegungen bezüglich der Terminologie bei Holocaust-

22 „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung/Verharmlosung des Holocaust,“ IHRA, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-leugnung-verfalschung-des-holocaust>.

23 „IHRA Toolkit Against Holocaust Distortion,“ IHRA, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://holocaustremembrance.com/resources/toolkit-against-holocaust-distortion>.

24 „Empfehlungen zum Lehren und Lernen über den Holocaust,“ IHRA, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://holocaustremembrance.com/resources/empfehlungen-lehren-lernen-uber-den-holocaust>.

25 „IHRA Recommendations for Teaching and Learning about the Persecution and Genocide of the Roma during the Nazi Era,“ IHRA, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://holocaustremembrance.com/resources/ihra-recommendations-for-teaching-and-learning-about-the-persecution-and-genocide-of-the-roma-during-the-nazi-era>.

Vergleichen publiziert.²⁶ Anders als der IHRA oft unterstellt wird, geht es dabei nicht um eine Art Sprachpolizei, sondern es werden zurückhaltend Fragen formuliert, die zur Reflexion anregen sollen. Dabei wird (zurecht) auf der Präzedenzlosigkeit des Holocaust beharrt und zwischen Vergleichen und Gleichsetzung unterschieden. Seit dem antisemitischen Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 und dem Boom an dämonisierender Gleichsetzung von Israel mit den Nazis könnte dieser Text aktueller nicht sein.

Seit dem 7. Oktober gibt es bei den IHRA-Sitzungen daher vermehrt gruppenübergreifende Panels zum Thema Bekämpfung des Antisemitismus. In der Arbeitsgruppe zu Museen und Gedenkstätten wurden ferner vor dem Hintergrund des seitdem sehr stark gestiegenen Antisemitismus Erfahrungen ausgetauscht, etwa über das abrupte Ausbleiben von Besucher_innen unmittelbar nach dem 7. Oktober und die meist, aber nicht immer ‚nur‘ verbalen Angriffe auf Institutionen wie Mitarbeiter_innen. Der antisemitische Terrorangriff der Hamas erweist sich in dieser Hinsicht also als erfolgreich, da jüdische und als solche wahrgenommene Einrichtungen weltweit zu spüren bekamen, dass Besucher_innen sich einerseits vor dem Besuch so einer Institution offenbar fürchteten, weil sie Angst vor antisemitischen Angriffen hatten. Schließlich sah die Sicherheitskontrolle in jüdischen Museen wie jenem in Athen schon zuvor so aus, dass der Security die Anweisungen für die Durchleuchtung des Gepäcks aus der Ferne hinter einer Panzerglaswand stehend ausgab. Andererseits wird spätestens seit dem Gaza-Krieg in Reaktion auf den 7. Oktober diesen Einrichtungen, die in der Regel nichts mit Israel zu tun haben, die Verantwortung für die mutmaßlichen Kriegsverbrechen Israels gegeben und sie werden in Folge gemieden. Es wurden bei den Sitzungen der Arbeitsgruppe aber auch Best-Practice-Beispiele miteinander geteilt, um nicht nur in der Betroffenenperspektive zu verharren. Wenn etwa in einzelnen Museen in Feedback- und Interaktionsbereichen zunehmend Botschaften hinterlassen werden, die von israelbezogenem Antisemitismus zeugen, so wurde diskutiert, dies unmittelbar zum Thema der Ausstellung zu machen, eventuell sogar mit den Post-its und Feedbackbögen als kritisch kontextualisierten

26 „IHRA Reflections on Terminology for Holocaust Comparison,” IHRA, zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://holocaustremembrance.com/resources/terminology-holocaust-comparison>.

Exponaten. Zugleich war aber klar, dass die Aufnahme aktueller Bezüge und die Bekämpfung von heutigem Antisemitismus nicht für jede Gedenkstätte oder jedes Museum in das Konzept passt. Unterschiedliche Zugänge wurden und werden auf wertschätzende Weise diskutiert. Der 7. Oktober hat, zusammenfassend gesagt, viele Probleme extrem verschärft und machte die IHRA noch mehr zur Projektionsfläche, als sie das schon davor war.

Die IHRA als Projektionsfläche

Alles Wahrnehmen ist Projektion, wir nehmen Dinge wahr, indem wir zuvor angelegene Begriffe auf die Außenwelt anwenden, aber auch Empfindungen, Gefühle und Wünsche auf diese Welt um uns herum projizieren. Darüberhinausgehend haben Vertreter_innen der Kritischen Theorie rund um Theodor W. Adorno und Max Horkheimer den Begriff der pathischen Projektion geprägt.²⁷ Dies bezeichnet einen wahnhaften Vorgang, bei dem die Beziehung zur Realität verloren geht – Projektion findet ohne Reflexion statt. Mit diesem Mechanismus lassen sich Antisemitismus und Rassismus begreifen: Wer in den Opfern seines Wahns immer nur jene Züge zu entdecken vermag, die er selbst verdrängt hat oder sich nicht eingestehen kann, der ist prinzipiell gegen Erfahrung abgedichtet. Antisemiten_innen und Rassist_innen sehen in den Menschen, auf die sie etwas projizieren, immer nur das, was sie zuvor in sie ‚hineingelegt‘ haben. Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden pathische Projektionen, die sich auf Jüdinnen_Juden etwa bezüglich ihrer angeblichen Rachsucht oder Profitgier richteten, auf den Staat Israel übertragen.

Seit der Kontroverse um die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus ist die IHRA in gewissem Maß ebenfalls zu so einer Projektionsfläche geworden. Die Bemühungen der in der IHRA als einem transnationalen Gremium zusammenkommenden Expert_innen, Vertreter_innen der Zivilgesellschaft und demokratisch gewählter Regierungen, Antisemitismus in seinem Wandel adäquat zu fassen, haben eine erstaunliche Kontroverse hervorgerufen.²⁸ Der eingangs zitierte Satz, demzufolge Kritik an Israel nicht antisemitisch sei, wenn sie mit der an anderen Ländern vergleichbar sei, wird in diesen Debatten geflissentlich ignoriert. Auch in wissenschaftlichen Publikationen werden harsche Vorwürfe gegen die Definition vorgebracht, wie

27 Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Gesammelte Schriften Bd. 3 (Suhrkamp, 1997), 217.

28 Tanja Kinzel und Daniel Poensgen, *Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA): Eine kritische Analyse*. RIAS Working Paper 01/24, 10, https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf.

dass sie ein „Quasi-Gesetz“ und „Zensur“²⁹ darstelle. Die IHRA-Definition verteidige zudem mit Israel ein Regime, das als „demokratische Apartheid“³⁰ bezeichnet werden könne. Derlei Begrifflichkeiten stellen eine Dämonisierung Israels dar, wo – ganz im Gegensatz zur Apartheid in Südafrika – arabische Israelis neben jüdischen Israelis wählen, studieren, arbeiten, leben und Funktionen im Parlament, den Gerichten, beim Militär und zuweilen auch in der Regierung innehaben. Diese Feststellung soll keinesfalls die reale Diskriminierung und Schlechterstellung vieler arabischer Israelis kleinreden. Der Begriff Apartheid dient jedoch, wie die Gleichsetzung von Israel mit Nazis, der Dämonisierung und keiner sachlichen Kritik der Umstände.

Die IHRA-Definition wird deswegen zur Projektionsfläche, weil sie solche Dämonisierung explizit problematisiert. Als Angriff auf diese ist hingegen die sogenannte Jerusalemer Erklärung von 2021 gemeint, die sich als „Alternative“³¹ zur IHRA-Definition versteht. Darin wird es als nicht per se antisemitisch eingestuft, Israel als siedlerkolonialen Staat zu bezeichnen, obwohl dieser Vorwurf in der Realität verwendet wird, um Israel das Existenzrecht abzusprechen, da es vorgeblich ein von Anfang an auf Verbrechen gegründeter Staat sei. Ebenso nicht per se antisemitisch sei es der Jerusalemer Erklärung zufolge, Israel als Apartheidstaat zu bezeichnen. Auch Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) seien nicht an sich antisemitische Aktionsformen³² – womit fälschlicherweise suggeriert wird, dass es mit BDS vergleichbare Initiativen in anderen Ländern gäbe, während in Wirklichkeit BDS nur im Kontext des israelbezogenen Antisemitismus zu begreifen ist. Nicht einmal die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus oder die Behauptung, in Gaza fände ein Holocaust statt, erfasst diese Definition als antisemitisch. Diese explizite Reinwaschung antisemitischer Argumentationsmuster und Akteur_innen muss in der IHRA-Definition eine Bedrohung sehen – und folglich wird die IHRA selbst

29 Rebecca Ruth Gould, „Legal Form and Legal Legitimacy: The IHRA Definition of Antisemitism as a Case Study in Censored Speech,” *Law, Culture and the Humanities* 18, Nr. 1 (Februar 2022), 153–86.

30 Neve Gordon, „Antisemitism and Zionism: The Internal Operations of the IHRA Definition,” *Middle East Critique* 33, Nr. 3 (2. Juli 2024), 345–60.

31 „Jerusalem Declaration on Antisemitism,” zugegriffen am 23. Juni 2025, <https://jerusalemdeclaration.org>.

32 Ebd.

Gegenstand von Projektion und Dämonisierung. Auch wenn derlei Kontroversen für Personen, die damit im Detail nicht so bewandert sind, verwirrend wirken mag, so hilft der Begriff der (pathischen) Projektion hier vielleicht, um Licht in die Sache zu bringen. Jedenfalls wird diese IHRA-Arbeitsdefinition heutzutage in Ländern wie Deutschland und Österreich bei Polizeischulungen beziehungsweise in der Ausbildung von Staatsanwält_innen und Richter_innen zur Definition von Antisemitismus herangezogen³³ und hilft so dabei, für ein lange marginalisiertes Thema zu sensibilisieren.

Ich schreibe diesen Text Ende Juni 2025, während Israel die IHRA-Präsidentschaft innehat. Statt in Yad Vashem in Jerusalem findet die Sitzung aufgrund der iranischen Raketenangriffe online statt. Geht in Israel ein Raketenalarm los, müssen die Mitglieder der israelischen Delegation in die Schutzräume. Die Sitzung soll dann für zehn Minuten unterbrochen, aber fortgesetzt werden, wenn die israelischen Kolleg_innen danach noch nicht wieder zurück sind. Für manche Gedenkstättenmitarbeiter_innen sieht die Lebensrealität so aus. Das relativiert eigene ‚Probleme‘ wieder einmal erheblich und ich kann nur den Hut vor denen ziehen, die unter diesen Umständen etwas zustande bringen. Leider mildert es aber die Projektionen auf die IHRA nicht im mindesten, im Gegenteil.

33 Bundesverband RIAS, Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus (Europäische Union, 2021), 22–29.

Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus – Definitionen und Beispiele im Kontext von NS-Gedenkstätten

Vanessa Gelardo

Bundesverband RIAS

Antisemitismus kann in unterschiedlichen Erscheinungsformen zum Ausdruck kommen. Auch im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Schoa, speziell an NS-Gedenkstätten, können alle Formen des aktuellen Antisemitismus auftreten. Inhaltlich unterscheidet RIAS bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen. Um Mitarbeitende an Gedenkstätten dabei zu unterstützen, Antisemitismus zu erkennen, haben wir im Folgenden eine Übersicht der Erscheinungsformen mit Beispielen antisemitischer Vorfälle erstellt.

Moderner Antisemitismus

Um **modernen Antisemitismus** handelt es sich, wenn Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben wird, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen. Hier werden komplexe (globale) Zusammenhänge auf vermeintlich einfache Art und Weise erklärt. Das dahinterliegende Weltbild basiert auf einem widerspruchsfreien „Gut-Böse-Schema“, wobei „die Juden“ als negative Projektionsfläche dienen. Wahlweise werden Jüdinnen_Juden offen als Feindbild benannt oder codiert beschrieben. So wird ihnen eine geheime Macht zugeschrieben, die sich beispielsweise in der Vorstellung ausdrückt, es existiere eine „jüdische Elite“, die die weltweite Kontrolle über Medien, Wirtschaft, Regierungen und andere gesellschaftliche Institutionen ausübe, um eigene Interessen zu verfolgen. Bis in die Gegenwart und in unterschiedlichen zeitlichen und geografischen Kontexten werden beispielsweise die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“ als Beleg für eine vermeintliche Weltverschwörung in Texten, Reden oder auf Versammlungen herangezogen. In diesem 1903 im russischen Zarenreich von Unbekannten verfassten Pamphlet, welches bereits 1921 als Fälschung enttarnt wurde, konstruieren die Autoren ein angebliches „Weltjudentum“, das das Ziel habe, die Weltherrschaft zu erlangen. Ein im Vergleich neuerer Verschwörungsmythos verbirgt sich in der Behauptung des sogenannten großen Austauschs („Great Replacement“), mit dem einer geheimen Macht – häufig Jüdinnen_Juden – unterstellt wird, durch die Lenkung von Migrationsbewegungen gezielt die einheimische Bevölkerung durch eine fremde austauschen zu wollen. In diesem rechtsextremen Verschwörungsmythos verbinden sich Rassismus und Antisemitismus unmittelbar miteinander.

In einer E-Mail an die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten war beispielsweise zu lesen: „[...] [X] und [XY] sind die höchsten und größten JUDEN der Welt. Sie haben alle Verbrechen an Ihren [sic!] unterirdischen Computersystemen begangen!!“ Zusätzlich wurde ein Bild einer Krake beigefügt.

Das Bild der Krake findet bereits seit dem späten 19. Jahrhundert Verwendung in antisemitischen Karikaturen und Metaphern, häufig umschlingt sie mit ihren acht Armen die Erde, ist mit einem Davidstern¹ versehen oder trägt in aktuellen Darstellungen die Gesichtszüge von beispielsweise Benjamin Netanjahu oder Mark Zuckerberg.² Dabei soll die Krake das antisemitisch konnotierte „Weltjudentum“, bzw. Jüdinnen_Juden kollektiv symbolisieren. Nicht nur wird Jüdinnen_Juden durch den Vergleich mit einem Tier das Menschsein abgesprochen. Die Krake symbolisiert mit einem Kopf und vielen Armen eine zentrale Weltmacht, die, ähnlich einem Marionettenspieler, die Fäden in der Hand hält und die Geschehnisse in der Welt lenkt. Bis heute wird die Krake als Sinnbild für eine „jüdische Weltverschwörung“ verwendet.

Ein_e Mitarbeiter_in eines NS-Dokumentationszentrums erhielt einen Anruf, in dessen Verlauf es zu Aussagen mit antisemitischen Verschwörungsmythen und Erinnerungsabwehr kam. Der Anrufer sprach unter anderem davon, dass das Justizsystem „unter dem Diktat einer geheimen Elite“ stünde. Auf Rückfrage des Mitarbeiters, wieso er sich an den Gedenkort gewendet hätte, führte der Anrufer seine Verschwörungsmythen weiter aus: „Die Elite tarnt sich hinter solchen Aktionen wie den Stolpersteinen und den Gedenkstätten.“

Post-Schoa-Antisemitismus

Unter dem Begriff **Post-Schoa-Antisemitismus** werden solche Bezugnahmen auf die nationalsozialistischen Massenverbrechen zusammengefasst, die diese bagatellisieren, relativieren, leugnen oder glorifizieren oder die Erinnerung an die Ereignisse

1 So stellte beispielsweise der nationalsozialistische Zeichner Josef Plank Winston Churchill 1938 als Krake mit einem Davidstern über dem Kopf dar.

2 2014 veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung eine vielfach kritisierte Karikatur einer Krake mit dem Gesicht von Mark Zuckerberg.

ablehnen. Dies kann sich auf die historische Realität der Schoa beziehen oder auf einzelne Aspekte, wie das Ausmaß (etwa die Zahl von sechs Millionen ermordeten Jüdinnen_Juden), die Mechanismen (beispielsweise die Gaskammern) oder die Vorsätzlichkeit des Genozids an den europäischen Jüdinnen_Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer_innen und Helfer_innen. Der Satz „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen“, der dem jüdischen Publizisten und Arzt Zvi Rix (1909-1952) zugeschrieben wird, beschreibt überspitzt die Abwehr der Nachkommen von NS-Täter_innen im postnazistischen Deutschland gegen die Verantwortung und die Erinnerung an die Verbrechen ihrer Vorfahren. Diese Haltung äußert sich auch in der Forderung von Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft nach einem „Schlussstrich“, der endlich unter die Erinnerung an die Schoa gezogen werden solle.

Post-Schoa-Antisemitismus verschränkt sich häufig mit anderen antisemitischen Erscheinungsformen. So findet zum Beispiel eine Verknüpfung von Post-Schoa-Antisemitismus mit **modernem Antisemitismus** statt, wenn etwa Jüdinnen_Juden unterstellt wird, sie würden von der Schoa profitieren. Häufig wird diese Äußerung verbunden mit Behauptungen, dass sie selbst für die Schoa verantwortlich seien. Es findet eine Täter-Opfer-Umkehr statt.

Formen der Täter-Opfer-Umkehr treten auch in Bezug auf Israel als jüdischen Staat auf. Häufig wird das Vorgehen des israelischen Staates mit Verweis auf die Schoa kritisiert, indem die nationalsozialistische und israelische Politik gleichgesetzt werden oder erwartet wird, Israelis müssten es „besser wissen“. So verbinden sich **israelbezogener Antisemitismus** und Post-Schoa-Antisemitismus. Ein weiteres Beispiel für die Verbindung von Post-Schoa-Antisemitismus und israelbezogenem Antisemitismus ist der Slogan „Free Palestine From German Guilt“ oder inhaltlich verwandte Parolen. Ähnlich wie die aus rechten und rechtsextremen Spektren eher bekannte Schlussstrichforderung bezogen auf die NS-Vergangenheit und der damit einhergehenden Entlastungsfunktion für die deutsche Mehrheitsgesellschaft, wird in dieser Parole ein Wunsch nach einem Ende der kritischen Auseinandersetzung und Erinnerung an die Schoa deutlich.

Im Kontext von NS-Gedenkstätten und -zeichen weisen alle antisemitischen Vorfälle einen Bezug zum Post-Schoa-Antisemitismus auf. Durch die gezielte Adressierung dieser Orte wird die Erinnerung an die Ermordung der europäischen Jüdinnen_Juden während des NS relativiert oder abgelehnt, bzw. werden die Verbrechen der Nationalsozialisten glorifiziert. Derartige Stilisierungen werden RIAS häufig gemeldet. So wurde beispielsweise im Gästebuch des NS-Dokumentationszentrums Köln im Dezember 2024 ein mit einem Herzchen versehener Schriftzug „WE LOVE ADOLF“ dokumentiert. Ein weiteres Beispiel ereignete sich an der Gedenkstätte Buchenwald: Mehrere Männer und Frauen riefen im Vorbeifahren aus einem Auto in Richtung der Gedenkstätte „White Power“, „Deutschland den Deutschen“ und weitere rechtsextreme Parolen.

Antisemitisches Othering

Beim **antisemitischen Othering** (dt. etwa „Fremdmachung“) werden Betroffene aufgrund einer (angenommenen oder tatsächlichen) Zugehörigkeit zum Judentum antisemitisch konfrontiert oder als nicht zugehörig zur jeweiligen imaginierten Wir-Gruppe adressiert. Jüdinnen_Juden oder Personen und Gruppen, die als jüdisch wahrgenommen werden, werden häufig negativ, oft widersprüchlich charakterisiert. Das „Jüdische“ wird dabei auf bestimmte Eigenschaften und Zuschreibungen fixiert und als fundamental verschieden dargestellt. Das „Andere“ im antisemitischen Othering wird kulturell, ethnisch und/oder religiös definiert oder mit imaginierten und antisemitischen äußeren Erscheinungsbildern beschrieben. Ein Ziel ist dabei eine Aufwertung des eigenen Selbst und die Festigung des homogenen „Wir“.

Diese antisemitische Erscheinungsform äußert sich u.a. in Beleidigungen – beispielsweise indem „du Jude“ als Beschimpfung verwendet wird. Eine Markierung und Beschimpfung als jüdisch richtet sich auch häufig gegen nichtjüdische Menschen oder Gruppen. Dies dient der Markierung als Gegner_innen oder Feind_innen. Regelmäßig wird diese Erscheinungsform an Schulen oder beispielsweise im Fußballkontext dokumentiert. Aber auch wenn Jüdinnen_Juden aufgrund ihrer Erkennbarkeit als jüdisch angegriffen, bedroht oder beschimpft werden, handelt es sich um antisemitisches Othering.

Im Kontext von Gedenkstätten verbindet sich antisemitisches Othering mit dem **Post-Schoa-Antisemitismus**. So wurde 2024 zum Beispiel in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz neben einem hebräischen Eintrag im Gästebuch ein Davidstern durchgestrichen. Im selben Jahr wurde die Schmiererei „Ich hasse Juden“ im Gästebuch des NS-Dokumentationszentrums Köln entdeckt.

Im April 2023 fand ein Besucher an der Ehrenhalle des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg ein zerrissenes Exemplar des Buches „Jüdische Witze“ der jüdischen Schweizerin Salcia Landmann. Einzelne Blätter waren breitflächig verstreut. Vor dem geschichtlichen Hintergrund des Ortes stellt das Verteilen von Buchseiten mit „jüdischen Witzen“ eine Verhöhnung der Schoa und deren Opfer dar und ist neben dem antisemitischen Othering auch dem Post-Schoa-Antisemitismus zuzuordnen.

Israelbezogener Antisemitismus

Von **israelbezogenem Antisemitismus** ist die Rede, wenn antisemitische Stereotype mit Bezug auf den Staat Israel geäußert werden oder offener Antisemitismus gegenüber Israel als jüdischem Staat geäußert wird. Wenn Jüdinnen_Juden beispielsweise für die Politik der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden oder ihnen unterstellt wird, sie würden sich dem Staat Israel stärker verpflichtet fühlen als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer, handelt es sich um israelbezogenen Antisemitismus. Oftmals wird auch der Begriff „Zionismus“, bzw. „Zionist_innen“ (bewusst oder unbewusst) als Synonym für Jüdinnen_Juden verwendet, um so dem Vorwurf des Antisemitismus zu entgehen.

Der israelische Politiker und Autor Nathan Scharansky entwickelte 2003 den sogenannten 3D-Test, um legitime Kritik an der israelischen Regierung oder Politik von antisemitischen Aussagen zu unterscheiden. Die drei Ds stehen für Delegitimierung, Dämonisierung und doppelte Standards. Beispielsweise wird der jüdische Staat Israel delegitimiert, wenn sowohl dem Staat als auch der israelischen Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen, Israel als rassistisches oder koloniales Unterfangen gebrandmarkt oder das Existenzrecht des jüdischen Staates grundsätzlich infrage gestellt wird, wie mit der Parole „From the river to the sea, Palestine

will be free“. Diese Aussage impliziert, dass ein Staat Palästina vom Fluss Jordan bis zum Mittelmeer reiche und auch das Gebiet Israels umfasse. Um doppelte Standards handelt es sich, wenn an das Handeln des israelischen Staates andere Maßstäbe angelegt werden als an das Handeln anderer demokratischer Staaten. Diese liegen vor, wenn Israel beispielsweise das Selbstverteidigungsrecht abgesprochen oder man fordert von Israel ein Verhalten ein, das von keiner anderen Demokratie erwartet und verlangt wird. Eine Dämonisierung Israels liegt vor, wenn der Staat als ultimativ böse dargestellt wird. Dies kann beispielsweise durch Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus geschehen – hier wird auch eine Verknüpfung zum **Post-Schoa-Antisemitismus** hergestellt.

Ebenso kann Israel durch antisemitische Symbole und Bilder dämonisiert werden, die mit **antijudaistischem Antisemitismus** in Verbindung stehen, wie Darstellungen von israelischen Politiker_innen als Teufel oder blutsaugende Vampire.

Häufig gemeldete Vorfälle zu israelbezogenem Antisemitismus an NS-Gedenkstätten sind Gästebucheinträge mit der Parole „Free Palestine“ oder ähnlichen Schriftzügen, die sich auf den Krieg in Gaza beziehen. Für sich stehend stellt diese Losung nach RIAS-Kriterien keinen antisemitischen Vorfall dar. Im Kontext des Gedenkens an die Schoa allerdings werden NS-Gedenkstätten als Vertreter_innen Israels gesehen und für das (tatsächliche oder vermeintliche) Handeln der israelischen Regierung mitverantwortlich gemacht. Zudem wird die Schoa mit dem Krieg in Gaza gleichgesetzt, wodurch eine Täter-Opfer-Umkehr stattfindet. Israel wird dadurch dämonisiert und die Erinnerung an die Schoa relativiert. Ein weiteres Beispiel für die Schoa-relativierende Verknüpfung ermordeter Jüdinnen_Juden während der Schoa mit dem heutigen Israel ist folgender Vorfall einer gezielten

Sachbeschädigung: 2024 wurde das Berliner Denkmal, welches an den Rosenstraßen-Protest von 1943 erinnert, mit „Jews are committing Genocide“ („Juden begehen Völkermord“), einer Palästina-Fahne und »Free Palestine« beschmiert.³

Antijudaistischer Antisemitismus

Einerseits beschreibt **antijudaistischer Antisemitismus** die Verbreitung religiös begründeter antisemitischer Stereotype. Der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich, ist ein Beispiel für christlichen, antijudaistischen Antisemitismus. Die antisemitische Vorstellung, dass Jüdinnen_Juden Satan anbeten würden, wird jedoch nicht nur mit christlichen, sondern ebenfalls mit islamischen Glaubensinhalten begründet. Andererseits umfasst antijudaistischer Antisemitismus auch Stereotype gegen die jüdische Religion als solche. Diese findet man etwa in den Debatten um die Beschneidung jüdischer Jungen und um das Schächten nach jüdischen Speisegesetzen.

Ein unbekannter Mann, der auf einer Bank auf dem Grundstück einer Gedenkstätte saß, rief Besucher_innen teils unverständliche Dinge hinterher, allerdings unter anderem auch „dass die Juden bestraft worden sind, weil sie den einzig wahren Glauben mit Füßen getreten haben und dass wir vor unserem Tod ein drittes Auge öffnen und dadurch die Wahrheit erkennen würden.“

Der historische Ursprung dieser Stereotype liegt bereits im frühen Christentum und Mittelalter: Mit dem Streben des Christentums, als Weltreligion die Vorherrschaft zu erlangen, schlug die anfängliche Abgrenzung gegenüber dem Judentum zunehmend in Feindschaft um. Im Heiligen Römischen Reich wurden Jüdinnen_Juden mit der Unterstellung, sie hätten Brunnenwasser vergiftet, für den Ausbruch der Pest verantwortlich gemacht. Jüdinnen_Juden wurden dabei stigmatisiert, verfolgt und ermordet (Pestpogrome). Auch für das Verschwinden christlicher Kinder

3 Am 27. Februar 1943 wurden die wenigen noch in Berlin lebenden Jüdinnen_Juden in Sammellager gebracht, um von dort deportiert zu werden. Dies betraf zahlreiche Jüdinnen_Juden mit nichtjüdischen Partner_innen und ihre Kinder, die bis dato von den Deportationen verschont geblieben waren. Nichtjüdische Ehepartner_innen, Angehörige und Freund_innen trafen sich vor dem Sammellager in der Rosenstraße, um für deren Freilassung zu protestieren.

wurde Jüdinnen_Juden die Schuld gegeben: Unter Folter wurde das „Geständnis“ erzwungen, jüdische Gemeindemitglieder würden das Blut geraubter christlicher Kinder für rituelle Zwecke missbrauchen (Ritualmordlegende). Diese antisemitischen Legenden haben sich über Jahrhunderte gehalten und werden beständig aktualisiert. Sie werden beispielsweise auch im **israelbezogenen Antisemitismus** evoziert – wenn etwa von „Kindermörder Israel“ die Rede ist oder davon, dass Israel das in die palästinensischen Gebiete geleitete Wasser vergifte.

Teilweise werden aus dem islamistischen Spektrum religiöse Überlieferungen als religiös legitimer Aufruf zur Gewalt gegen Jüdinnen_Juden genutzt. So wurde auf das Mahnmal für die zerstörte Synagoge in Berlin Spandau unter anderem auf Arabisch geschmiert: „Es gibt keinen Gott außer Allah“. Der Satz wurde zudem mit einem Totenkopf versehen.

Erfassung von antisemitischen Vorfällen durch den Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen

Vanessa Gelardo

Bundesverband RIAS

Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen

Der Bundesverband RIAS e. V. wurde 2018 gegründet, um eine bundesweite Dachorganisation für die zivilgesellschaftliche Dokumentation antisemitischer Vorfälle zu etablieren. In mittlerweile zwölf Bundesländern sind unabhängige regionale Meldestellen vertreten (Stand 2025) – mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg und Brandenburg. Die Meldestellen erfassen und dokumentieren antisemitische Vorfälle nach einheitlichen wissenschaftlichen Qualitätsstandards, auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. Ziel ist unter anderem, das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle in Deutschland zu erhellen. RIAS arbeitet mit der an den deutschen Kontext angepassten IHRA-Arbeitsdefinition.⁴ Die Perspektiven und Bedürfnisse von Betroffenen stehen dabei im Mittelpunkt der Arbeit. Insofern arbeitet RIAS parteilich und hat auch zum Ziel, das Vertrauen von Jüdinnen_Juden und anderen von Antisemitismus Betroffenen in die zivilgesellschaftlichen Melde- und Beratungsstrukturen zu stärken. Unerlässlich hierfür ist der enge Austausch mit jüdischen Gemeindeinstitutionen sowie weiteren jüdischen Organisationen und Einzelpersonen. Um die Meldebereitschaft zu verbessern, können Meldungen bei RIAS auch anonym erfolgen. Jede Meldung wird im Austausch mit den Meldenden verifiziert und anschließend anonymisiert in die bundesweite Datenbank eingetragen. Darüber hinaus vermittelt RIAS bei Bedarf auch Beratungsangebote, so besteht beispielsweise eine enge Zusammenarbeit mit der Betroffenenberatungsstelle OFEK (die auch psychologische und juristische Beratung anbietet), mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG).

Mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftlichen Beiträgen und der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit des Bundesverbands wird die Wahrnehmungsdiskrepanz zwischen Jüdinnen_Juden und der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft verringert. Nicht-Betroffenen fehlt oftmals der Blick für

4 „Arbeitsdefinition Antisemitismus,“ Bundesverband RIAS, zugegriffen am 05. Januar 2026, <https://www.report-antisemitism.de/arbeitsweisen/>; siehe zur IHRA folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Ljiljana Radonić, „Die IHRA als Projektionsfläche – Geschichte, Wandel und Relevanz für Gedenkstätten“.

das Ausmaß und die Qualität antisemitischer Vorfälle in Deutschland. Der Unabhängige Expert_innenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestags hielt in seinem 2. Bericht von 2017 fest: „Vieles an dem Erleben von Antisemitismus bleibt für die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft unsichtbar.“⁵ Dies bestätigen auch diverse Studien. Beispielsweise gelangte eine Studie im Jahr 2022 zu dem Ergebnis, dass 70 % der befragten nicht-jüdischen Deutschen die Auffassung vertraten, kaum jemand in Deutschland sei „gegen die Juden“⁶ eingestellt. Demgegenüber stehen Ergebnisse der 2024 erschienenen FRA-Studie, dass für 82 % der befragten deutschen Jüdinnen_Juden Antisemitismus in Deutschland ein ernsthaftes Problem darstelle.⁷ Dabei werden Betroffene alltäglich und in allen Lebensbereichen mit Antisemitismus konfrontiert: ob am Arbeitsplatz oder in Hochschulen, auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder im Wohnumfeld. Um der Wahrnehmungsdiskrepanz zu begegnen, fordert beispielsweise die Bundesregierung mit der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben (NASAS) die Betroffenenperspektiven als unerlässliche Querschnittsdimension bei der „Formulierung von Zielen und Maßnahmen zur Antisemitismusprävention und -bekämpfung sowie zur Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland“⁸ einzubeziehen.

- 5 Bundesministerium des Innern / Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus. „Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen,“ https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4, 93.
- 6 Jenny Hestermann, Roby Natanson, Stephan Stetter. „Deutschland und Israel heute. Zwischen Verbundenheit und Entfremdung,“ Bertelsmann Stiftung, 02.09.2022, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/deutschland-und-israel-heute-zwischen-verbundenheit-und-entfremdung>, 44.
- 7 European Union Agency for Fundamental Rights (FRA). „Jewish People’s Experiences and Perceptions of Antisemitism – EU Survey of Jewish People, 2024,“ https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/antisemitism_survey_2024_-_country_sheet_germany_0.pdf. Diese Erhebung wurde bereits vor dem Angriff der Hamas und anderer Terrororganisationen auf Israel am 7. Oktober 2023 durchgeführt.
- 8 Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben,“ Bundesministerium des Innern, 11.2022, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI22029-nasas.pdf?__blob=publicationFile&v=9, 12.

Wie erfasst RIAS antisemitische Vorfälle im Kontext von Gedenkorten und Erinnerungszeichen?

Jeder fünfte von den RIAS-Meldestellen erfasste Vorfall richtete sich 2024 unmittelbar gegen jüdische und nicht-jüdische Einzelpersonen (insgesamt 1748 Vorfälle).⁹ Davon bezogen sich 15 Vorfälle gegen Vertreter_innen von Gedenkinitiativen (u.a. auch NS-Gedenkstätten) – 2023 waren es noch drei Vorfälle.¹⁰ Im April 2024 wurden so Mitarbeitende einer NS-Gedenkstätte von einem Besucher bedroht. Dieser wurde aufgrund des Tragens rechtsextremer Symbole – einem Anhänger in den Farben der Reichskriegsflagge sowie einer schwarzen Sonne – der Gedenkstätte verwiesen. Im Verlauf des Vorfalls beleidigte der Mann die Mitarbeitenden, bedrohte sie und fotografierte sie mit der Drohung, ihre Namen zu identifizieren.

Auch NS-Gedenkstätten selbst sind immer wieder betroffen von antisemitischen Vorfällen. Dabei können sie als Institution direkt adressiert werden, beispielsweise wenn die Gedenkstätte mit antisemitischen Schmierereien versehen oder im Internet antisemitisch adressiert wird. Auf Gedenkstädtengeländen ereignen sich zudem Vorfälle, die zum Beispiel Besucher_innen betreffen können, die von Personen antisemitisch beleidigt oder bedroht werden. Von den insgesamt 8627 im Jahresbericht 2024 des Bundesverband RIAS analysierten antisemitischen Vorfällen ereigneten sich 436 an Gedenkorten, 2023 waren es noch 272 Vorfälle.

9 „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024,” Bundesverband RIAS, https://report.antisemitismus.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf, 24.

10 Ebd., 57.

In 68 % der Fälle gezielter Sachbeschädigung,¹¹ die sich 2024 an Gedenkorten ereigneten,¹² spielte der Post-Schoa-Antisemitismus eine Rolle,¹³ häufig in Zusammenhang mit einer antisemitischen Erinnerungsabwehr. Fälle von Beschädigung, Zerstörung oder Entwendung von Stolpersteinen, wie die im Oktober 2024 in Zeitz/Sachsen-Anhalt ausgegrabenen Stolpersteine, die an die Familien Mendelsohn, Blumenthal und Flörsheim sowie an Auguste Lewy und Siegfried Fürst erinnern, zählen ebenso zu antisemitischer Erinnerungsabwehr und damit zum Post-Schoa-Antisemitismus.

Von 211 Vorfällen, die sich dezidiert an NS-Gedenkstätten ereigneten, handelte es sich bei 201 Vorfällen um Post-Schoa-Antisemitismus.¹⁴ Nur in Ausnahmen spielt diese Erscheinungsform an NS-Gedenkstätten keine Rolle, beispielsweise wenn explizit heutiger Antisemitismus thematisiert wird. So berichteten Mitarbeitende der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz von der mutwilligen Beschädigung von Teilen einer Sonderausstellung zum Thema „Skandal oder Normalität? Antisemitismus in Deutschland 90 Jahre nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten“. Die Ausstellung zeigte unter anderem Plakate der Aktionswochen gegen Antisemitismus, die von der Amadeu Antonio Stiftung und dem Anne Frank Zentrum in Berlin gestaltet wurden, wovon einzelne Plakate mit einem scharfen Gegenstand eingeritzt und eingerissen wurden. Ein Plakat wurde vollständig von der Wand gerissen. Adressiert wurde in diesem Fall also die Thematisierung von aktuellem Antisemitismus und nicht etwa die Erinnerung an die Schoa.

11 Ebd., 17.

12 Die Kategorie „Tatort – Gedenkorte“ umfasst neben NS-Gedenkstätten mit eigenen pädagogisch-musealen Angeboten auch Gedenkzeichen wie Erinnerungstafeln oder Stolpersteine. Es handelt sich zudem auch nicht zwingend um NS-Gedenkorte. Unter die Kategorie fallen auch Erinnerungsorte an den 7. Oktober 2023. Bei diesen spielt beispielsweise der Post-Schoa-Antisemitismus nicht zwangsläufig eine Rolle.

13 „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024“, 17; siehe auch folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Vanessa Gelardo. „Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus – Definitionen und Beispiele im Kontext von NS-Gedenkstätten“.

14 Die hier erhobene Auswertung umfasst auch Nachmeldungen (Stand: 10.10.2025), die im Jahresbericht „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024“ noch nicht berücksichtigt werden konnten.



Wandfläche mit sichtbaren Spuren eines vollständig abgerissenen Plakats aus der Sonderausstellung „Skandal oder Normalität? Antisemitismus in Deutschland 90 Jahre nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten“. Das entfernte Plakat enthielt Zitate aus einem Gespräch mit Charlotte Knobloch zur Brandstiftung in einem Münchner jüdischen Altersheim. Bild: Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee Konferenz.



Ein beschädigtes Plakat mit der Aufschrift „Jüdisches Leben ohne Wenn, Israel ohne Aber“ aus der Sonderausstellung „Skandal oder Normalität? Antisemitismus in Deutschland 90 Jahre nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten“. Bild: Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee Konferenz.

Entscheidend für die Einordnung, ob es sich nach RIAS-Kriterien um einen antisemitischen Vorfall handelt, ist oftmals der Kontext. Dabei spielt es eine wesentliche Rolle, ob Vorfälle in unmittelbarem Bezug zu Gedenkortern oder -zeichen stehen. Beispielsweise ordnet RIAS den Slogan „Free Palestine“ nicht per se als antisemitisch ein, hier sind die Rahmenbedingungen entscheidend: Am 30. Januar 2024 wurde in Hamburg neben dem Stolperstein, der an Katharina Behrendt erinnert, der gesprayte Schriftzug „Free Palestine“ entdeckt. Das Graffiti wurde über einem Kreideschriftzug platziert, der auf den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus aufmerksam macht. Katharina Behrendt wurde 1942 aus antisemitischen Motiven nach Theresienstadt deportiert und am 8. August 1942 dort ermordet. Durch den direkten Bezug zur Schoa erhält die Parole ihren antisemitischen Gehalt: Die antisemitische Täter-Opfer-Umkehr verhöhnt die Opfer der Schoa, gleichzeitig wird Israel mit dem NS-Vergleich dämonisiert. Ebenso verhält es sich mit solchen oder

ähnlichen Slogans, die in den Gästebüchern von NS-Gedenkstätten hinterlassen werden. Gerade aufgrund ihrer historischen Signifikanz werden diese Orte als Projektionsfläche gewählt, wodurch der antisemitische Gehalt erst hergestellt wird.¹⁵



Schmiererei „Free Palestine“ vom 30.01.2024 über dem Schriftzug „HOLOCAUST-GEDENKTAG 27.01.“ und neben dem Stolperstein der an Katharina Behrendt erinnert.

Relevant sind auch der historische Kontext des Gedenkortes sowie die aktuelle Erinnerungspraxis im Einzelfall: Wenn es sich nicht um einen Ort handelt, an dem Jüdinnen_Juden, die während der Schoa verfolgt und ermordet wurden, gedacht wird, sondern um einen Gedenkort beispielsweise für andere Opfergruppen, würde etwa der erwähnte „Free Palestine“-Slogan nicht als antisemitisch gewertet werden.

Die Intention der sich antisemitisch Äußernden ist für die RIAS-Meldestellen nur bei der Zuordnung zu einem politischen Hintergrund des Vorfalls relevant, jedoch nicht bei der grundsätzlichen Feststellung, ob ein Fall als antisemitisch bewertet

¹⁵ Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Andreas Nowak, „Gedenkstättenbesuche als Anlässe: Antisemitische Vorfälle in Beziehung zum historischen Ort“.

wird. Antisemitismus kann unbewusst geäußert werden (antisemitischer Gehalt in Sprache und Bild wird in der postnazistischen Gesellschaft Deutschlands oftmals unbewusst reproduziert), als „bloße Provokation“ gemeint sein (beispielsweise seitens Jugendlicher während eines Gedenkstättenbesuchs) oder von Menschen mit gefestigt antisemitischem Weltbild geäußert werden. Der antisemitische Gehalt bleibt davon unberührt und die Wirkung auf Jüdinnen_Juden kann in jedem Fall tiefgreifend sein. In NS-Gedenkstätten ist vor allem das Gedenken an die Opfer der Schoa und in vielen Fällen eigener Familienangehöriger miteinzubeziehen.

Für die Mitarbeitenden in der pädagogischen Vermittlungsarbeit stellt der von Minderjährigen geäußerte Antisemitismus ein Dilemma dar. Der Schutz der Minderjährigen scheint in manchen Fällen im Widerspruch zur Meldung eines Vorfalls an RIAS zu stehen. RIAS anonymisiert alle gemeldeten Vorfälle und veröffentlicht diese nur, wenn eine explizite Genehmigung seitens der meldenden Person, bzw. Institution besteht. Dadurch gewährleistet RIAS nicht nur den Schutz der Meldenden und direkt Betroffenen, sondern auch Minderjähriger, die sich gegebenenfalls antisemitisch äußern.

RIAS unterscheidet sechs Vorfalltypen: verletzendes Verhalten, Massenzuschriften, Bedrohungen, gezielte Sachbeschädigungen, Angriffe und extreme Gewalt.¹⁶ Gedenkorte und -zeichen sind häufig von gezielter Sachbeschädigung betroffen, beispielsweise von antisemitischen Schmierereien oder Zerstörung. 58 % der im Jahresbericht 2024 des Bundesverbands RIAS analysierten antisemitischen Vorfälle, bei denen es sich um gezielte Sachbeschädigung handelt, ereigneten sich an Gedenkorten.¹⁷ So wurde am 12. Mai 2024 zum wiederholten Male an der Gedenkstätte Buchenwald das Projekt „1000 Buchen für Buchenwald“ an der sogenannten Blutstraße beschädigt: ein Gedenkbaum des Projekts wurde vollständig aus dem Boden herausgerissen. Auch weniger schwerwiegende Sachbeschädigungen werden unter diesem Vorfalltyp gezählt. Im November 2023 wurden in Freiburg auf

16 Zu den Definitionen der Vorfalltypen siehe „Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024,“ Bundesverband RIAS, https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf, 61 ff.

17 Ebd., 17.

das Mahnmal „Vergessener Mantel“ an der Wiwili Brücke, das an die Deportation der südbadischen Jüdinnen_Juden 1940 nach Gurs erinnert, mehrere Aufkleber mit Palästina-bezug geklebt. Einer zeigt die Aufschrift „Free Palestine Boycott Israel“ sowie die Schahada (islamisches Glaubensbekenntnis) und eine Person mit Kufiya, die eine Hand zum Victory-Zeichen erhoben hat und in der anderen Hand einen Gegenstand hält, der an eine Waffe erinnert. Durch den historischen Kontext des Mahnmals, welches gezielt als Fläche für den Aufkleber ausgewählt wurde, ordnet RIAS den Vorfall zum einen dem Post-Schoa-Antisemitismus zu, da durch den Vergleich Israels mit dem Nationalsozialismus eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr stattfindet und dadurch die Schoa relativiert wird. Zum anderen dämonisiert der NS-Vergleich Israel, wodurch der Vorfall auch dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet wird.



Aufkleber mit der Aufschrift „Free Palestine Boycott Israel“ und der Schahada vom 13.11.2023 auf dem Mahnmal „Vergessener Mantel“ in Freiburg zur Erinnerung an die Deportation der südbadischen Jüdinnen_Juden nach Gurs.

Seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag der Massaker der Hamas und anderer Terrorgruppen an der israelischen Zivilbevölkerung, werden den RIAS-Meldestellen vermehrt Vorfälle aus NS-Gedenkstätten, bzw. im Zusammenhang mit NS-Mahnmalen und Erinnerungszeichen gemeldet, die einen Bezug zu Israel, bzw. dem Krieg in Gaza aufweisen. So wurden in Leipzig beispielsweise neben einem Denkmal für eine während des NS zerstörten Synagoge Aufkleber entdeckt, auf denen „intifada revolution“ und „one holocaust does not justify another“ zu lesen war. An der Hauswand daneben wurde mit einem Marker „Down with Israel“ geschrieben und ein

Kothaufen gemalt. Sowohl der unmittelbare Bezug zum Gedenkort als auch der Inhalt für sich stellt eine Relativierung der Schoa und damit eine Verhöhnung der Opfer dar. Auch in diesem Fall wird Israel dämonisiert, da unter anderem unterstellt wird, der Krieg in Gaza sei vergleichbar mit der Schoa und Vertreter_innen der israelischen Regierung seien „die neuen Nazis“.

Sofern dies möglich ist, ordnet RIAS Vorfälle sieben verschiedenen politisch-weltanschaulichen Hintergründen zu: rechtsextrem, links-antiimperialistisch, antiisraelischer Aktivismus, verschwörungsideologisch, islamisch/islamistisch, christlich-fundamentalistisch sowie aus der politischen Mitte kommend. Für 2024 ordneten die RIAS-Meldestellen insgesamt 2282 Vorfälle (insg. 26 %) dem antiisraelischen Aktivismus zu (2023 waren es noch 598 Vorfälle). Bereits nach dem 7. Oktober 2023 konnten die RIAS-Meldestellen einen Anstieg der antisemitischen Vorfälle aus diesem Milieu feststellen, ein Großteil der Vorfälle aus dem Bereich des antiisraelischen Aktivismus sind Vorfälle im Kontext des 7. Oktober und des darauffolgenden Kriegs.

Mit 6 % der Vorfälle schließen sich diejenigen aus dem rechtsextremen Hintergrund an. Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund waren bundesweit von 2019 bis 2023 der häufigsten zugeordnete politische Hintergrund, dies änderte sich erst nach dem 7. Oktober 2023. Bei der Mehrzahl der Vorfälle (insgesamt 57 %) ist ein politisch-weltanschaulicher Hintergrund jedoch nicht bekannt, da relevante Informationen zur Zuordnung fehlen, beispielsweise wenn die Täter_innen unbekannt sind (wie im Fall von vielen Schmierereien) oder Meldende den Hintergrund nicht zuordnen konnten.

Dank Meldungen von Mitarbeitenden der NS-Gedenkstätten kann RIAS einen Einblick in das Vorfalleschehen an diesen Orten erlangen. Dadurch wird das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle weiter erhellt und die Öffentlichkeit wird für dieses Thema sensibilisiert. Außerdem können durch die Verknüpfung von Erkenntnissen zu aktuellem Antisemitismus, historischer Forschung und Bildungsarbeit Kontinuitäten und Brüche von Antisemitismus besser sichtbar gemacht werden.

Antisemitismus an NS-Gedenkstätten?! – Umgang mit der Gefahr von Reproduktionen in Vermittlungsformaten an NS-Gedenkstätten

Tanja Kinzel

Bundesverband RIAS

„Sollten antisemitische Abbildungen und solche, die andere Gruppen als Jüdinnen und Juden abwerten, in Ausstellungen zum NS präsentiert werden oder bringen wir damit manchen unserer Gäste spezifische antisemitische oder rassistische Bilder erst bei bzw. verstärken bereits vorhandene antisemitische Ressentiments?“¹ Diese Frage beschäftigte nicht nur diejenigen, die die aktuelle Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz kuratierten, sie ist auch Gegenstand der Auseinandersetzung in zahlreichen NS-Gedenkstätten, in denen Ausstellungen (neu) konzeptioniert oder Materialien für die Vermittlungsarbeit konzeptualisiert werden.

Das hier eröffnete Spannungsfeld basiert auf der Tatsache, dass es einerseits eine der zentralen Aufgaben von NS-Gedenkstätten ist, historische Druckerzeugnisse, die die Verfolgung betreffen, von Täter_innen, NS-Behörden oder -Institutionen, zu sammeln, zu erforschen und zu zeigen.² Dazu gehören bspw. persönliche Ausweisdokumente und Fotografien, aber auch schriftliche Erlasse von SS-Aufseher_innen, antisemitische Plakate und Flugblätter ebenso wie Gegenstände aus der Zeit vor und nach dem Nationalsozialismus. Vielen dieser historischen Quellen ist eine antisemitische Darstellung in Text- oder Bildform immanent. Dies wirft die Frage auf, wie mit diesen antisemitischen Ausdrucksformen als Teil der Dokumente und Gegenstände umzugehen ist. Zeigen, verhüllen oder gar verschließen? So lassen sich verkürzt die Kontrapunkte im Umgang mit derartigen Artefakten zusammenfassen. Beim Zeigen besteht konkret die Gefahr, dass die antisemitischen Bilder, Fotos, Texte und Beschreibungen in den Ausstellungen und pädagogischen Settings reproduziert werden: Dies kann sowohl Betroffene verletzen als auch dazu beitragen, die entsprechenden antisemitischen Topoi umso nachhaltiger in den Vorstellungen von Vermittelnden und Besucher_innen zu verankern. Verhüllen oder Wegschließen

1 Elke Gryglewski, „Pädagogische Standards und kuratorische Regeln. Zur Synthese grundlegender Parameter der neuen Dauerausstellung,“ in *Design für alle. Standard? Experiment? Notwendigkeit?* Das Making of zur 3. Dauerausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, hrsg. von dies, Hans Christian Rasch, David Zolldan (Metropol, 2021) 29–39, hier 36.

2 Siehe dazu folgenden Text in der vorliegenden Publikation: Tanja Kinzel, „Warum Gedenkstätten? Zugänge zu NS-Gedenkstätten aus einer antisemitismuskritischen Perspektive“.

verhindert jedoch, den antisemitischen Gehalt bestimmter Ausdrucksformen und Darstellungsweisen überhaupt zu analysieren, zu dekonstruieren und antisemitismuskritisch zu vermitteln.

Daraus ergibt sich eine paradoxe Situation: Gedenkstätten als Orte, die die Geschichte des Nationalsozialismus vermitteln, sind doppelt prädestiniert, antisemitische Bilder, Sprache, Stereotype und Weltvorstellungen zu reproduzieren. Gerade weil es die Aufgabe dieser Orte ist, historisches Wissen zu vermitteln und quellenkritisch zu arbeiten, sind den jeweiligen Erzählungen in den Ausstellungen und Bildungsmaterialien über den Nationalsozialismus häufig antisemitische Vorurteile und Darstellungen eingeschrieben: Die Sprache, die dargestellten Dokumente, Quellen und Fotos sind meist jene der Täter_innen, die teilweise immer noch ohne entsprechende Kontextualisierungen präsentiert werden. Fotos werden häufig illustrativ, manchmal auch ohne Bezug zum schriftlich behandelten Gegenstand eingesetzt und nicht als eigenständige Dokumente behandelt, die einer Analyse bedürfen.

Das Dilemma lässt sich schwer auflösen. Und doch können die genannten Materialien, wenn sie entsprechend aufbereitet und kontextualisiert sind, eine Grundlage für Vermittlungskontexte sein, um das (erlernte) strukturell antisemitische Gedankengut auf seine Funktionen hin zu befragen und sich selbst bezüglich tradierter antisemitischer Topoi zu reflektieren. Dafür ist es unerlässlich, das historische Material entsprechend zu kontextualisieren und die Perspektiven, die den jeweiligen Formen der Darstellung zugrunde liegen, offenzulegen.

Angesichts dieser Zielvorgaben ergeben sich für die aktuelle Darstellung und den Umgang mit dem Material folgende Überlegungen:³ In welcher Form sollte und kann eine Sichtbarmachung der den Materialien zugrunde liegenden Perspektiven erfolgen? Welche Ebenen der Rahmung und welche Kontextualisierungen sollten erfolgen, um die verwendete Sprache und die Bilder entsprechend einzubetten? Das bedeutet, historische Recherche sollte – soweit dies möglich ist – folgendes

3 Viele der folgenden Überlegungen und Reflexionen basieren auf den Diskussionen eines digitalen Fachgesprächs zum Thema „Antisemitismus an und in NS-Gedenkstätten“. Dieses wurde am 15. Mai 2025 vom Kooperationsverbund gegen Antisemitismus (Kova Netzwerk) ausgerichtet.

Erkenntnisinteresse umfassen: Was war die historische Situation sowohl hinsichtlich des politischen Zusammenhangs als auch des Ortes, in der die jeweiligen Quellen entstanden? Wer war anwesend oder beteiligt? Wer war die Zielgruppe? Wo und in welchem Kontext wurde die Quelle publiziert, veröffentlicht oder benutzt?

Neben den zahlreichen Anforderungen bei der Kontextualisierung der Quellen ist ihre Rezeption eine zusätzliche und schon in der Planung zu berücksichtigende Thematik: Denn selbst wenn die verwendeten Materialien umsichtig kontextualisiert sind, bspw. die Perspektiven der Fotografierenden oder Urheber_innen eines Dokumentes aufgezeigt werden und die den Materialien zugrunde liegende Entstehungssituation dargestellt wird, bleibt es offen, wie die entsprechenden Texte und/oder Bilder gelesen und rezipiert werden. Unterschiedliche Vermittlungskontexte beinhalten zudem unterschiedliche Möglichkeiten. Bei Workshops können Dokumente und Bilder für spezifische Zielgruppen ausgewählt werden, in Ausstellungen kann eine entsprechende Zielgruppenorientierung jedoch nicht so spezifiziert erfolgen. Zudem wissen die Vermittelnden in Führungssituationen häufig nicht, welches (Vor-)Wissen Teilnehmende bezüglich Antisemitismus haben und dieses ist mitunter in der jeweiligen Situation auch nicht abrufbar bzw. erfragbar.

Eine damit verbundene Herausforderung ist der Faktor Zeit: Da es nicht unbedingt möglich ist, bei der Vermittlung von Antisemitismus aus dem Spannungsfeld von Thematisierung und Reproduktion herauszukommen, sollte sorgfältig geprüft werden, welche Themen angeschnitten und welche Stichworte in eine Gruppe hineingegeben werden. So ist es bspw. meist in einer Führung nicht möglich, auf alle Äußerungen einzugehen, während in einem Workshops oder einer Fortbildung mehr Raum für Gespräche zur Verfügung steht. Es sollte also immer bedacht werden, ob es für die angeschnittenen Themen auch genug Zeit gibt, sie zu bearbeiten. Fast ebenso wichtig wie der zur Verfügung stehende Zeitrahmen ist der richtige Moment innerhalb des Vermittlungsformats, in dem bestimmte Aspekte thematisiert werden, um die angesprochenen Themen auch angemessen bearbeiten zu können.

Für den Einsatz der Materialien in jeweiligen Bildungskontexten stellen sich folgende Überlegungen: Wie viel Zeit, welche Räume der Vermittlung und welche Fragen, die zur Reflexion anregen, sind nötig, um antisemitische Stereotype zu dekonstruieren und ihre Funktion sichtbar zu machen? Für die Vermittelnden bedeutet das zugleich darüber nachzudenken, was sie benötigen, um sich selbst zu positionieren und das Handling der Vermittlung zu gewährleisten. Dafür ist es relevant, sich zu überlegen, wie sie sich im Thema und Feld verorten und in Bezug auf welche Themen sie sicher genug sind, diese gut zu vermitteln und zu argumentieren. Dazu gehört auch entsprechendes Hintergrundwissen, um Informationen gegebenenfalls historisch, politisch zu rahmen und zugleich die mit bestimmten Bildern und Vorstellungen verbundenen Implikationen wieder auflösen bzw. dekonstruieren zu können. Zudem kann es hilfreich sein, sich damit auseinanderzusetzen, welche Fallstricke sich mit Blick auf aktuelle antisemitische Erscheinungsformen bei der Vermittlung auftun können, aber auch wie gegebenenfalls die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus entsprechend einzuordnen sind. Wichtig ist zudem eine Klarheit bezüglich der eigenen roten Linien sowie die Vergegenwärtigung von Reaktions- und Verhaltensweisen für den Fall, dass diese überschritten werden und es gegebenenfalls notwendig wird, reproduzierende, stereotypisierende und / oder verletzende Äußerungen zurückzuweisen. In Bezug auf den historischen Ort (ehemaliger Täter_innenort, Ort der Zwangsarbeit etc.) stellt sich für die Vermittlung die Frage: Kommen hier Nachkommen von Überlebenden zusammen und was gilt es, mit Blick darauf in Bezug auf die verwendeten Materialien zu beachten? Aber auch: Wie setze ich die verwendeten Quellen zu dem jeweiligen Ort und der entsprechenden Spezifik in Bezug?

Die Frage nach der Nutzung von Quellenbegriffen, die im Kontext des NS als Fremdbezeichnungen eingeführt wurden, versus einer antisemitismuskritischen, sensiblen Sprache, bei der die Bemühung im Vordergrund steht, diese Begriffe zu umschreiben, hängt ebenso wie die Abwägung der zu verwendenden Dokumente und Bilder von den jeweiligen Zielgruppen und damit den zu erwartenden Zielvorstellungen ab. Deshalb ist ein reflektierender Blick auf die Gesamtsituation bei der Vermittlung wichtig: Um welche Art Gruppe handelt es sich? Wer sind die Teilnehmenden? Erwachsene aus bestimmten Berufsfeldern, Jugendliche in der

Ausbildung, Schüler_innen? Ein klarer Fokus sollte sein, Betroffene, insbesondere Jüdinnen_Juden, in Bildungssettings, zu denen unter anderem Führungen, Workshops und Fortbildungen gehören, schon in der Vorbereitung mitzudenken und gegebenenfalls sensibel auf deren Bedürfnisse reagieren zu können.

Der Gefahr bei der Reproduktion antisemitischer Bilder und Sprache kann – und das ist ein zentraler Aspekt – durch die Einbeziehung jüdischer Perspektiven begegnet werden. Dies führt zugleich zu der Überlegung, welche Geschichten wie und aus welcher Perspektive erzählt werden und welche nicht-antisemitischen Bilder, Dokumente und Erzählungen aufgerufen und eingesetzt werden können. Eine Möglichkeit ist es, bspw. auf Ego-Dokumente oder auf Zeitzeug_innenberichte zurückzugreifen, um jüdische Perspektiven und entsprechende Materialien in den Fokus zu rücken. Ebenfalls können andere Facetten und Narrative von Geschichte sichtbar gemacht werden – bspw. Akte der Solidarität und des Zusammenhalts, wobei auch die Perspektiven der nachfolgenden zweiten und dritten Generationen einbezogen werden können.

Serviceteil – Fortbildungs- angebote und praktische Hinweise vom Bundesverband RIAS für Mitarbeiter_innen an NS-Gedenkstätten

Ausgangspunkt unserer präventiv-pädagogischen, antisemitismuskritischen Bildungsarbeit sind die von RIAS-Meldestellen erfassten Vorfälle sowie wissenschaftliche Analysen. Aus diesem Material entwickelt der Bundesverband RIAS Konzepte und Inhalte unter der Prämisse, Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu bearbeiten. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Perspektiven von Betroffenen. Dabei werden stets die Lehr- und Lernsettings, insbesondere im spezifischen Kontext von Gedenk- und Erinnerungsorten, mitgedacht und reflektiert.

Inhaltliche Schwerpunkte der Vermittlungsarbeit sind die Geschichte des Antisemitismus, Kontinuitäten und Brüche von Antisemitismus und aktuelle Erscheinungsformen. Ein weiterer Fokus liegt auf der Erinnerungskultur und deren Herausforderungen, auf familienbiografischen Ansätzen, Handlungsoptionen und Argumentationstrainings gegen Antisemitismus sowie auf der Vermittlung der IHRA-Arbeitsdefinition. Darüber hinaus betrachtet der Bundesverband RIAS auch die Verschränkungen von Antisemitismus mit weiteren Macht- und Unterdrückungsverhältnissen.

Unsere Angebote umfassen:

- Workshops und Seminare
- Fort- und Weiterbildungen
- Vorträge
- Veranstaltungen

Die Angebote richten sich insbesondere auch an Multiplikator_innen in NS-Gedenkstätten sowie an Erwachsene in anderen Berufsfeldern, die sich inhaltlich mit Antisemitismus, den gegenwärtigen Ausdrucksformen und Handlungsmöglichkeiten in pädagogischen Kontexten auseinandersetzen wollen.

Für Angebote und Beratungen nehmen Sie gerne über die E-Mail-Adresse education@rias-bund.de Kontakt auf. Auch für Feedback und Anregungen schreiben Sie uns gerne.

Beratungsstellen und Meldemöglichkeiten

Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen. Bundesweit können antisemitische Vorfälle über das Meldeformular gemeldet werden. Betroffene und Zeug_innen erhalten eine erste Einschätzung zum Vorfall. Bei Bedarf wird Ihnen weitere psychosoziale und rechtliche Unterstützung vermittelt: report-antisemitism.de

Bundesverband Mobile Beratung (BMB). Die mobilen Beratungsteams des BMB beraten bundesweit unterschiedliche Menschen, Organisationen, Vereine, Gruppen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen: bundesverband-mobile-beratung.de

OFEK ist eine **Fachberatungsstelle**, die sich auf Antisemitismus fokussiert. OFEK bietet Betroffenen Beratung bei antisemitischen Vorfällen und Übergriffen an. Das umfasst auch psychosoziale Unterstützung, rechtliche Beratung und Krisenintervention: ofek-beratung.de.

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). Bei den Mitgliedsorganisationen des VBRG finden Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt professionelle Beratung und Unterstützung in allen Bundesländern. Diese richtet sich an direkt und indirekt Betroffene, ihre Angehörigen sowie an Zeug_innen eines Angriffs: verband-brg.de.

IHRA-Definition, Anwendungen und Empfehlungen

- Bundesverband RIAS: Arbeitsdefinition Antisemitismus, <https://report-antisemitism.de/arbeitsweisen/>
- Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus, https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf
- Kinzel, Tanja und Poensgen, Daniel: Zur Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA). Eine kritische Analyse, https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-02_RIAS_Working-Paper-2.pdf
- International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung / Verharmlosung des Holocaust, <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-leugnung-verfalschung-des-holocaust>
- International Holocaust Remembrance Alliance: Charta zur Bewahrung historischer Stätten, https://holocaustremembrance.com/wp-content/uploads/2024/04/IHRA_Safeguarding_Sites_Charter_Deutsch.pdf

Artikel, Handbücher und praktische Hinweise für NS-Gedenkstätten

- Bundesverband RIAS: Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklungen und aktuelle Ausdrucksformen, https://www.report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf
- Bundesverband RIAS: Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. Dynamiken – Akteure – Wirkungen, https://report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf
- Chernivsky, Marina und Lorenz-Sinai, Friederike: „Keine schwerwiegenden Vorfälle“ – Deutungen von Antisemitismus durch pädagogische Teams an Gedenkstätten zu ehemaligen Konzentrationslagern, Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, Nr. 1 (2022), https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/78218/ssoar-zrex-2022-1-chernivsky_et_al-Keine_schwerwiegenden_Vorfalle_-_Deutungen.pdf?sequence=1&isAllowed=y
- Lieske, Dagmar, Liebscher, Doris und Spohr, Johannes, „NS-Gedenkstätten: Von wegen Staatsräson“, nd-aktuell.de, 14. September 2025, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1193981.ns-gedenkstaetten-von-wegen-staatsraeson.html>
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Wichtiger denn je: Wir lassen uns das Wort nicht nehmen!, https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2025/01/241220_MBR_MBR_Handout_Wortergreifung_online.pdf
- NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Kein Raum für Hetze. Hinweise zum Umgang mit Anmietungen durch extrem rechte, rassistische und antisemitische Gruppen, <https://downloads.museenkoeln.de/nsd2/2025%20MBR%20Kein%20Raum%20f%C3%BCr%20Hetze.pdf>

- Reimann, Sabine, Sturm, Michael und Killguss, Hans-Peter (Hrsg.), Positionierte Orte. Impulse zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorten, <https://museenkoeln.de/downloads/nsd2/2025%20Positionierte%20Orte.pdf>
- RIAS Bayern: Multidirektionale Angriffe auf die Erinnerung. Post-Schoah-Antisemitismus in Bayern, https://www.report-antisemitism.de/documents/Multidirektionale_Angriffe_auf_die_Erinnerung_2025.pdf
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Regishut – Sensibilisierung zu Antisemitismus in der Berliner Polizei: Antisemitismus erkennen. Symbole, Codes und Parolen, <https://www.regishut.de/de/topic/5.ver%C3%B6ffentlichungen.html>
- Verein für demokratische Kultur und mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Schnee von Gestern, https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/200113_MBR_Broschuere_Gedenkstaetten_online1.pdf
- Zweiter Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Die neue Publikation *Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023* des Bundesverbands RIAS zeigt die Dimensionen von Antisemitismus seit dem 7. Oktober auf, analysiert wie Antisemitismus als politischer Mobilisierungsfaktor wirkt und beleuchtet den Umgang von Jüdinnen_Juden mit der Zäsur des 7. Oktobers.



report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf



Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023

Dynamiken – Akteure – Wirkungen

Unter report-antisemitism.de/education finden Sie unsere aktuellen Bildungsangebote und -materialien.

Für Anfragen zu unseren Angeboten sowie Austausch zu den Materialien nehmen Sie gerne über education@rias-bund.de Kontakt auf. Auch für Feedback und Anregungen schreiben Sie uns gerne.



report-antisemitism.de/education

DIE GEDENKSTÄTTE



CC BY-NC-ND 4.0

www.report-antisemitism.de

www.report-antisemitism.de

Weitere Analysen, Auswertungen und Lagebilder
zu antisemitischen Vorfällen in Deutschland finden
Sie unter: report-antisemitism.de/publications



report-antisemitism.de/publications

Impressum

„...dass wir Verantwortung übernehmen, liegt in der Logik des Ortes“.

Antisemitismuskritische Zugänge für NS-Gedenkstätten ist Teil der Reihe

Analysen Antisemitischer Phänomene des Bundesverbands RIAS.

Herausgeber

Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus e. V.
(Bundesverband RIAS)

Vereinsregister Amtsgericht
Charlottenburg, VR 37013 B
Prinzenstraße 84.1, 10969 Berlin
Telefon: 030 509 31 19 10
presse@rias-bund.de

1. Auflage, 2026

ISSN 2944-6139

Bildnachweis Sofern nicht anders angegeben verbleiben die Bildrechte beim Bundesverband RIAS, auf dem Cover bei SBG Horst Seferens.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2026 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

V. i. S. d. P.

Benjamin Steinitz,
Bundesverband RIAS

Redaktion

Vanessa Gelardo, Tanja Kinzel,
Andreas Nowak

Layout

Bundesverband RIAS

Lektorat

Dr. Gudrun Schroeter

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt der Herausgeber keinen Einfluss hat. Deshalb kann dieser für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die Anbieter_in oder Betreiber_in der jeweiligen Seiten verantwortlich. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Abbildung Cover Das Bild zeigt eine Gruppe bei einem Bildungsseminar an der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen.

Jederzeit können Sie Erfahrungen und
Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über
report-antisemitism.de melden.

Der Bundesverband RIAS im Internet

- facebook.com/BundesverbandRIAS
- instagram.com/riasbundesverband
- youtube.com/@riasbundesverband

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**